

ZUR SACHE BW

CYBER

Leben hinter der Firewall

Ich hatt' einen Kameraden
Trauerfeiern: Raus aus dem Hangar

Opposition im Iran
Gut informiert, aber fast ohne Einfluss

Pulsfühler
Wie Krisen mit KI frühzeitig erkennbar werden



AUSGABE 37 1/2020

EVANGELISCHE KOMMENTARE ZU FRAGEN DER ZEIT





Zu unserem Titelbild

Der Ort Hilgenriedersiel weist gleich zwei Besonderheiten auf: Laut Auskunft der Gemeinde Hage bietet er die einzige Naturbadestelle an der ostfriesischen Nordseeküste. Es gebe dort nichts als Natur, heißt es. Doch das stimmt nicht ganz, denn im sandigen Boden verläuft das Glasfaserkabel TAT-14, markiert durch einen Markstein. TAT-14 verbindet Nordamerika mit Europa. Bis zu 1280 Gigabit pro Sekunde können die Glasfaserkabel übertragen.

SCHWERPUNKT CYBER

08 **Keine Aussicht auf Cyberfrieden**

Im Cyberspace kämpfen alle gegen alle. Aber es bilden sich auch Normen und Strategien heraus, um mit der Situation umzugehen
Von Philipp von Wussow

12 **Gott geht mit uns durch die Zeiten**

Menschen wollen ihr Leben als sinnvoll erfahren und es gemeinsam gestalten. Wenn die alten Traditionsmuster nicht mehr funktionieren, gilt es, den revolutionären Algorithmus aller Schriftreligionen neu zu entdecken
Von Wolfgang Nethöfel

17 **Mit Ethik im Netz unterwegs**

Wir sehnen uns nach Sicherheit. Die nimmt in einer unübersichtlichen Welt – erst recht im Cyberraum – eher ab als zu. Soldatinnen und Soldaten brauchen deshalb vor allem eines: ethische Sensibilisierung
Von Friedrich Lohmann

22 **Der Cyberraum ist nicht nur virtuell**

Die Verletzung der territorialen Integrität ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, auch wenn sie mit Cyberwaffen geschieht. Spionage und Propaganda sind erlaubt
Von Wolff Heintschel von Heinegg

25 **Es müssen nicht immer Menschen sein**

Neuronale Netzwerke lernen selbstständig, werten große Mengen an Informationen aus und bleiben immer rational. Aber: Qualifiziert sie das für moralische Entscheidungen?
Von Lukas Brand

28 **Digitale Auftragstaktik**

Interaktiv, prozessorientiert, flexibel: Mit der Kultur der Inneren Führung ist die Bundeswehr für ihre Zukunft als agile Organisation gut aufgestellt
Von Martin Elbe

31 **Wehrhafte Demokratie im Internet**

Aufklärung und Moderne beweisen ihre Daseinsberechtigung bei der Überwindung von Problemen, die zu einem nicht unerheblichen Teil von ihrem Programm selbst hervorgerufen wurden
Von Bernhard Irrgang

34 **Ich bin, was ich like**

Menschen leben im Cyberraum. Und wo Leben ist, hat Theologie eine Aufgabe
Von Frederike van Oorschot

36 **Digitale Dystopien**

Die dunkle Seite der vernetzten Welt
Von Roger Mielke



INHALT

SICHERHEITSPOLITIK

42 In Luft aufgelöst

Irans politisches System ermöglicht kaum parlamentarische Opposition. Die Zivilgesellschaft findet zwar Wege, kritische Haltungen auszutauschen. Doch die Angst vor einem Krieg lähmt die Bürger
Von Katajun Amirpur

44 Wie tot ist hirntot?

Ein Interview des französischen Staatspräsidenten war Katalysator einer Grundsatzdebatte über den Zustand der NATO. Notwendiger Weckruf oder viel Lärm um nichts?
Von Aylin Matlé

48 Der Welt den Puls fühlen

Mit Hilfe riesiger Open-Source-Datenmengen können Systeme künstlicher Intelligenz nach kritischen Entwicklungen fahnden und Alarm geben, wenn die Situation zu eskalieren droht
Von Carlo Masala

FRIEDENSETHIK

52 Nicht beten ist auch keine Lösung

Religionen als Partner für Frieden und Sicherheit? Erfahrungen aus einer Feldstudie in Kenia
Von Dirck Ackermann

55 „Die Denkschrift ist nicht überholt“

Angesichts neuer Entwicklungen fordern manche eine Revision der Friedensdenkschrift der evangelischen Kirchen. Irmgard Schwaetzer, die die Herbsttagung der Synode der EKD zum Thema Frieden geleitet hat, sieht das anders
Von Walter Linkmann

INNERE FÜHRUNG

58 Geheimsache Diversity

Der Begriff „Diversity“ fällt in offiziellen Zusammenhängen der Bundeswehr ständig. Fragt man nach, bleibt vieles im Ungefähren
Von Gabriele Meister

60 Demokratischer Auftrag heißt auch: öffentliche Trauer

Wie die zentralen Trauerfeiern für getötete Soldaten zu einem wichtigen Element des bundesdeutschen Soldatengedenkens wurden
Von Sebastian Nieke

63 Rabbiner für die Truppe

Die Einrichtung der jüdischen Seelsorge steht kurz bevor. Ein besonderes Zeichen, um Brücken zwischen den Religionen zu bauen, und ein Schritt im Kampf gegen Antisemitismus
Von Juliane Ziegler

GLAUBENSFRAGEN

70 Eine Herde Katzen

Militärgeistliche arbeiten in der Regel unabhängig – das ist gut für die Erfüllung ihrer Aufgaben
Von Walter Linkmann

72 Bonhoeffer heute

Dietrich Bonhoeffers Erbe und die stellvertretende Schuldübernahme
Von Julian Zeyher-Quattlender

REZENSIONEN

66 Julia Ebner: Radikalisierungsmaschinen

67 Luciano Floridi: Die 4. Revolution

67 Armin Nassehi: Muster

68 Arnd Henze: Kann Kirche Demokratie?

04 Wir träumen von einer besseren Welt

06 Editorial

76 Kirche unter den Soldaten Die Garnisonskirche Köln-Wahn Von Gundi Scholz-Aretz

77 Impressum

78 Querdenker Cyber-Liebe

„Es wird harte Arbeit erfordern, bis wir Einheit und Freiheit, Wohlstand und sozialen Ausgleich für alle Deutschen verwirklicht haben. Viele unserer Landsleute in der DDR werden sich auf neue und ungewohnte Lebensbedingungen einstellen müssen – und auch auf eine gewiss nicht einfache Zeit des Übergangs. [...] Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.“



Bundeskanzler Helmut Kohl am 1. Juli 1990
in seiner Ansprache zum Inkrafttreten der Währungsunion



Verständigung: Am Berliner Ostbahnhof finden in einem Imbiss **Goldbroiler und Döner** zusammen. Die Brathähnchen waren in der DDR sehr beliebt, der Döner Kebab wiederum ist eine Spezialität der alten Bundesrepublik: Er wurde 1972 in Westberlin erfunden

Liebe Leserinnen und Leser!

Leben in Zeiten von SARS-CoV-2. Das öffentliche Leben im Lähmungszustand. Vor einigen Wochen trafen wir unsere Kollegen noch in der direkten Begegnung. Das findet jetzt nur noch virtuell statt. Diskussionen, Entscheidungsprozesse, Informationsaustausch – oftmals nur im Cyberspace, aber mit Auswirkungen auf das wirkliche Leben, z. B. jene App, die uns vor erhöhter Ansteckungsgefahr schützen soll. Leben hinter der Firewall, hinter der Brandmauer, die uns vor gegenseitiger Ansteckung durch das Virus schützt. Glücklicher virtueller Raum! Was für vielfältige Möglichkeiten entdecken wir in diesen Tagen in diesem Kosmos, um weiterleben und weiterarbeiten zu können. Doch wie im anderen Leben begegnen wir hier Gefahren, Kriminalität, Angriffen – und eben auch: Viren. Einblicke in Chancen und Grenzen des Lebens hinter der Firewall werden Sie in diesem Heft bekommen. Im virtuellen wie auch im realen Raum begleitet Sie dabei der Wunsch: Bleiben Sie behütet!



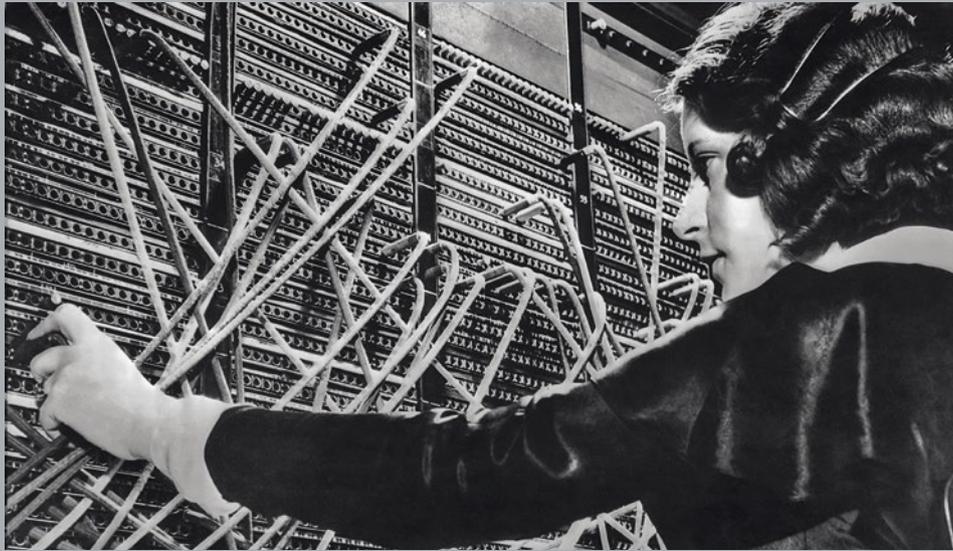
A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dirck Ackermann'.

Dr. Dirck Ackermann,
Chefredakteur ZUR SACHE BW

SCHWER- PUNKT

CYBER

Eine Telefonistin in den USA vermittelt in den 1930er Jahren ein Gespräch (o.); Blick in den Serverraum eines Büros in London (u.)



KEINE AUSSICHT AUF CYBERFRIEDEN

**Im Cyberspace kämpfen alle gegen alle:
Armeen, Geheimdienste, Behörden, Konzerne,
Mafiagruppierungen, Hackerkollektive und Terroristen.
Aber es bilden sich auch Normen und Strategien heraus,
um mit der Situation umzugehen**

Von Philipp von Wussow



Dr. Philipp von Wussow

ist Privatdozent für Religionsphilosophie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und leitet am Institut für Theologie und Frieden in Hamburg ein Forschungsprojekt zum Thema Cyberkrieg.

Auf dem Höhepunkt der medialen Berichterstattung um 2009/2010 schien „Cyberkrieg“ die nächste große Bedrohung der Menschheit zu sein, vergleichbar allein mit der Atom-bombe in der Zeit des Kalten Kriegs oder dem Klimawandel in der Gegenwart. Vorstellungen von einem zukünftigen katastrophischen Cyberkrieg, die oft apokalyptische Züge annahmen, gingen meist von großflächigen Angriffen auf sogenannte kritische Infrastrukturen aus – nichtstaatliche Bereiche wie Energie- und Wasserver-

sorgung, Transport, Gesundheit, Banking und Agrar, die von vitalem Interesse für den Staat, wenn nicht für die Aufrechterhaltung der Zivilisation sind. Solche großflächigen Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen hat es nie gegeben und es wird zunehmend unplausibel, dass es sie je geben wird. Denn sie besitzen für staatliche Akteure keinerlei strategischen Nutzen, während sie für nichtstaatliche Akteure, die sich auch ohne strategischen Grund dazu verleitet sehen könnten, zu hohe operationale Anforderungen stellen.¹ Stattdes-

sen spielt sich Cyberkrieg immer stärker in einem Grenzbereich zu Cyberkriminalität und Cyberspionage ab. Ihn einzudämmen, ist das Alltagsgeschäft von IT-Spezialisten. Ihre Arbeit ähnelt zunehmend den Aufgaben einer Straßenmeisterei, die die Schlaglöcher in veralteten Bundesstraßen auffüllt. Tarah Wheeler schrieb dazu in einem viel beachteten Artikel in *Foreign Policy*: „Wenn Cyber-Arbeit nicht langweilig ist, machen wir es falsch.“²

Twitter-Tipp

@algorithmwatch untersucht Prozesse algorithmischer Entscheidungsfindung und ordnet sie ein. Die Organisation fand unter anderem heraus, dass manche Hartz-IV-Empfänger bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes vom Computer strukturell benachteiligt werden



Typischerweise werden drei ganz verschiedene Dinge als „Cyberkrieg“ bezeichnet:

1. Cyberkrieg im engen Sinn wäre ein Krieg zwischen zwei souveränen Staaten, der wesentlich oder ausschließlich mit Cyberwaffen geführt wird. Im Gegensatz zu Cyberkriminalität und Cyberspionage hat es Cyberkriege *in diesem Sinne* bislang nicht gegeben und es gibt keine Anzeichen, dass es sie in naher Zukunft geben wird.

2. Von Cyberkrieg wird auch dort gesprochen, wo begrenzte Cyberangriffe als Vorbereitung eines sogenannten kinetischen Kriegs vorgenommen werden – etwa indem die IT-Infrastruktur des Gegners temporär lahmgelegt wird. Inzwischen ist Cyber-technologie tief in eine Vielzahl von Waffensystemen integriert und diese Technologie schafft neuartige Sicherheitslücken, die von Angreifern ausgenutzt werden können. Kriege der Zukunft werden somit notwendig *auch* Cyberelemente enthalten, doch es scheint, dass eine solche Integration von Cyberelementen in den Krieg letztlich die Vorstellung vom Cyberkrieg obsolet machen wird.

3. Einer weiteren Auffassung zufolge beschreibt die Allgegenwart von Cyberkriminalität und Cyberspionage eine neue Art von Krieg, die den permanenten Ausnahmezustand zum neuen Normalzustand macht. Es handelt sich hier eher um einen *Kriegszustand* im Sinne des Hobbes'schen Naturzustands, des Kampfes aller gegen alle. Neben staatlichen Akteuren (Armeen, Geheimdiensten und Behörden) kämpfen hier auch Konzerne, Mafiagruppierungen, Hackerkollektive (die teilweise mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten) und Terroristen gegeneinander. Cybersicherheitsunternehmen geraten mitunter selbst in Verdacht. Sogenannte Hacktivist*innen greifen auch ohne direkten Regierungsauftrag aus patriotischen Gründen im Sinne der eigenen Regierung fremde Staaten an.



2017 zwang das in Nordkorea programmierte Virus WannaCry zahllose Anzeigetafeln der Deutschen Bahn in die Knie. Der damals 23-jährige Brite Marcus Hutchins verhinderte Schlimmeres, weil er das Virus zufällig entdeckt hatte



Definitionsfragen

Die unzeitgemäße Wiederkehr dieses Zustands fordert in hohem Maß unsere Vorstellungen von Krieg und Frieden heraus. Das neuartige Phänomen stellt viele Prinzipien und Unterscheidungen des westlichen Denkens infrage. Dazu gehören etwa:

► 1. Die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten:

Armeen können ihre Cyberangriffe bis zu einem bestimmten Komplexitätsgrad an nichtmilitärische Akteure auslagern. Damit wird die Attribution von Angriffen zu konkreten Akteuren erschwert – eine Problematik indes, die angesichts der immer besseren und schnelleren Cyberforensik kaum mehr gegeben ist. Doch auch das Outsourcing von staatlichen IT-Aufgaben an den Privatsektor stellt die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten vor eine schwere Prüfung.

► 2. Die Abgrenzung von defensiven und offensiven Fähigkeiten:

Im Cyberkrieg kann man sich nur vorwärts verteidigen. Rein defensive Vorgehensweisen (Firewall, Virens Scanner) bieten dagegen keinen ausreichenden Schutz.

► 3. Die Proportionalität eines Gegenangriffs:

Viele Angreifer lassen sich mit einem streng proportionalen Gegenangriff gar nicht treffen. Westliche Militärdoktrinen sehen deshalb durchweg vor, dass ein Cyberangriff auch mit konventionellen militärischen Mitteln beantwortet werden kann. Diese Auskunft gilt der strategischen Abschreckung. Gleichwohl würde kein Staat wegen Spionage- oder Ransomware-Angriffen in den Krieg ziehen.

Alle diese Aspekte erscheinen in gewisser Weise nachgeordnet gegenüber der prinzipiellen Unklarheit, inwiefern es sich überhaupt um Krieg handelt – dem Schwebezustand zwischen Krieg und Frieden. Die strategische Bedrohung durch Cyberkriege sorgt für eine Permanenz des Kriegs im Frieden. Hobbes beschreibt dies als den Zustand, in dem „die Furcht vor Tod, Armut oder einem anderen Unglück den ganzen Tag über am Herzen des Menschen [nagt], der aus Sorge über die Zukunft zu weit blickt, und er hat vor seiner Angst nur im Schlaf Ruhe.“³

Bei Hobbes sollte die These vom Kampf aller gegen alle die *Abkehr* vom Naturzustand und die Begründung der Zivilisation motivieren. Es gibt derzeit keine realistischen Aussichten auf die Etablierung umfassender globaler Sicherheitssysteme, die dem Naturzustand des 21. Jahrhunderts ein Ende bereiten könnten. Insbesondere gibt es keine Aussichten auf Cyberfrieden. Die einzige Möglichkeit zur Einhegung des Cyberkriegs besteht darin, dass sich mit der Zeit Normen herausbilden, die dafür sorgen, dass Cyberangriffe weiterhin unterhalb der Schwelle zum Krieg bleiben. Dies geschieht insbesondere durch Prozesse der Dialog- und Vertrauensbildung zwischen den Cybermächten. Idealerweise führt der diplomatische Dialog zu Vereinbarungen unterhalb der Schwelle des Rechts, die mit der Zeit quasi Gesetzeskraft erlangen.

Auch Cyberabwehr hat viele Akteure

Zugleich bilden sich Verhaltensregeln durch die Klärung der Zuständigkeiten unter den beteiligten Stellen. Das Militär ist einer von vielen Playern im Bereich der staatlichen Cyberabwehr. Gerade im föderalen Deutschland teilt sich die Bundeswehr ihre Aufgaben mit den verschiedenen Landeskriminalämtern, dem BND, dem BSI und verschiedenen Ministerien. International ist die staatliche Cyberabwehr in die NATO und die EU eingebunden. Ferner ergeben sich immer wieder begrenzte Allianzen von hoher Durchschlagskraft, darunter Five Eyes (Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland, USA) mitsamt ihren diversen Erweiterungen, zu denen teilweise auch Deutschland gehört. Zugleich haben auch Unternehmen, private IT-Sicherheitsfirmen und Cyberversicherungen einen immer größeren Anteil an der Cybersicherheit. Eine funktionierende Cybersicherheit muss letztlich als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden, bei der es unabdingbar ist, auch das alltägliche Nutzerverhalten zu verändern.

Die militärische Komponente ist in der Multipolarität von Kompetenzen und Zuständigkeiten ein wichtiges Element. Es wird vor allem dann bedeutsam sein, wenn ein Angriff militärischer Natur ist. Dies betrifft nicht allein die Ziele, sondern vor allem die Angriffsart, das heißt: den Grad

Die größten Bedrohungen weltweit im Jahr 2017 (in Prozent)

Anteil der Befragten, die Folgendes für die größten Bedrohungen für ihr Land halten

Basis: 41 953 Befragte aus 38 Ländern weltweit.

„IS“ wurde in der Türkei nicht abgefragt, „Macht und Einfluss ...“ nicht in den jeweils genannten Ländern.

Quelle: Pew Research Center

DIE STRATEGISCHE BEDROHUNG DURCH CYBER- KRIEGE SORGT FÜR EINE PERMANENZ DES KRIEGS IM FRIEDEN.

der Komplexität und strategischen Tiefe. Im Bereich der alltäglichen Cyberkriminalität übernehmen staatliche Stellen nur in geringem Maß selbst Abwehraufgaben und sind weitgehend koordinierend tätig.

Die Aufgaben der militärischen Cyberabwehr liegen also vornehmlich in einem Bereich, der von anderen Beteiligten nicht bedient werden kann. Die Diskussionen über die notwendigen Kapazitäten und Befugnisse des Cyberkommandos der Bundeswehr haben sich stark auf die Frage konzentriert, ob es im Angriffsfall allein seinem defensiven Mandat treu bleiben kann oder gegebenenfalls auch „zurück-hacken“ darf, etwa um den Server eines Angreifers abzuschalten. In Wirklichkeit müsste man sich in dieser Situation bereits in den Systemen der Gegner befinden, um tatsächlich etwas ausrichten zu können, anstatt lediglich zu reagieren. Cyberkrieg fordert damit die klassische Abgrenzung von Abwehr und Angriff heraus und die Bundeswehr könnte erst mit der Hinzunahme offensiver Komponenten überhaupt erst ein ernsthafter Player im Cyberkrieg werden. ▲

¹ James Andrew Lewis, Rethinking Cybersecurity. Strategy, Mass Effect, and States, CSIS Technology Policy Program (2018), www.tinyurl.com/zsbw-csis

² Tarah Wheeler, In Cyberwar, There Are No Rules. Why the World Desperately Needs Digital Geneva Conventions, in: Foreign Policy (Herbst 2018), S. 34–41: 39.

³ Thomas Hobbes, Leviathan, übers. Walter Euchner, Berlin 2011, S. 106.





Wenn Populisten dazukommen, kann das die Etablierten überfordern. Der Blumenstrauß im Thüringer Landtag, für einen anderen gekauft und dann dem „falschen“ Wahlsieger vor die Füße geworfen, illustriert die neuen Herausforderungen

**„Und es werden sich viele falsche Propheten erheben
und werden viele verführen.“**

Matthäus 24,11

GOTT GEHT MIT UNS DURCH DIE ZEITEN

**Auch nach dem Leitmedienwechsel wollen Menschen
ihr Leben als sinnvoll erfahren und es gemeinsam gestalten.
Wenn die alten Traditionsmuster nicht mehr funktionieren,
gilt es, den revolutionären Algorithmus
aller Schriftreligionen neu zu entdecken**

Von Wolfgang Nethöfel

Chaos im Cyberspace

Es ist zum Verzweifeln! Zu Beginn unserer neuen Epoche mit dem Leitmedium vernetzte Informations- und Kommunikations-(IuK-)technik überwinden Computer- und Coronaviren, Datenströme und Bilderfluten, Terrorchats und Fake News scheinbar mühelos die Grenzen von Nationalstaaten. Und während es zwischen diesen Staaten immer schwieriger wird, Umwelt-, Sicherheits- oder auch nur Steuerprobleme wirksam zu regulieren, ziehen sich innerhalb ihrer Grenzen verunsicherte Menschen immer mehr in Informationsblasen zurück, aus denen sie dann nur noch protestierend herausfinden: in wiederum netzbasierten Bewegungen. Volksparteien und Volkskirchen, kritische Medien und rational argumentierende Politiker haben ihren Einfluss an Influencer verloren, vor allem bei der Jugend, die mit den Neuen Medien aufwächst.

Uns Ältere verwirrt, dass mit jenen neuen Orientierungsgestalten vormoderne Orientierungsgrößen auferstehen, die wir für geschichtlich erledigt hielten: Massenverführer – per Twitter; Massenkontrolleure, die soziale Netzwerke als Staatsmedium gleichschalten wollen; Clans,

die sich übers Netz koordinieren, aber vor Ort mit archaischer Gewalt Reviere verteidigen. Erlösung verspricht eine Pseudoreligion, die zeitlos zu sein scheint. Populistische Vereinfacher beschwören romantisierend die „good old religion“ – eine Tradition, die Fundamentalisten aller Couleur entweder nicht kennen oder nicht in ihrer Zeitgebundenheit sehen wollen. Für komplexe Lageveränderungen findet ihr jeweiliger „-ismus“ stattdessen immer dieselbe mythische Lösung: einen Feind mit einer verschwörerischen, bösen Absicht, eine Grenze und einen Erlöser. Der deckt die Verschwörung auf und verteidigt jene Grenze wie gegen einen äußeren Feind. – Ist das die Religion der Zukunft?

„Wir sind in der Morgenröte einer neuen Zeit!“

„Wir sind in der Morgenröte einer neuen Zeit!“, rief Luther am Anfang der jetzt offensichtlich zu Ende gegangenen Neuzeit aus. Inmitten der mittelalterlichen Vorstellungen einer über Heil und Unheil entscheidenden ewigen Ordnung, in die man sich einzufügen hatte, entdeckte

Der Weg zur Informationsgesellschaft

Kommunikationsmedien als Auslöser von Leitmedienwechseln



Sprachgesellschaft



Handschriftgesellschaft



Buchdruckgesellschaft



Informationsgesellschaft

er Gottes schöpferische Kraft neu: nicht nur in seiner Glaubenserfahrung, sondern auch in der menschlichen Zusammenarbeit und selbst in der Natur. Von solchen Erfahrungen aus erschlossen sich damals die orientierenden Sinnwirklichkeiten individueller Lebensgestaltung und geschichtlichen Handelns – entkoppelt vom naturwissenschaftlichen Faktenwissen, das sich nun in seiner Weise entfaltet.

Bedingt und ermöglicht wurde das durch den Buchdruck: die mechanische Vervielfältigung jener bis dahin per Hand kopierten kulturellen Traditionsmuster, die jetzt elektronisch gespeichert und übermittelt werden. Neue kulturelle Leitmedien ziehen einen Wechsel der Frömmigkeit und des Weltbildes nach sich, die sich erst im Nachhinein gut überblicken lassen. 1500 Jahre lang gab es ein Christentum ohne unsere heutigen Vorstellungen von Person oder Geschichte.

Aber in der Neuzeit ist nicht nur der Protestantismus zur Buchreligion geworden. Die sich später katholisch nennende Gegenreaktion ging mit einer durch Handbücher institutionalisierten individuellen Beichtpraxis auf die neuen Frömmigkeitsbedürfnisse ein. Das Christentum insgesamt aber wurde eine Sonntagsreligion. Sie überwölbte einen individuellen Mix von Lebenszielen, die durch Vervollkommnung und Selbststilisierung angestrebt werden und die zunächst einmal dem Alltag einen Sinn gaben.

Ändert sich das, wenn Fitness und Wellness durch vegetarische Ernährung abgelöst werden, esoterische Ratgeber durch Tipps aus dem Netz und die Inszenierung vor dem Discobesuch durch den Netztreff vor der Demo? Zumal das alles nebeneinander besteht.



Neuorientierung im Leitmedienwechsel

Ganz am Anfang stand jene sprachliche Überlagerung von Körpermustern, die menschliche von tierischer Kommunikation trennt. Schriftpropheten und -philosophen interpretierten dann die mythische Tradition neu. Bei Heranwachsenden schlagen sich solche Leitmedienwechsel in Lernprozessen nieder, mit denen auch ihnen sich jeweils eine neue Welt erschließt. Sie überlagert eine alte und zwingt zur Neuorientierung.

Aber wir hören nicht auf zu gestikulieren, zu sprechen und per Hand zu schreiben, wenn wir dann selbst Gedrucktes lesen oder im Netz zu chatten beginnen. Und



Prof. Dr. Wolfgang Nethöfel

ist emeritierter Professor für Sozialethik an der Philipps-Universität Marburg und wissenschaftlicher Direktor des Instituts und Leiter des TransMIT-Zentrums für Wirtschafts- und Sozialethik:
www.iwse.de

auch die alten Verbreitungsmedien werden weiter genutzt, auch wenn deren gesellschaftliche Funktionen sich ändern. Noch nie wurden so viele Bücher gedruckt wie jetzt im Netzzeitalter. Doch die Kids von heute schauen ins Netz, um zu prüfen, ob etwas Gedrucktes stimmt.

Mediengeschichtliche Überlagerungen und Hybridscheinungen werfen Orientierungsfragen auf, die ebenfalls eine religiöse Dimension haben. Das wird am Beispiel der Nationalstaaten besonders deutlich. In ihrer heutigen Form sind sie Kinder der Neuzeit und der Säkularisierung. Sie gingen aus dem Chaos der Glaubenskriege mit dem Versprechen hervor, innerhalb militärisch gesicherter Grenzen ein Gewaltmonopol durchzusetzen – vor allem, um religiös motivierte Gewalt einzudämmen.

Dieser Rahmen „machte Sinn“ für die Menschen der Neuzeit. Aber genau deshalb konnten Staaten als geschichtliche Akteure auch zu Götzen einer nationalistischen Pseudoreligion werden, die mit gedruckten Heldengeschichten für sich warb: für Mord und Opfertod.



IV Nationalismus 2.0? (Fundamentalistische Versuchungen)

Heute sind unsere grundlegenden Zivilisationsprozesse zunehmend abhängig von weltweit vernetzter IuK-Technik. Auf deren ungestörten Zusammenhang richten sich berechnete nationale Sicherheitsinteressen. Aber die Trojaner, die unsere Infrastruktur bedrohen, erreichen uns durch Netze, deren dezentrale Organisation einst Atomangriffen standhalten sollte. Die Kettenreaktionen, die gelikte Videos auslösen, lassen sich vielleicht durch einen global koordinierten militärischen Polizeieinsatz begrenzen. Aber die ideologische Bombe in den Köpfen

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

83% der Deutschen geben an, sie hätten sich bei einer Kaufentscheidung schon einmal von einem Influencer beeinflussen lassen.



29% der Deutschen halten Produktempfehlungen von Influencern für glaubwürdig.

Quellen: Rakuten Marketing, Hilker Consulting



Neue Autoritäten:
Influencer wie Pamela
Reif (l.) werden zu
Leitfiguren für
Jugendliche

kann überall zünden; unsere eigenen Kinder sind davor nicht sicher. Und auf den entscheidenden Knopf gedrückt wurde vielleicht schon nebenan.

Nationalistisch begründete Auseinandersetzungen zwischen Staaten: Ihr Dominanzstreben, aber auch ihre überkommenen Regulierungsmechanismen greifen zunehmend ins Leere. Daten und Umwelteinflüsse lassen sich an ihren Grenzen nicht wirklich kontrollieren. Und damit geraten auch ihre orientierenden Institutionen in eine epochale Krise, die relativ unabhängig vom Versagen einzelner ist: Volksparteien, Volkskirchen und Tarifgewerkschaften werden tendenziell abgelöst durch Bewegungen und Strömungen. Sie artikulieren und zelebrieren als Netzgemeinschaften, was im nationalstaatlichen Rahmen nicht mehr zu regulieren ist.

Nach dem „Ende des Buchzeitalters“ treibt unser „globales Dorf“ an Bord des Raumschiffes Erde außerhalb der „Gutenberg-Galaxis“ gedruckter Traditionsmuster (Marshall McLuhan).¹

V Von der Buch- zur Netzreligion?

Immer noch wollen wir unser Leben als sinnvoll erfahren und es gemeinsam gestalten. Aber als primäre Realität erfahren wir ein zu stabilisierendes System, nicht mehr eine zu interpretierende Geschichte. Wir müssen uns in vernetzten Kontexten neu orientieren, die sich uns in Modellen und Simulationen, in Cyber- und Hyperräumen präsentieren. Durch sie bewegen wir uns als Avatare: Datenabbilder unserer selbst. Virtualität ist hier oft überlebenswichtig (etwa in bildgebenden Verfahren), aber auch anfällig für Missbrauch und für manipulative Narrative.

Die Leitparameter eines neuen Weltbildes bestimmen Tiefenschichten unserer Kommunikation mit uns und mit anderen: ob wir wollen oder nicht. Schon der moderne Theologe Rudolf Bultmann warnte davor, dass man sich einer solchen Verschiebung nur um den Preis kognitiver Dissonanzen entziehen kann. Wo finden wir Halt, was trägt uns heute?

Auch für den jüngsten Versuch von Jürgen Habermas, unsere gegenwärtige Situation immer noch von der abendländischen Philosophie her zu verstehen – als Konstellation von Glauben und Wissen² – gilt noch die Diagnose des Systemtheoretikers Niklas Luhmann: Das sind Varianten eines historischen Narrativs wie die Sagas vom „Kampf

Honorare beachtlich, Wirkung ungewiss



Bis zu **38 000 Euro** bekommen Influencer mit mehr als 500 000 Followern in Deutschland für einen Post.

Sogenannte Mikro-Influencer mit bis zu 30 000 Followern bekommen bis zu **32 000 Euro** für das Posten einer Kampagne.



39% von 5000 befragten Unternehmen weltweit betreiben Influencer-Marketing.

37% dieser befragten Unternehmen haben keine Möglichkeit, die Auswirkung einer Influencer-Kampagne auf ihren Umsatz zu messen.

Quellen: Rakuten Marketing, Statistisches Bundesamt

der Kulturen“ (Samuel Huntington) oder vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama).³

Erschließt sich dann „Alles unter dem Himmel (Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung)“ wieder hierarchisch geordnet als universales Gleichgewicht: „Tianxia“, als Sein, aus dem sich das Sollen ablesen lässt – wie der chinesische Philosoph Zhao Tingyang vorschlägt?⁴ Diesmal von der Partei statt von der Kirche vorgelegt: nur damit ringsum und überall Frieden herrscht, möglichst auch mit der Natur? „Vernünftige Freiheit“, das normative Fazit von Habermas, lässt sich auch anders begründen, erschließen und leben.

VI „Siehe, es ist alles neu geworden“

„Siehe, es ist alles neu geworden“ (2. Korinther 5, 17), ist eine christliche Grunderfahrung, die sich in der Reformation neu erschloss. Sie verlängert die antitraditionale Traditionslinie jener Philosophen und Propheten, die als Reaktion auf das epochale Leitmedium Schrift das mythische Weltbild blinder Traditionsbefolgung überwunden hatte. Sie ist die Außenseite einer Gotteserfahrung, die sich stets von unten und von den Rändern her erschließt. Stallgeburt und Kreuzestod Jesu verlängern jene verdeckte Siegeslinie des jüngeren Sohnes, den die verworfenen, ausländischen, missbrauchten Frauen im Stammesbaum Jesu repräsentieren (Matthäus 1,1–17) und an die Paulus wieder anknüpft, wenn er diese Botschaft uns – den Heiden – bringt.

Dieser kreative, ja revolutionäre Algorithmus aller Schrifireligionen (der in den Mythen und Gutenachtgeschichten der Kinder schlummert) bewährt sich auch in säkularen Kontexten, aber er muss immer wieder neu entdeckt werden. Wir können uns selbst in Begegnungen mit anderen neu erfahren, weil wir von einem tiefen und vorgängigen Ja zu uns leben. Gott, der sich früher oben, dann als „Tiefe des Seins“ erschloss, bleibt nicht als Inbegriff abstrakter Allmacht bei sich selbst, sondern geht mit uns durch die Zeiten.

So legt das auch Alfred North Whitehead nahe – eine der Gründergestalten unseres digitalen Zeitalters, dessen Prozessphilosophie auch eine zeitgenössische Prozesstheologie inspirierte. Sie ergänzte jene abendländischen „Fußnoten zu Plato“, die Gottes Wesensnatur thematisieren, durch die Orientierung an jener „galiläischen Vision der Demut“, die wie im Hymnus des Paulus

(Philipper 2,5–11) Gottes sich mitteilende „Folgenatur“ als Ursprung und Prinzip unserer Welt im Ganzen erschließt. Er ist „der große Begleiter – der Leidensgefährte, der versteht.“⁵

VII Cyberreligion?

In unserer Welt werden Nationalstaaten noch lange die wichtigste regionale Regulierungsinstanz bleiben. Aber an Bord des Raumschiffes Erde werden sie alte wie neue Aufgaben nur gemeinsam – vernetzt – lösen können. Und auch die Landeskirchen und Bistümer werden sich von ihren inneren und äußeren Rändern her neu vernetzen müssen, wie netzvermittelte Gemeinschafts- und Gemeindeformen zeigen. Aber wenn sie so wie die anglikanische Kirche im Netzzeitalter nach „fresh expressions of church“ suchen, können sie wie wir alle darauf vertrauen, dass dieses Netz uns tragen wird. Es ist zwar nicht selbst die Botschaft (gegen McLuhan). Aber zwischen seinen Maschen werden wir erwartet. ▲

¹ Marshall McLuhan, Die Gutenberg-Galaxis. Das Ende des Buchzeitalters (1962), Bonn 1995; Krieg und Frieden im globalen Dorf (1967), Hamburg 2011; ders. / Bruce R. Powers, The Global Village. Der Weg der Mediengesellschaft in das 21. Jahrhundert, Paderborn 1995.

² Jürgen Habermas, Auch eine Geschichte der Philosophie. Band 1: Die okzidentale Konstellation von Glauben und Wissen; Band 2: Vernünftige Freiheit. Spuren des Diskurses über Glauben und Wissen, Frankfurt am Main 2019.

³ Samuel Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert (1996), Hamburg 2006; Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? (1989), München 1992.

⁴ Zhao Tingyang, Alles unter dem Himmel. Vergangenheit und Zukunft der Weltordnung (2005), Frankfurt am Main 2020.

⁵ Alfred North Whitehead, Prozess und Realität. Entwurf einer Kosmologie (1929), Frankfurt am Main 1987, S. 262.

MIT ETHIK IM NETZ UNTERWEGS



**Wir sehnen uns nach Sicherheit.
Die nimmt in einer unübersichtlichen Welt –
erst recht im Cyberraum – eher ab als zu.
Soldatinnen und Soldaten brauchen deshalb
vor allem eines: ethische Sensibilisierung**

Von Friedrich Lohmann

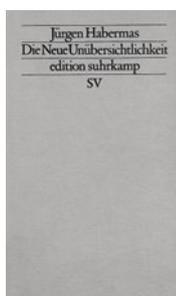


Das „moralische
Gewissen der Nation“:
Jürgen Habermas
1969 im Philosophi-
schen Seminar der
Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Im Januar 1985 veröffentlichte Jürgen Habermas einen Aufsatz mit einem seither viel zitierten Titel: „Die Neue Unübersichtlichkeit“. Er begründete seine Diagnose der spätmodernen Gesellschaft mit der trotz aller technologischen Fortschritte weiter bestehenden „weltweiten Gefährdung allgemeiner Lebensinteressen“ und der entsprechenden ordnungspolitischen Ratlosigkeit.

35 Jahre später wirkt diese Analyse zutreffender als jemals zuvor. Man sehnt sich geradezu zurück nach

der Stabilität und Rationalität der bipolaren Weltordnung des Kalten Kriegs. Völkerrechtliche Verträge, die damals geschlossen wurden, werden heute gekündigt. Wissenschaft und Technologie, damals unangefochten in ihrem Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, sind ambivalent geworden. Expertinnen und Experten sind uneins und streiten über sachgemäße Strategien des kleinstmöglichen Übels – was schon lange Thema des Feuilletons war, ist in der Corona-Krise für alle sichtbar geworden.



Jürgen Habermas,
Die Neue Unübersichtlichkeit.
Suhrkamp, Berlin 1985,
268 Seiten, 15 Euro.



Friedrich Lohmann

ist Professor für Evangelische Theologie mit dem Schwerpunkt Angewandte Ethik an der Universität der Bundeswehr München. Er gehört dem Herausgeberkreis von ZUR SACHE BW an.

Zeitgleich mit der „neuen Unübersichtlichkeit“ hat der Sicherheitsbegriff Konjunktur bekommen. „Securitization“ nennt man in der Theorie der Internationalen Beziehungen den Prozess eines zunehmenden Primats von Sicherheitserwägungen in der Politik, der schon lange vor den Terroranschlägen vom September 2001 begonnen hat. Versicherheitlichung geht jedoch inzwischen über politische Prozesse weit hinaus. Sie ist markanter Bestandteil eines neuen allgemeinen Lebensgefühls, das auf Unübersichtlichkeit mit der Suche nach Gewissheit reagiert. Interessanterweise sind es altbekannte Reflexe, die hier aktuell zur Geltung kommen: Das Hamstern von Lebensmitteln und Toilettenpapier suggeriert Versorgungssicherheit; autokratische Führungspersönlichkeiten bieten klare und einfache Lösungen; religiöse Fundamentalismen berufen sich auf heilige Schriften, die irrtumsfrei und gewiss richtig sind; die Rückbesinnung auf traditionelle moralische Werte verspricht sichere Orientierung im Handeln.

Virtuelle Gefahren sind sehr real

Gerade auf diesen letzten Punkt will ich etwas genauer eingehen, denn er hat besondere Relevanz für gegenwärtige Diskussionen innerhalb der Bundeswehr. Auch militärisches Planen und Handeln geschieht unter dem Vorzeichen der neuen Unübersichtlichkeit. Ganz konkret ist es das Phänomen der hybriden Kriegsführung, das alte und etablierte Gewissheiten infrage stellt: Zivilisten und Kombattanten sind nicht mehr zweifelsfrei zu unterscheiden; die Kategorien von Angriff und Verteidigung verschwimmen, wenn der Gegner schwer greifbar, ja unsichtbar agiert; selbst der Begriff der „realen“ Gefahr wird hinfällig, wenn nur noch „virtuell“ operiert wird; zumal der als „cyber warfare“ geführte hybride Krieg entzieht sich gängigen rechtlichen Einhegungen.

Uwe Hartmann hat mit guten Gründen geltend gemacht, dass gerade die Konzeption der Inneren Führung für die Organisation militärischen Handelns in den neuen, insbesondere hybrid geführten Kriegen großes Potenzial hat (Uwe Hartmann, *Hybrider Krieg als neue Bedrohung von Freiheit und Frieden. Zur Relevanz der Inneren Führung in Politik, Gesellschaft und Streitkräften*, Berlin 2015). In der Tat bringt der hybride Krieg, indem er abseits bekannter Szenarien geschieht, ein Überraschungspotenzial mit sich, das bis auf die unterste Ebene soldatischen Handelns eigenverantwortliche Entscheidungen erfordert, denen der mündige Soldat, wie ihn das Konzept der Inneren Führung vorsieht, besonders gerecht zu werden verspricht. Der „strategische Gefreite“ ist immer auch der „ethische Gefreite“, der moralisch kompetent Verantwortung in hochkomplexen Situationen wahrnehmen muss.

Auch aus dieser Perspektive auf aktuelle militärische Herausforderungen ist daher die Initiative zu einer Stärkung der ethischen Bildung in den deutschen Streitkräften und die Ausarbeitung einer entsprechenden Zentralen Dienstvorschrift (ZDv), basierend auf dem Konzept der Inneren Führung, unbedingt zu begrüßen. (Dass ethische Bildung weit über die mögliche Einsatzrelevanz hinaus fundamentale Bedeutung für die Persönlichkeitsfindung und berufliche Motivationsklärung der Soldatinnen und Soldaten hat, sei hier nur kurz angemerkt.) Während der entsprechenden Workshops im Bundesverteidigungsministerium wurde freilich auch deutlich, dass in Bundeswehr und Wissenschaft nicht immer Gleiches mit dem Stichwort Ethik verbunden wird. Nicht alle, aber manche Teilnehmer aus der Bundeswehr vertraten ein funktionsorientiertes Verständnis von Ethik, bei dem die „Handlungssicherheit“ im Einsatz im Vordergrund steht.

Wahrnehmung von Sicherheit und Gefahr

Fünf Sektoren, in denen Aspekte der Versicherheitlichung diskutiert werden



Militär



Politik

Wer Waffen bedient,
muss ethisch gebildet sein:
Ein Soldat schießt mit dem
Maschinengewehr beim
Schießlehrerlehrgang
am Ausbildungszentrum
Infanterie in Hammelburg



Jede Einsatzsituation, ja jede Lebenssituation stellt ihre eigenen moralischen Herausforderungen, die sich einer Operationalisierung in Fließdiagrammen entziehen.



Wirtschaft, Finanzen



Gesellschaft (etwa Problem der Migration, Fragen von Identität)



Umwelt (etwa Klimawandel)

Quelle: Barry Buzan, Ole Wæver, Jaap de Wilde: Security. A New Framework for Analysis, Boulder 1997.

Paradoxerweise gehört der Kampf gegen den moralischen Perfektionismus zu den wesentlichen Aufgaben ethischer Aufklärung.

Ethik ist keine Gebrauchsanweisung

Damit sind wir zurück beim Phänomen der Versicherheitlichung, das ich zu Beginn dieses Beitrags beschrieben habe. Es ist durchaus verständlich, zumal angesichts der Komplexität von Einsatzszenarien unter hybriden Bedingungen, dass die Suche nach Gewissheiten auch innerhalb der Bundeswehr Platz greift. Unter Umständen müssen im Einsatz ja in kürzester Zeit weitreichende Entscheidungen getroffen werden, ohne dass irgendein ethischer Rat eingeholt werden könnte. Ein klarer moralischer Kompass, eine ethische Checkliste, ja ein schlicht umzusetzendes und hierarchisch priorisiertes Gebot versprechen hier effiziente und zugleich moralisch korrekte Auftragserfüllung. Und gegen z. B. den Koblenzer Entscheidungs-Check als Hilfsmittel zur Veranschaulichung moralischer Entscheidungsabläufe ist auch gar nichts zu sagen.

Aber Ethik ist etwas anderes als eine technische Gebrauchsanweisung, die mir sagt, welche Tasten eines Geräts ich wann und wie lange zu drücken habe, damit es seine Arbeit gut verrichtet. Jede Einsatzsituation, ja jede Lebenssituation stellt ihre eigenen moralischen Herausforderungen, die sich einer Operationalisierung in Fließdiagrammen entziehen. Der Illusion einer „Handlungssicherheit“ ist daher der Abschied zu geben. Angemessene ethische Bildung muss vielmehr mit einer Sensibilisierung für die Tatsache einhergehen, dass es solche Sicherheit, das Gute und Richtige zu tun, nie geben kann. Handeln bedeutet, Verantwortung zu übernehmen. Das gilt ganz besonders in einer Dienstgemeinschaft wie der Bundeswehr, in der Entscheidungen zu treffen sind, die potenziell viele Menschen betreffen, innerhalb wie außerhalb der Institution.

Die fortschreitende Technologisierung, von internen bürokratischen Abläufen bis hin zur Einsatzführung, verharmlost diese Verantwortungsdimension

jeden militärischen Handelns. Im „Cyber War“ werden ja tatsächlich nur Tasten gedrückt. Und doch hat der letztgültige „Enter“-Befehl möglicherweise enorme Bedeutung für das Leben anderer Menschen. Und gerade hier ist es nahezu unmöglich, vorab Sicherheit über die tatsächlichen Konsequenzen der getroffenen Entscheidung zu erlangen.

Sensibilisierung für die Notwendigkeit, unter Unsicherheit Verantwortung für potenziell höchst folgenreiche Entscheidungen und Handlungen zu übernehmen, ist daher ein wesentliches Ziel ethischer Bildung in den Streitkräften. Wer sich eingesteht, dass das Gute mit Handlungen nur angestrebt, nie sicher erreicht werden kann, und dennoch zur Verantwortungsübernahme bereit ist, hat mehr von Ethik verstanden, als wer den Kategorischen Imperativ Kants auswendig weiß. Das heißt natürlich nicht, dass es überhaupt keine Möglichkeit gäbe, gute Entscheidungen durch Bildung zumindest vorzubereiten. Zu nennen ist die Schulung zur Bereitschaft und Fähigkeit, vor einer Entscheidung möglichst umfassende Informationen über die gegebene Situation und die Konsequenzen möglicher Hand-

Koblenzer Entscheidungs-Check

1	Legalitätsprüfung	Ist das, was ich tue, gesetzlich erlaubt?
2	Feuer der Öffentlichkeit	Würde ich das tun, wenn eine Kamera laufen würde?
3	Wahrhaftigkeitstest	Würde ich, was ich jetzt tue, meinen engsten Familienangehörigen erzählen?
4	Goldene Regel	Würde ich gern haben, dass mir das widerfährt, was ich jetzt tue?
5	Kategorischer Imperativ	Könnte die Grundlage, die hinter meiner Entscheidung steht, zur Grundlage des allgemeinen Rechtssystems werden?



Migranten versuchen, die Grenze nach Griechenland zu überwinden. Die Welt ist unübersichtlicher geworden, als Reaktion darauf setzen Politiker auf das Thema Sicherheit

lungsoptionen heranzuziehen. Keine gute Entscheidung, die nicht auf solider Sachkenntnis gegründet wäre. Ebenso wichtig ist es, den „moralischen Blick“ einzuüben, der vom intuitiven und häufig selbstzentrierten Denken zur Einbeziehung der anderen und ihrer legitimen Interessen führt. Tugenden wie Solidarität und Toleranz sind Habitualisierungen, zur Gewohnheit gewordene Ausformungen dieses moralischen Blicks.

Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme

Zur ethischen Bildung gehört aber auch, vorzubereiten für den Umgang mit den möglicherweise verheerenden Konsequenzen von unter Unsicherheit gefällten Handlungsentscheidungen. Paradoxerweise gehört der Kampf gegen den moralischen Perfektionismus zu den wesentlichen Aufgaben ethischer Aufklärung. Denn es ist höchst selten, dass eine Entscheidung wirklich perfekt ist. Viel häufiger wird man Fehleinschätzungen bereuen und sich sagen, dass man es (noch) besser hätte machen können. Bereitschaft zur Verantwortung heißt Bereitschaft zur Übernahme von Schuld. Dies

gilt gerade in komplexen Szenarien, bei denen es das (relativ) Gute nur um den Preis schädlicher Nebenwirkungen gibt. Auch darauf kann man sich, so gut es geht, vorbereiten.

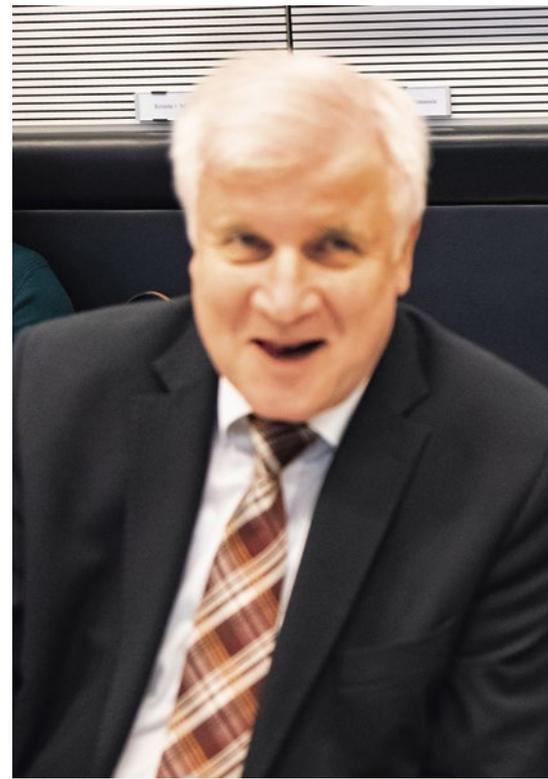
Ethik wird häufig mit der Frage verbunden: „Was soll ich tun?“ Wenn die Überlegungen dieses Beitrags nur einigermaßen stimmig sind, dann stellt dies eine Verkürzung dar. Gute Handlungen setzen einen guten Charakter voraus. Und ein moralisch guter Charakter ist, so lässt sich das Gesagte zusammenfassen, durch ein Miteinander von Bereitschaften ausgezeichnet: Bereitschaft zur bestmöglichen Information, Bereitschaft zum Blick über den eigenen Tellerrand hinaus, Bereitschaft zur Verantwortungs- und Schuldübernahme. Im Idealfall führt dieses Miteinander zu einer persönlichen Festigkeit, die dann auch sichere und gute Entscheidungen trifft. Von einer selbstgefälligen „Handlungssicherheit“ ist das aber meilenweit entfernt.

Es geht bei ethischer Bildung also maßgeblich um Charakterbildung. Die neue ZDv wird dem gerecht, indem sie die Ethik von vornherein in den umfassenderen Kontext der Persönlichkeitsbildung einordnet, zu dem auch historische und politische Bildung das Ihre beitragen. Besonders wichtig ist jedoch, dass ethische Bildung weiterhin in enger Verbindung zum Lebenskundlichen Unterricht geschieht. Denn dort ist die Persönlichkeitsbildung schon immer Thema gewesen, und die religiösen Traditionen, die in ihm zur Sprache kommen, sind wichtige Ressourcen, wenn es darum geht, Entscheidungen nicht nur möglichst gut zu treffen, sondern auch verantwortlich mit getroffenen Entscheidungen umzugehen. Gerade so, umfassend in ihrer Persönlichkeit gebildete Soldatinnen und Soldaten sind dann auch am ehesten in der Lage, Verunsicherungen und verschwimmende Kategorien produktiv zu verarbeiten. ▲

Helga Pelizäus,
Ludwig Nieder (Hg.):
Das Risiko – Gedanken übers
und ins Ungewisse,
Springer VS, Wiesbaden 2019,
465 Seiten, 49,99 Euro.
Der Band enthält einen Beitrag
von Friedrich Lohmann mit dem
Titel: „Ethische Unruhe‘.
Die Funktion von Ethik
bei der gesellschaftlichen
Ordnungsbildung“.



DER CYBERRAUM IST NICHT NUR VIRTUELL



Die Verletzung der territorialen Integrität ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht, auch wenn sie mit Cyberwaffen geschieht. Spionage und Propaganda sind erlaubt – wie in der Kohlenstoffwelt auch

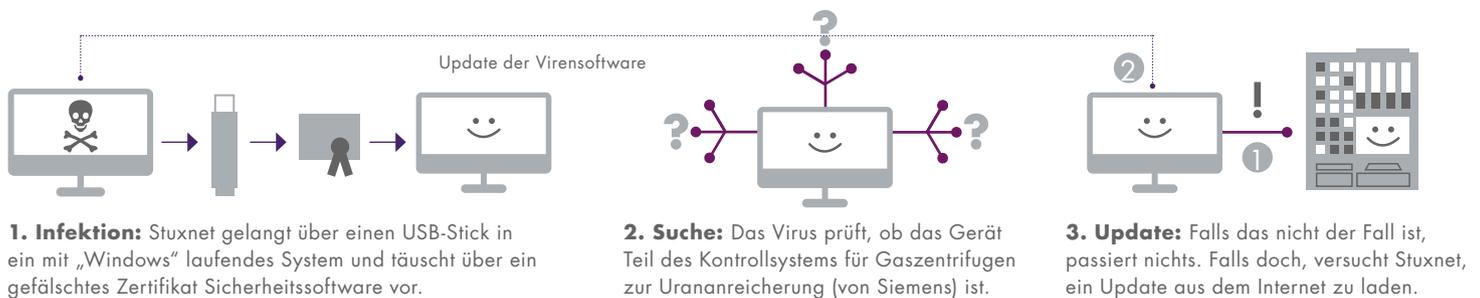
Von Wolff Heintschel von Heinegg



Prof. Dr. Wolff Heintschel von Heinegg ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Völkerrecht, Europarecht und ausländisches Verfassungsrecht, an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder). Er war Mitglied der Expertengruppen, die die beiden Tallinn-Handbücher verfasst haben.

Wie Stuxnet funktionierte

Das 2010 entdeckte Virus war wahrscheinlich Teil eines US-Sabotageprogramms gegen iranische Atomanlagen





Bundeskanzlerin Angela Merkel am Tablet: Politik ohne digitale Kommunikation ist undenkbar geworden, trotz der Gefahren

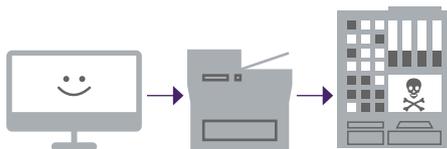
Während der Cyberraum für einige ein virtueller Raum ist, ist er für andere schlicht die fünfte Domäne (der Kriegführung). Sind Ubiquität, Interkonnektivität und (scheinbare) Grenzenlosigkeit Charakteristika des Cyberraums und nimmt man auch das fehlende Verständnis der ihm zugrundeliegenden Technologie in den Blick, so erscheint es ausgeschlossen, ihn mit den überkommenen Regeln und Prinzipien des Völkerrechts zu erfassen, entstammen diese doch mehrheitlich einer Zeit, in der der Cyberraum undenkbar war. All dies hat zu einer Mystifizierung des Cyberraums beigetragen, so dass etwa russische Forderungen nach einem neu auszuhandelnden völkerrechtlichen Vertrag, die gepaart sind mit der Verneinung der Anwendbarkeit des geltenden Völkerrechts, mitunter auf durchaus fruchtbaren Boden fallen.

Heute sind sich die Staaten mehrheitlich darüber einig, dass die Neuartigkeit des Phänomens Cyberraum und der ihn ermöglichenden Technologien einer Anwendbarkeit des traditionellen Völkerrechts nicht entgegensteht. Auch die Russische Föderation dürfte einen gegen sie gerichteten Cyber-Angriff schwerlich achselzuckend hinnehmen und unter Hinweis auf die von ihr behauptete Nichtanwendbarkeit des geltenden Völkerrechts als völkerrechtlich nicht verboten einordnen.

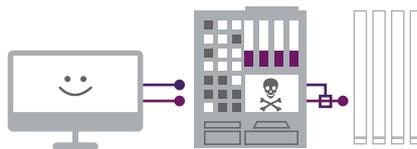
Kein rechtsfreier Raum

Freilich sind die Staaten erst vergleichsweise spät zu der Einsicht gelangt, dass Cyber-Operationen nicht in einem völkerrechtsfreien Raum stattfinden. Erst die Erkenntnis der selbst geschaffenen Verwundbarkeiten, insbesondere der vom Cyberraum abhängigen kritischen Infrastrukturen, hat auch zu einer Hinwendung zum Völkerrecht geführt. Ein Ergebnis dieser im Jahr 2007 durch die massiven DDoS-Attacken gegen Estland in Gang gesetzten Entwicklung sind die beiden Tallinn-Handbücher aus den Jahren 2013 und 2017. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich die Völkerrechtswissenschaft bereits im ausgehenden 20. Jahrhundert mit diesen Fragen befasst hat, indem sie die damals im Mittelpunkt des Interesses stehenden Angriffe auf Computernetzwerke am geltenden Völkerrecht gemessen hat.

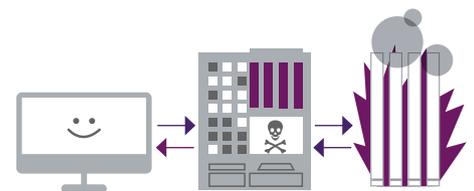
Die Experten, die die Tallinn-Handbücher verfasst haben, haben den Cyberraum sowie Operationen im und durch den Cyberraum einer für Juristinnen und Juristen typischen nüchternen Analyse unterzogen. Dabei sind sie von der Erkenntnis geleitet worden, der Cyberraum zeichne sich keineswegs durch bloße Virtualität aus. Vielmehr lässt er sich vereinfachend in drei Ebenen unterteilen: (1) Physische Ebene (z. B. Server, unterseeische Kommunikationskabel); (2) logische Ebene (Protokolle etc.); (3) personale Ebene (Nutzer und ihre, etwa durch eine IP-Adresse, gekennzeichnete Identität). Ausgehend von dieser etwa auch von den U.S. Joint Chiefs of Staff angewandten Charakterisierung des Cyberraums ist es möglich, das geltende Völkerrecht als Beurteilungsmaßstab für die Rechtmäßigkeit von Operationen im und durch den Cyberraum heranzuziehen. Dies sei anhand des Beispiels des Stuxnet-Angriffs gegen die nukleare Anreicherungsanlage im Iran veranschaulicht.



4. Angriff: Stuxnet greift dann bislang unentdeckte Schwachstellen des Systems an, um die Steuerung der Zentrifugen zu übernehmen.



5. Kontrolle: Stuxnet analysiert zunächst, wie das System unter gewöhnlichen Bedingungen läuft. Dann überdreht es die Zentrifugen, bis sie kaputtgehen.



6. Zerstörung: Durch die Manipulation der Kontrollbildschirme bemerken die Mitarbeiter den Angriff erst, wenn es längst zu spät ist.

Da Stuxnet an den für die Urananreicherung unentbehrlichen Zentrifugen erhebliche Schäden verursachte, beeinträchtigte diese Cyber-Operation zumindest die territoriale Integrität des Iran, möglicherweise gar in Form einer Anwendung von Gewalt im Sinne von Art. 2 Abs. 4 UN-Charta, so dass sie als völkerrechtswidrig eingeordnet werden kann, es sei denn, sie war ausnahmsweise als Gegenmaßnahme oder als Selbstverteidigung gerechtfertigt. Die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Identifizierung der möglicherweise hinter dem Stuxnet-Angriff stehenden Staaten ändern nichts an diesem Befund, wenngleich das Völkerrecht grundsätzlich nur dann als Beurteilungsmaßstab herangezogen werden kann, wenn das infrage stehende Verhalten einem Staat zurechenbar ist.

Ein Verhalten ist nicht allein dann einem Staat zurechenbar, wenn staatliche Organe handeln, sondern auch, wenn private Akteure im staatlichen Auftrag oder unter staatlicher Kontrolle handeln. Doch auch dann, wenn die Zurechnung zu einem bestimmten Staat wegen fehlender forensisch gesicherter Nachweise nicht möglich ist, kommt dem Völkerrecht Bedeutung zu, wenn eine schädigende Cyber-Operation vom Gebiet eines bestimmten Staates aus erfolgt. Da es kein Staat wissentlich dulden darf, dass auf seinem Territorium Ereignisse stattfinden, die die Rechte anderer Staaten verletzen, ist der betreffende Staat zur Beendigung der Cyber-Operation verpflichtet. Dass die Staaten dieser Pflicht keineswegs vorbehaltlos zustimmen – mitunter auch, weil sie dem Irrtum erliegen, es handele sich um eine Präventionspflicht –, ändert nichts an der grundsätzlichen Anwendbarkeit des Völkerrechts.

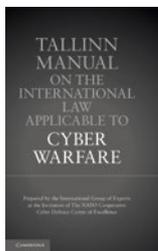
Sind Daten Objekte?

Verursachen Cyber-Operationen schädigende Wirkungen in der physischen Domäne – hier spricht man von Cyber-Operationen *durch den* Cyberraum –, erweist sich das geltende Völkerrecht als handhabbarer Beurteilungsmaßstab. Etwas anders verhält es sich, wenn die Wirkungen auf den Cyberraum beschränkt bleiben – hier spricht man von Operationen *im* Cyberraum. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass das bloße Ausspähen von Informationen selbst dann völkerrechtlich nicht verboten ist, wenn es sich um für die Verteidigung kritische Daten handelt. Dem Völkerrecht ist ein Verbot der Spionage fremd. Zudem können Daten nicht mit Objekten gleichgesetzt werden, so dass auch das Löschen von Daten nicht als Völkerrechtsverstoß eingeordnet werden kann. Sind die gelöschten oder veränderten Daten jedoch für die Funktionalität des Zielsystems entscheidend, so ist die Cyber-Operation als die territoriale Integrität verletzende Handlung einzuordnen. So verhielt es sich hinsichtlich des Cyber-Angriffs gegen den Deutschen Bundestag, dessen Folgen nur durch einen vollständigen Austausch der Infrastruktur beseitigt werden konnten.

Sind Ausmaß und Wirkungen einer Cyber-Operation von einer hinreichenden Schwere, handelt es sich um einen das Selbstverteidigungsrecht auslösenden bewaffneten Angriff. Dies wäre nach Auffassung zahlreicher Staaten der Fall, wenn die Energieversorgung für einen längeren Zeitraum zum Erliegen kommen sollte.

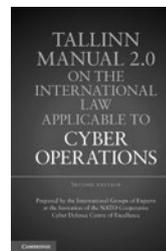
Freilich sollte bei der völkerrechtlichen Beurteilung von Cyber-Operationen das die Tallinn-Handbücher kennzeichnende Augenmaß gewahrt bleiben, das nicht nur einige Staaten, sondern auch Teile der Völkerrechtswissenschaft vermissen lassen. Die Versuche der Einflussnahme auf den Präsidentschaftswahlkampf in den USA durch das Verbreiten von Tatsachen und Lügen über die sozialen Netzwerke lassen sich schwerlich als Völkerrechtsverstöße einordnen, haben sich die Staaten doch seit jeher des Mittels der Propaganda mit dem Ziel bedient, die Regierungen anderer Staaten zu diskreditieren oder die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Daher kann eine Einflussnahme auf Wahlen nur dann als Verletzung der Souveränität des Zielstaates eingeordnet werden, wenn etwa das Wahlergebnis verfälscht wird. Ebenfalls völkerrechtswidrig wäre ein Usurpieren genuin hoheitlicher Aufgaben, wie etwa das Löschen oder Verändern von Steuerdaten.

Wenngleich das geltende Völkerrecht mithin auf den Cyberraum anwendbar ist, heißt das nicht, dass es mit diesem Befund sein Bewenden haben kann. Vielmehr müssen die Staaten auch bereit sein, dem geltenden Völkerrecht Wirksamkeit zu verleihen und ihre forensischen Fähigkeiten im Cyberraum merklich zu verbessern. ▲



Tallinn-Handbuch
Michael N. Schmitt,
Tallinn Manual on the
International Law
Applicable to Cyber
Warfare. Cambridge
University Press,
New York 2013,
304 Seiten,
ab 34 Euro.

Tallinn-Handbuch 2.0
Michael N. Schmitt,
Tallinn Manual 2.0
on the International
Law Applicable to
Cyber Operations.
Cambridge University
Press, New York 2017,
638 Seiten,
ab 32 Euro.



ES MÜSSEN NICHT IMMER MENSCHEN SEIN

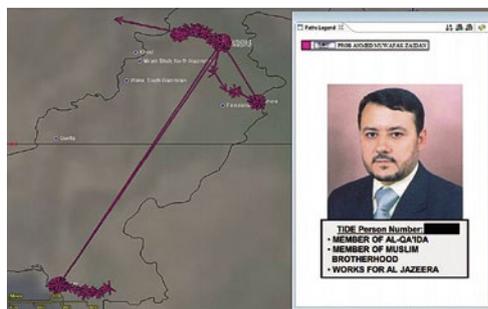
Neuronale Netzwerke lernen selbstständig, werten große Mengen an Informationen aus und bleiben immer rational. Aber: Qualifiziert sie das für moralische Entscheidungen?

Von Lukas Brand

Die NSA findet mit Hilfe des auf künstlicher Intelligenz (KI) basierenden Programmes Skynet heraus, nach welchem Muster Terroristen von al-Qaida Mobiltelefone nutzen. Mit diesem System analysiert die NSA die Handydaten von 55 Millionen Nutzern, um potenzielle Terroristen zu ermitteln. Der Hauptverdächtige Ahmad Zaidan jedoch stellte sich als Journalist des Senders Al Jazeera heraus.

Eine automatisierte, mit Waffen ausgerüstete Drohne dringt in ein Kampfgebiet ein, um ein wichtiges Ziel auszuschalten. Die auf künstlicher Intelligenz basierenden Sensoren ermitteln das Gebäude, in dem sich nach den Informationen der Aufklärung das Zielobjekt befinden soll. Die Drohne feuert selbstständig ihre Raketen ab.¹

War der Einsatz dieser beiden Technologien erfolgreich? Die Antwort auf diese

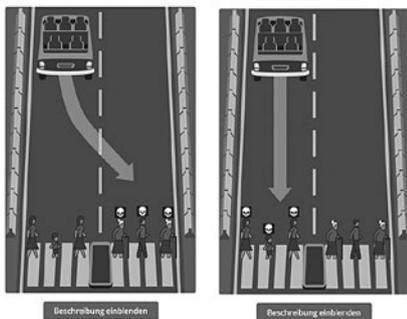


Staatsfeind Nummer eins: Die Software Skynet identifizierte Ahmad Zaidan als Hauptverdächtigen, wie geleakte Dokumente 2015 zeigten

Frage hängt maßgeblich von den Fähigkeiten ab, über die die KI-Systeme verfügen. Solche Systeme sind heute sehr gut darin, Objekte zu klassifizieren, Strategien für vage Situationen zu entwickeln oder Muster in unserem Verhalten aufzudecken. Die Maschinenethik stellt sich vor diesem

Hintergrund die Frage, ob Maschinen auch in der Lage sein können, moralisch relevante Probleme durch eine selbstständige Entscheidung zu lösen. Bei Entscheidungen im Krieg geht es fast immer um Leben und Tod. Es handelt sich hier also um klassische moralische Entscheidungen.

Was soll das selbstfahrende Auto machen?



Beschreibung elbinderen

Beschreibung elbinderen

Wie würden Sie entscheiden?

Das Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat einen Onlinetest veröffentlicht, der auf moralische Dilemmata selbst urteilender Maschinen hinweist: <http://moralmachine.mit.edu/hl/de>

Maschinelles Lernen ist anders als menschliches Denken

Künstliche Intelligenz ist unbestreitbar eines der Schlagwörter der Digitalisierung. Aber was verbirgt sich hinter diesem Ausdruck? Zunächst einmal bezeichnet künstliche Intelligenz den Versuch, Maschinen so zu entwickeln, dass sie intelligentes menschliches Verhalten simulieren. In den Anfängen bedeutete das, Computer zu programmieren, mit denen man sich unterhalten könnte, ohne dass man dabei den Unterschied zu einem menschlichen Gesprächspartner bemerkt. Diese Anforderung ist als Turing-Test in die Geschichte der KI-Forschung eingegangen. Heute gibt es Programme wie *Google Duplex*, die in konkreten Bereichen tatsächlich zur Kommunikation auf diesem Level in der Lage sind. Weitläufig bekannt sind außerdem Programme, die auf einem übermenschlichen Niveau Schach, Go oder andere Spiele spielen. Von diesem beobachtbaren Verhalten lässt sich aber nicht zwangsläufig auf die Innenperspektive der Maschine schließen. Die Rechenoperationen, die in der Maschine ablaufen, unterscheiden sich wesentlich von menschlichem Denken. Eine mit künstlicher Intelligenz arbeitende Maschine simuliert menschliches Denken lediglich.

Wenn heute von künstlicher Intelligenz gesprochen wird, ist damit für gewöhnlich maschinelles Lernen gemeint. Sogenannte künstliche neuronale Netzwerke werden dabei mit großen Datenmengen (*Big Data*) trainiert. Das Netzwerk lernt, in den Daten Muster zu erkennen. Diese Muster ermöglichen es der KI, neue Situationen einzuschätzen und gemäß dem gelernten Muster zu handeln. So ist das Netzwerk in der Lage, weitgehend unabhängig von menschlicher Regulierung auf Umwelteinflüsse zu reagie-

News • AJ Impact AJ Go • Documentaries • Shows • Investigations Opinion More • **Live**

OPINION / MEDIA

Al Jazeera's A. Zaidan: I am a journalist not terrorist

Al Jazeera's Islamabad bureau chief Ahmad Zaidan says the accusations against him are a threat to journalism as a whole.

by Ahmad Zaidan 19 May 2019

[A. Zaidan]

This article was translated from Arabic to English.

In a recently leaked document, the National Security Agency (NSA) alleged that in addition to my work at Al Jazeera, I am a member of al-Qaeda and the Muslim Brotherhood.

The report was filled with enough contradictions to undermine the credibility of the entire document, and the allegations in the document contained errors unbecoming of the most powerful national security agency in the world. Such inaccuracies expose how weak and shallow the work is of those who prepare such documents for the agency- that is the real danger the agency faces.

MORE ON HUMAN RIGHTS

We don't need a 'war' against coronavirus. We need solidarity
today

Five debates and discussions to watch during lockdown
yesterday

China human rights lawyer released after five years in jail
yesterday

Libya: Coronavirus outbreak could be 'catastrophic' for migrants
yesterday

TRENDING

Daily coronavirus cases, deaths in Spain again drop: Live updates

World opinion shifts in favour of masks as virus fight deepens

Italy, France record lower coronavirus deaths: Live updates

Coronavirus: Which countries have confirmed cases?

ren und im Laufe des Trainings das eigene Verhalten an die herrschenden Umweltbedingungen anzupassen. Wenn heute von autonomen Waffensystemen, autonomem Fahren oder autonomen Pflegerobotern gesprochen wird, dann ist Autonomie in diesem schwachen Sinn gemeint.

Das Netzwerk folgt beim maschinellen Lernen keinen expliziten Regeln. Ihm wird nicht einprogrammiert: „Wenn du diese Situation vorfindest, dann handle so.“ Vielmehr hat es gelernt, dass bei einer bestimmten Klasse von Problemen ein bestimmtes Verhalten erfolgreich ist. Die Methode des maschinellen Lernens ist so erfolgreich, dass sie den klassischen Ansatz der Programmierung nach präzisen Regeln mittlerweile bei vielen alltäglichen Problemen abgelöst hat. So hat sie etwa zu Durchbrüchen in den Bereichen Gesichts-, Sprach- und Bilderkennung, zur Bewältigung komplexer Spiele wie Schach oder Go und allgemein zu Fortschritten in der Analyse

großer Datenmengen geführt. Sie birgt in sich das Potenzial, die Automatisierung vieler Bereiche zu ermöglichen, für die bisher menschliche Intelligenz erforderlich war.

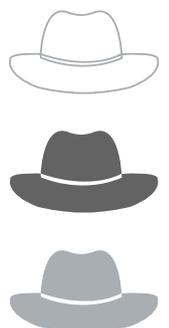
Auch Moral könnte gelernt werden

Die Vermutung ist, dass es mit dieser Methode auch möglich sein müsste, einem Netzwerk beizubringen, welches Verhalten in bestimmten Situationen *moralisch* geboten oder verboten ist: Man formuliert keine definitiven Regeln, die eine Maschine ohnehin nur in den seltensten Fällen eins zu eins auf eine konkrete Situation anwenden kann, sondern lässt das KI-System aus einer großen Zahl von Beispielen selbst die abstrakten Werte und Normen lernen, die unser moralisches Handeln anleiten. Dies können etwa die unantastbare Würde des Menschen, sein Recht auf Privatsphäre oder das Verbot zu lügen oder zu stehlen sein. Diese Werte und Normen sind jedoch selbst

„Ich mache nur meine Arbeit“: Ahmad Zaidan ist kein Terrorist, er war 2015 Bürochef von Al Jazeera in Islamabad und stellte dies in einem Artikel klar

Weißhüte, Grauhüte, Schwarzhüte

Hacker handeln nicht immer in böswilliger Absicht. Auch legal agierende Computersicherheitsexperten können als Hacker bezeichnet werden. Als in den 1980er Jahren in vielen Staaten Gesetze zur Computerkriminalität erlassen wurden, begann man, Hacker nach der Gesetzmäßigkeit ihrer Tätigkeit zu unterscheiden – in weiße, graue und schwarze Hüte.





Lukas Brand ist Theologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Religionsphilosophie und Wissenschaftstheorie der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum. Seine Magisterarbeit erschien 2018 unter dem Titel „Künstliche Tugend. Roboter als moralische Akteure“. Gegenwärtig forscht Brand zu Fragen der Maschinenethik, Ethik der Digitalisierung und KI sowie zur Anthropologie im Angesicht künstlich intelligenter Maschinen.

Unabhängig davon, ob eine Lösung moralisch gut oder schlecht ist, ist mehr als fraglich, ob eine Maschine selbst für sie verantwortlich sein kann.

so abstrakt, dass es in der Praxis kaum möglich ist, sie anhand von Beispielen klar zu umreißen. Weder haben wir geeignete Daten in ausreichender Menge, die zum Training nötig wären, noch haben wir ein Netzwerk, das groß und leistungsfähig genug wäre, diese Daten sinnvoll zu verarbeiten.

Trotz dieser Einschränkungen können Maschinen moralische Akteure sein: Mit einem zunehmenden Grad an Unabhängigkeit werden KI-Systeme zwangsläufig in moralisch relevante Situationen kommen. Auch hier generieren sie selbstständig einen Output, der das vorliegende Problem zu lösen beansprucht. Unabhängig davon, ob die Lösung dabei moralisch gut oder schlecht ist, ist es mehr als fraglich, ob die Maschine selbst für diese Lösung verantwortlich sein kann.

Sind moralische Maschinen also für die Lösung aller moralischen Probleme geeignet? Das ist ganz sicher nicht der Fall. Wir

können die ausschlaggebenden Faktoren, die eine Maschine zu einer Lösung veranlassen haben, nur bedingt nachvollziehen. Ihr Verhalten zu bewerten, wird dadurch sehr schwierig. Die ungeklärte Verantwortungsfrage ist vor allem in solchen Bereichen problematisch, in denen die Verletzung unserer Werte besonders drastische Folgen hat: Eine Entscheidung über Leben und Tod etwa ist nicht mehr rückgängig zu machen, wenn im Nachhinein ein Irrtum festgestellt wurde. Es ist einerseits durchaus von Vorteil, wenn unsere modernen Maschinen zunehmend komplexe Situationen bewältigen können, die bei ihrer Herstellung nicht vorhergesehen wurden. Maschinen verfügen aber andererseits nicht über die notwendige Kompetenz, die von einem menschlichen moralischen Akteur erwartet wird. Um moralische Entscheidungen etwa im Krieg zu treffen, sind sie daher nicht geeignet. ▲

¹ Das erste der beiden Beispiele ist real (www.tinyurl.com/zsbw-skyenet; zuletzt abgerufen am 20.4.2020), das zweite hingegen ist zumindest bisher fiktiv.

White Hats nutzen ihr Wissen innerhalb der gesetzlichen Schranken und halten sich an die sogenannte Hackerethik. Sie weisen etwa Unternehmen auf Schwachstellen hin.

Black Hats agieren oft mit krimineller Energie und dabei manchmal auch im Auftrag von Regierungen und Organisationen, die gegnerische Systeme angreifen wollen.

Grey Hats sind nicht eindeutig legal oder illegal und verstoßen mitunter auch gegen Gesetze, wenn es einem höheren Ziel gilt, sie veröffentlichen etwa Sicherheitslücken, damit diese behoben werden.

DIGITALE AUFTRAGSTAKTIK

**Interaktiv, prozessorientiert, flexibel:
Mit der Kultur der Inneren Führung ist die Bundeswehr
für ihre Zukunft als agile Organisation gut aufgestellt**

Von Martin Elbe

Computer auf hoher See: Schiffe wie die Fregatte vom Typ F222 sind stark vernetzt – und damit verwundbar



Digitale Transformation, künstliche Intelligenz, agile Organisation – diese Schlagworte tauchen in den letzten Jahren mit zunehmender Häufigkeit in den öffentlichen Medien, aber auch im Bundeswehrkontext auf. Die Begriffe kennzeichnen einen der zentralen gesellschaftlichen Trends unserer Zeit: die Digitalisierung. Im Zuge der Zunahme von Computern, vernetztem Datenaustausch und mobiler Kommunikation verändern sich alle Lebensbereiche – vom privaten Freizeitverhalten bis hin zum beruflichen Alltag. Dies gilt auch für die Bundeswehr und betrifft die einzelne Soldatin und den einzelnen Soldaten bei der Nutzung des Intranets und dienstlicher E-Mails ebenso wie als „Infanterist der Zukunft“. Von der Digitalisierung betroffen sind komplexe Waffensysteme wie VJTF (Very High Readiness Joint Task Force), Schiffe oder Flugzeuge mit ihrer Sensor- und IT-Technik, aber auch Verwaltungsprozesse sowie die Nachschub- und Informationsbereitstellung. All dies ist heute ohne digitale Steuerung kaum mehr vorstellbar – zugleich ergeben sich dabei neue Felder militärischen Handelns.



Prof. Dr. Martin Elbe forscht am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw). Arbeitsschwerpunkte: Soziologie und Sozialpsychologie, insbesondere Arbeit und Personal, Organisationsdiagnose und -entwicklung, Gesundheit und Sport, Militär und Verstehen.

Neue Struktur für neue Fragen

2017 wurde deshalb der neue Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum (CIR) gegründet, der mit Betrieb und Schutz des IT-Systems der Bun-

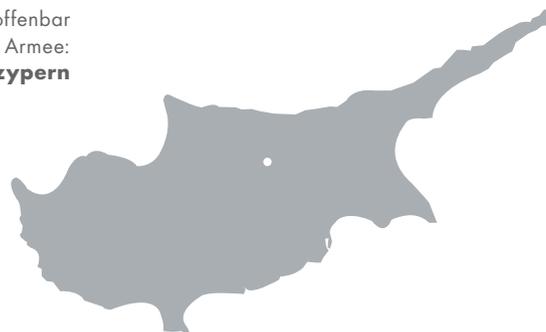
deswehr sowie der Aufklärung und Wirkung im Cyber- und Informationsraum beauftragt ist (Leinhos 2019). Waren bis vor einigen Jahren die militärische Fernmeldeaufklärung sowie die elektronische Aufklärung in Friedenszeiten und deren Erweiterung um Täusch- und Störeinsätze im Kriegsfall in die Teilstreitkräfte eingegliedert, so ist mit CIR ein eigenständiger Bereich entstanden, der neue Formen der Strategien und Handlungsmuster im digitalen Raum, unter Nutzung von künstlicher Intelligenz und (teil-)autonomer Waffensysteme in hybriden Konfliktformen, handhaben soll (Leinhos 2019). Was bedeutet das für Führungskultur und Führungsethik der Bundeswehr?

Angriffe im Cyber-Raum werfen zahlreiche ethische Fragen und Probleme auf: Die Angriffe können nur schwer konkreten Aggressoren zugeordnet werden, der Status der Akteure im Cyberwar bleibt zudem häufig unklar – sind sie Kombattanten oder nicht? Ungewiss ist sogar vielfach, ob bei einer Aktion im Cyber-Raum konkrete Menschen handeln oder automatisierte Systeme. Wie darf die Reaktion auf solche Handlungen aussehen und ist sie auf den Cyber-Raum zu beschränken oder kann gar mit Waffensystemen in der dinglichen Welt versucht werden, einen solchen Angriff zu beantworten und ggf. zu beenden? Wie sehr darf die Bundeswehr selbst auf automatisierte Systeme setzen? Ist ein

Einsatz von Drohnen zur Aufklärung statthaft und sollten diese mit der Möglichkeit, sich selbst zu verteidigen, ausgestattet sein oder gar als Waffenträger (bis hin zu letalen autonomen Waffensystemen – LAWS) verwendet werden? Einerseits kann dadurch die Sicherheit eigener Kräfte im realen Gefechtsraum erhöht werden, andererseits sind diese Waffensysteme in der hybriden Kriegführung relativ einfach verwendbar und steigern auch für die Angehörigen der Bundeswehr das Gefahrenpotenzial.

So oder so – die Digitalisierung (mit Robotik und künstlicher Intelligenz) wird eine neue Drehung der Rüstungsspirale verursachen. Dies umfasst eine organisatorische Dimension, die sich seit dem Auftreten moderner Massenheere im 19. Jahrhundert fortschreibt: Neue technische Möglichkeiten der Kommunikation und Steuerung bedingen neue militärische Organisationsformen, z. B. von der Entwicklung der Fernmeldetruppe aus ersten Feldtelegrafieabteilungen der Pioniertruppe über die Ausgliederung der Fernmeldetruppe für Elektronische Kampfführung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Heinemann 2011) bis zur Gründung eines eigenständigen Organisationsbereichs CIR heute. Es zeigt sich, dass die Entwicklung militärischer Organisationsformen eng mit der Anpassung der Koordinationsleistung an die technologische Entwicklung verbunden ist.

Israelische Ex-Soldaten vergolden ihr Cyberwissen offenbar auf Zypern – und stehlen somit geistiges Eigentum der Armee:
www.tinyurl.com/zsbw-zypern



Die Cyberwirtschaft und die Auftragstaktik

An diese praktischen und ethischen Fragen schließt sich die Ausgestaltung des Führungskonzepts an. Führung ist auf Kommunikation angewiesen und kann bei Massenheeren sowie über große Distanzen nur unter Nutzung von technischen Führungsmitteln gelingen (Heinemann 2011). Führung ist aber nie nur eine rein technische Frage. Für die Bundeswehr ist dieser Bereich geprägt vom Konzept der Inneren Führung mit dem Prinzip der Auftragstaktik. Wie aktuell ist dieses noch im Hinblick auf die Digitalisierung des Militärs und der Kriege? Die Innere Führung mit ihrer Betonung der Menschenwürde und ihren Ansätzen zur Zivilisierung des Militärischen (Staatsbürger in Uniform), der Beteiligung von Soldatinnen und Soldaten an der Entscheidungsfindung sowie der Stärkung der personalen Führung und der Selbstorganisation durch die Auftragstaktik stellt den Kern der Organisationskultur der Bundeswehr dar.

Leinhos (2019) fordert nun eine digitale Organisationskultur für die Bundeswehr mit schnelleren Prozessen, kollaborativer Software und vermehrter Eigeninitiative der Soldatinnen und Soldaten. Dies knüpft an das Prinzip agilen Arbeitens und agiler Organisation an, das als zentrales Konzept des digitalen Wandels aus der Softwareentwicklung kommt und zu einem zentralen

Gestaltungsprinzip aktuellen Managements in der Privatwirtschaft geworden ist. Mit den Prinzipien des Vertrauens in die Individualität, der Bedeutung von Interaktion und Prozessfunktionalität, von Zusammenarbeit und Flexibilität werden hier Ansätze weitergeführt, die im Militär schon mit der zunehmenden Technisierung im 19. Jahrhundert entwickelt und nach dem Zweiten Weltkrieg – im Rahmen des Harzburger Modells – auf die Wirtschaft übertragen wurden (Elbe/Peters 2016). Mit der Idee des schrittweisen (iterativen) Nachführens der angestrebten Lösung werden im Rahmen von SCRUM-Management klassische militärische Führungsprinzipien angewandt: Transparenz beruht auf dem Informationsfluss (in Befehlen und Meldungen), Feedback wird auf der Basis von Überprüfungen (z. B. Dienstaufsicht)

gegeben und Anpassung erfolgt unter Berücksichtigung des höheren anzustrebenden Ziels im Sinne des Gesamtauftrages einer übergeordneten Führung (ganz im Sinne der Auftragstaktik).

Die digitale Organisationskultur der Zukunft baut somit auf der traditionellen Organisationskultur der Inneren Führung und der Auftragstaktik auf. Trotzdem erzeugen Fragen zur Digitalisierung bei vielen Soldatinnen und Soldaten Diskussionsbedarf, z. B. hinsichtlich des Umgangs mit persönlichen Daten wie Gesundheitsinformationen. Die Bundeswehrangehörigen sind deshalb im Rahmen der Umsetzung neuer Strukturen und Führungsansätze mitzunehmen und im Sinne der Organisationsentwicklung (Elbe/Peters 2016) von Betroffenen zu Beteiligten zu machen. ▲

Literatur:

Martin Elbe, Sibylle Peters: **Die temporäre Organisation**. Grundlagen der Kooperation, Gestaltung und Beratung, Springer Gabler, Berlin 2016.

Winfried Heinemann (Hrsg.): **Führung und Führungsmittel**. Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, Band 14, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam 2011.

Ludwig Leinhos: **Der Organisationsbereich Cyber- und Informationsraum (CIR) als wichtiger Teil einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge**. In: Ethik und Militär. Kontroversen in Militäretik und Sicherheitspolitik. Ausgabe 01/2019: Konfliktzone Cyberspace: Perspektiven für Sicherheit und Frieden, S. 46-50.

Die digitale Organisationskultur der Zukunft baut somit auf der traditionellen Organisationskultur der Inneren Führung und der Auftragstaktik auf.

„Wir benötigen eine digitale Unternehmenskultur in den Streitkräften.“

Ludwig Leinhos in „Ethik und Militär“

www.tinyurl.com/zsbw-leinhos



WEHRHAFTE DEMOKRATIE IM INTERNET



**Aufklärung und Moderne beweisen ihre Daseinsberechtigung
bei der Überwindung von Problemen, die zu einem
nicht unerheblichen Teil von ihrem Programm
selbst hervorgerufen wurden**

Von Bernhard Irrgang



Der chinesische
Spionagering *Ghost
Net* griff von der
Küstenstadt Hainan
aus unter anderem
Tibetzentren an

Mit 3-D-Druck kann man Gegenstände über das Internet verschicken und nach Bedarf ausdrucken, zum Beispiel Waffen. Analoge und digitale Welt gehen ununterscheidbar ineinander über. Wenn Big Data, Cloud Computing, KI und das Internet der Dinge miteinander verschmelzen, wird es immer öfter dahin kommen, dass unbelebte Gegenstände uns in der realen Welt die Entscheidungen aus der Hand nehmen. Wo sie generiert werden, ist oft nicht erkennbar. Die russische und die chinesische Mafia bilden Ansatzpunkte für organisiertes Verbrechen im Cyberspace. Die Beziehung des Kremls zum organisierten Verbrechen Russlands ist zwar nicht klar einsehbar, aber wohl nicht zu leugnen. Der chinesische Spionagiering *Ghost Net* wurde zur Ausspähung regime-kritischer Bewegungen gebraucht. Social Engineering ist eine Taktik für Hacker, die sozialen Suchmaschinen auf ihre Schwachstellen zu untersuchen. Daher ist eine Trennung der Daten unterschiedlicher Sensitivität erforderlich (vgl. Carr 2009, S. 141–159).

Seit Mitte der 1990er Jahre wurden Cyberwar-Strategien durch Russland, China und die USA erarbeitet. Zukünftige Kriege werden Informationskriege sein. Dabei kommt es zu Legenden-Bildung bei Cyberattacken. Für Abwehrstrategien ist die Erkenntnis wichtig, dass Cyber-Sicherheit ein Konzept ist, das die ganze Nation umfassen muss. Es ist Aufgabe einer fortgeschrittenen engagierten Zivilgesellschaft (vgl. Carr 2009, S. 199–202).

Die USA haben bislang den Cyberwar dominiert und sensitive Strategien der Gewaltanwendung auch mit Drohnen entwickelt. Die Herrschaft im Cyberspace ist entscheidend geworden, Macht und Größe fordern die entsprechenden Mittel. Die Verletzlichkeit



Bernhard Irrgang, Prof. Dr. phil. habil., Dr. theol. (TU Dresden, seit 2019 i.R.) lehrte Technik- und Wissenschaftsphilosophie sowie Forschungsethik, international in den USA, Japan, Südkorea, in Schwellenländern in Süd-/Ostasien, Ostafrika, Südamerika und Indien.

steigt mit der Größe der Infrastruktur (vgl. Ventre 2011, S. 113–117). Neue, asymmetrische Kriege weisen oft die Kriterien von Guerilla-Kriegen auf (vgl. Ventre 2011, S. 119–122). Die operative Kommunikation im digitalen Informationskrieg wie im Cyberwar geschieht auf zwei Ebenen: (1.) dem *Information Age Warfare*, einer Art informationstechnisch unterstütztem Krieg, und (2.) dem *Information Warfare*, dem eigentlichen Informationskrieg.

Dabei entsteht eine Art von neuer Unübersichtlichkeit, weil Cyber-Kriminalität, verschiedene Formen terroristischer Aktionen und irreguläre Kampfformen durch das Hacken technologischer Strukturen verstärkt werden und ineinandergreifen. Sie schaffen damit ein neues Syndrom, welches mit herkömmlichen Formen des Krieges nicht beantwortet werden kann. Denn es bestehen zum einen Schwierigkeiten, die Angreifer auszumachen, Schäden zu identifizieren und eine Strafverfolgung durchzuführen. Eine strikte Trennung polizeilicher und militärischer Antworten auf diese Herausforderungen scheint nicht mehr möglich. Damit verlieren klassische Legitimationen für die Ausübung von Macht und die Anwendung von Gewalt ihre Plausibilitäten. Die Verwundbarkeit hochtechnologisierter Länder besteht darin, dass nicht alle ihre technologischen Strukturen in ausreichendem Maße geschützt werden können. Es müssen daher gesellschaftlich akzeptable und akzeptierte Bereiche der Schutzwürdigkeit definiert werden, welche als besonders dringlich gelten. Dies muss verbunden sein mit einer Reorganisation von militärischen und polizeilichen Strukturen (Irrgang 2016).

Die Verwundbarkeit hochtechnologisierter dass nicht alle ihre technologischen Strukturen

Wer kümmert sich um Deutschlands Cyber-Sicherheit?

Auf Bundesebene sind mehrere Behörden und Einrichtungen für die Cyber-Sicherheit tätig. Dazu zählen neben BSI, BKA und BfV auch das Nationale Cyber-Abwehrzentrum, die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich und die Agentur für Innovation in der Cyber-Sicherheit. Darüber hinaus gibt es diese sechs staatlichen Initiativen zur Cyber-Sicherheit (mehr zu ihnen: www.tinyurl.com/zwbw-cyber-bund):



Allianz für Cyber-Sicherheit (ACS)



Der Beauftragte der
Bundesregierung
für Informationstechnik

Nationaler Cyber-Sicherheitsrat

Bedrohungspotenzial für hypermoderne Gesellschaften

Cyberwar ist ein neues internationales und globales Problem. Ein offenbar weltweites Anwachsen diverser Modelle neuer und alter Formen von geostrategischem Denken, die Wiederkehr alter Ideologien und religiöser Weltanschauungen, neue und alte Machtansprüche führen zu bislang unbekanntem Gemengelagen von Politik, Technologie, Militär, Wissenschaft und Wirtschaft, um Territorien, Ethnien, Ressourcen oder Einflussphären zu sichern. Es entsteht ein in vielen Dingen neuartiges Bedrohungspotenzial für hypermoderne Gesellschaften und demokratische Zivilisationen, insbesondere in ihrem Informationsmanagement. Abwehrstrategien wie Entnetzung und Rückbildung autonom-intelligenter Kontroll- und Steuerungsbereiche kritischer Infrastrukturen sind eine bittere Notwendigkeit.

Massenmedien befördern Ideologien und so scheint es zu einer Wiederkehr von Weltanschauung zu kommen. Moderne und Aufklärung müssen angesichts der umfassenden Nachhaltigkeitsprobleme ihre Legitimität dadurch beweisen, dass sie mit diesen genauso umzugehen vermögen wie mit den neuartigen Bedrohungen. Moderne und Aufklärung sind nicht in die Jahre gekommen oder überflüssig geworden, sondern müssen vielmehr ihre neue Daseinsberechtigung angesichts massiver Wandlungen in Kultur und Gesellschaft beweisen, die zu einem nicht unerheblichen Teil von ihrem Programm selbst hervorgerufen wurden. Wehrhafte Demokratie als Modell muss auch mit Internet und mit Kriegen im und mit Hilfe des Internets umgehen lernen (Irrgang 2016).

Literatur:

- ▶ Jeffrey Carr, Inside Cyber Warfare. Mapping the Cyber Underworld. O'Reilly, Heidelberg 2013.
- ▶ Bernhard Irrgang: Internetkriminalität und Cyberwar – technologische Macht angesichts neuer Dimensionen des Virtuellen und die Zukunft der Informations-Gesellschaft; in: Funk/Leuteritz/Irrgang (Hg.): Cyberwar @ Drohnenkrieg. Neue Kriegstechnologien philosophisch betrachtet; Königshausen & Neumann, Würzburg 2016.
- ▶ Holger H. Mey, Deutsche Sicherheitspolitik 2030. Report-Verlag, Frankfurt am Main 2001.
- ▶ Daniel Ventre (Hg.), Cyberwar and Information Warfare. Hoboken, London 2012.

Planung als vorweggenommenes Krisenmanagement

Das Risikokalkül ist das Rückgrat militärischer Sicherheitsvorsorge, d. h. die Bereitstellung von grundlegenden außenpolitischen Instrumentarien und Diplomatie sowie wirtschaftlicher und militärischer Macht. Es hat zwei Dimensionen: (1.) eine aktuelle, die jeweils der gegebenen Lage bzw. Krise entspricht, und (2.) eine langfristig innovativ angelegte, die sich an den erkennbaren Trends und Risiken orientiert. Es geht um die Langfristigkeit der Strukturplanung. Risiko ist vorweggenommenes Krisenmanagement. Bedrohungen entstehen (1.) durch Eingriffe in das Informations- und Kommunikationssystem, (2.) bei strategischen Terroranschlägen und Massenvernichtungswaffen und (3.) in der Bedrohung mit ballistischen und aerodynamischen Flugkörpern. Für den Westen angemessene Mittel gegen unkonventionelle militärische, aber auch nicht militärische Bedrohungsformen werden zu entwickeln sein.

Die Grenzen zwischen klassisch-militärischen und anderen Aufgaben sind fließend geworden. Dem müssen Verfügbarkeit und Verwendbarkeit von Streitkräften Rechnung tragen. Für Deutschland maßgeblich ist seine geostrategische Lage. Militärische Fähigkeiten, Einsatzbereitschaft und vor allem Entschlossenheit zum Einsatz bestimmen sowohl die Rolle wie das Gewicht im Bündnis als auch den außenpolitischen Handlungsspielraum eines Staates insgesamt. Eine abgewogene Sicherheitspolitik betont den Primat der Politik und Führungsverantwortung. Entscheidend ist dabei ein Gesamtkonzept (vgl. Mey 2001, S. 128–140). ◀

**Länder besteht darin,
in ausreichendem Maße geschützt werden können.**



IT-Sicherheit in der Wirtschaft



German Competence Centre
against Cyber Crime (G4C)



Initiative Wirtschaftsschutz



Initiative zur Zusammenarbeit
von Wirtschaft und Staat zum
Schutz Kritischer Infrastrukturen
in Deutschland

ICH BIN, WAS ICH LIKE



Menschen leben im Cyber-Raum. Und wo Leben ist, hat Theologie eine Aufgabe

Von Frederike van Oorschot

Digitale Technologien eröffnen neue, virtuelle Räume. Diese prägen und durchdringen das Leben – wir leben zunehmend in analog-digitalen Hybridräumen. Auch die Theologie ist daher vom Digitalen berührt. Digitale Räume sind somit nicht nur ein Thema der Theologie, sondern zugleich ihr Kontext – der Raum, in dem Theologie stattfindet. Daraus ergibt sich eine doppelte Aufgabe der Theologie im Digitalen.

Als Thema der Theologie sind digitale Räume Gegenstand der Reflexion und Analyse. Aufmerksamkeit verdienen dabei insbesondere die spezifischen Strukturen digitaler Räume in ihrer technischen, ökonomischen und sozialen Architektur und Gestalt.

Technisch sind Kommunikation und Interaktion in digitalen Räumen wesentlich durch Algorithmen strukturiert und geleitet. Diese bilden die Architektur digitaler Räume. Sie fungieren nicht nur als Gatekeeper digitaler Öffentlichkeiten, sondern

geben auch die Korridore für Aufmerksamkeit und Interaktionen vor. Die daraus folgende Pluralisierung und Segmentierung verschiedener Teilöffentlichkeiten wird unter dem Schlagwort „Filterblase“ breit diskutiert. Es handelt sich dabei um personale und fluide Öffentlichkeiten, die sich im Vollzug der digitalen Interaktion stets neu schaffen und verändern.

Die skizzierte algorithmische Struktur ist natürlich weder Zufall noch Selbstzweck. Vielmehr ist sie Ausdruck des digitalen Machtgefüges (Ramón Reichert) und damit ihrer *ökonomischen* Struktur. Vor allem Social Media und Suchmaschinen – den am häufigsten genutzten digitalen Räumen – geht es nicht um direkten Gewinn, etwa durch Werbung, sondern vor allem um die Kapitalisierung der Ressource Aufmerksamkeit und die Erstellung von möglichst genauen Nutzerprofilen, die ihrerseits verkauft werden und zur Beeinflussung ökonomischen, politischen und sozialen Verhaltens genutzt werden können.

Private und zugleich öffentliche Interaktion

Zugleich sind gerade *soziale* Netzwerke auf spezifische Formen sozialer Interaktion angelegt: Durch die Möglichkeit zur Partizipation und Interaktion entstehen fluide Diskurse, die nicht nur die öffentliche Kommunikation verändern, sondern zugleich neue Weisen der Entstehung von Selbstbildern und Fremdbildern etablieren: Ich bin, was ich like – das digitale Selbst konstituiert sich aus seinen sichtbar gemachten Vernetzungen. Interaktionen sind daher in einem hohen Maß von privaten Inhalten geprägt und zugleich Teil einer öffentlichen Meinungsbildung.

Konstruktiv-kritisch sind diese digitalen Räume zu befragen: Welche hermeneutischen und sozialen Praktiken geben die bereitgestellten Aufmerksamkeitskorridore vor? Welche Machtgefüge liegen den Kommunikationsstrukturen zugrunde? Welche Kanäle konstruieren und reduzieren meine Wahrnehmung der Welt? Wie gehen

Öffnet den akademischen Diskurs

CURSOR_

ZEITSCHRIFT
FÜR EXPLORATIVE
THEOLOGIE

Cursor_ ist eine theologische Open-Access-Zeitschrift, die fachwissenschaftliche Diskussionen, innovative Publikationsformate und verschiedene Öffentlichkeiten digital zusammenbringt. Mitmachen ausdrücklich erlaubt! Mehr Informationen unter:

<https://cursor.pubpub.org>

Digitaler Gottesdienst in Bayreuth: Im Zuge der Corona-Krise nehmen digitale kirchliche Angebote stark zu



wir als (bislang) vor allem textorientierte Gemeinschaft in Kirche und Wissenschaft mit dem Wandel medialer Formen in Bild und Film um?

Wenn virtuelle Räume Kontext und Raum der Theologie bilden, stehen Theologinnen und Theologen zugleich vor der Aufgabe, diese Räume zu füllen und mitzuprägen. Zahlreiche Beispiele machen deutlich, wo und wie dies geschehen kann. Zwei möchte ich herausgreifen, eines aus der theologischen Praxis und eines aus der Reflexion.

Theologische Werkstatt im Netz

Das theologische Open-Access-Projekt „Cursor_Zeitschrift für explorative Theologie“ will Debatten an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlichen und kirchlichen Diskursen ermöglichen. Gerade an diesen Schnittstellen werden theologische Fragestellungen und Themen oft interdisziplinär und innovativ aufgegriffen. Um diese mit wissenschaftlichen Debatten zu

verbinden, wurde eine Online-Plattform mit vielen Möglichkeiten zur Partizipation entwickelt. Die digitale Plattform ermöglicht dabei Raum für das Experimentelle, die theologische Werkstatt, und nutzt diese Möglichkeiten für inklusivere, partizipativere Diskursformen.

In der theologischen Reflexion kommt der „eschatologische Horizont“ des digitalen Wandels in den Blick: Unser Reden über Digitalisierung ist geprägt von Narrativen und Imaginationen – sei es die Digitalisierung als Flutwelle, das Narrativ der „Filterblase“, des „Turmbaus zu Babel“ und des „Homo Deus“ (T. Meireis / F. Höhne). Mit dem in der Tradition gewachsenen Bewusstsein für Groß Erzählungen verfügen Theologie und Kirche über ein sensibles Sensorium für solche Narrative und Imaginationen und ihre impliziten Heils- und Unheilserwartungen: Wo versprechen Datensammler eine gottgleiche Providenz und Fürsorge auf all unseren Wegen? Wo wird die Erlösung von den unheilswangeren

Prognosen der Klimaforscher allein durch digitale Technologien prophezeit? Wo scheinen Heilsverheißungen in der Debatte um künstliche Intelligenz durch? Nimmt die Theologie diese Aufgaben ernst, trägt sie wesentlich dazu bei, digitale Räume nicht nur als Kontext zu reflektieren, sondern theologisch zu prägen und zu gestalten. ◀



Dr. Frederike van Oorschot ist evangelische Theologin und leitet den Arbeitsbereich „Religion, Recht und Kultur“ an der FEST Heidelberg, einem interdisziplinären evangelischen Forschungsinstitut.



Gibt „Sinfluencern“ eine Bühne

Das im Februar 2020 gelaunchte evangelische YEET-Netzwerk verbindet Menschen, die online ihren Glauben, Sinnfragen und gesellschaftliche Fragen thematisieren. Zum Sehen, Hören, Lesen: www.yeet.evangelisch.de

Die großen literarischen Dystopien des 20. Jahrhunderts kamen noch ganz ohne Computer aus. Denken wir etwa an Ray Bradburys „Fahrenheit 451“ oder an „Brave New World“ von Aldous Huxley. Gleichwohl: Den Utopien der Moderne, den großen Hoffnungsentwürfen einer lichten Zukunft, war schon früh der Schatten der Dystopien beigegeben. Die amerikanische Literaturwissenschaftlerin Susan Sontag gab einem ihrer Essays den Titel „The Imagination of Disaster“. Der Essay blickt zurück auf die Programme der Science-Fiction-Literatur der 1950er Jahre. In diesen „Imaginations“ geht es um Alpträume plötzlicher Zerstörung. Dunkle Bilder verbinden sich auch mit der Durchsetzung digitaler Technologien. Das imaginierte Desaster der digitalen Dystopien ist aber kein plötzlich einbrechendes. Es geht mehr um Prozesse als um Disruptionen, allerdings um solche, die an Grundlegendes rühren und sich, im historischen Vergleich betrachtet, rapide vollziehen. Zur Erinnerung an die Zeitmaße: Der „Netscape Navigator“ erschien als erster populärer Webbrowser mit grafischer Benutzeroberfläche (GUI) vor gerade einmal 26 Jahren, im Jahr 1994. Die Diagnosen der digitalen Gegenwart und die Entwürfe der imaginierten wie erhofften Zukunft weltumspannender Vernetzung operieren am offenen Herzen, reflexive Distanz ist noch kaum möglich, Metaphern aber umso nötiger.

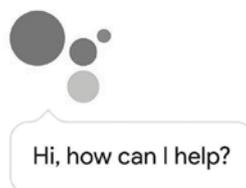
Wenn es hier um die dunkle Seite der vernetzten Welt geht, dann allerdings nicht in schlichter Technikfeindlichkeit. Vielmehr: In den Dystopien zeigen sich Ambivalenzen, die Schattenlandschaften der digitalen Moderne werden erkundet. Der anwendungsbezogene technoide Optimismus des „digital first“ soll mit Tiefenschärfe versehen werden. Wichtig ist ein wacher Sinn dafür, wie sich das, was als Instrument gedacht war, verselbstständigt und zu einer zweiten Wirklichkeit verdichtet. Darüber zu verfügen, bedeutet reale Macht. Im Folgenden kann nicht mehr versucht werden, als nur im Spiegel aktueller sozialwissenschaftlicher (und literarischer) Analysen einige Argumentationsmuster digitaler Dystopien zu skizzieren.

DIGITALE DYSTOPIEN



Die dunkle Seite der vernetzten Welt

Von Roger Mielke



Künstliche Intelligenz am Telefon

Google demonstriert, wie erschreckend menschlich sein neuer Sprachassistent ist
www.tinyurl.com/zsbw-duplex



Vorbote einer düsteren Zeit: Arnold Schwarzenegger nimmt als Douglas Quaid 1990 im Film „Total Recall“ die Dienste einer Firma in Anspruch, die künstlich erzeugte Erinnerungen bietet

Die Vermessung der Welt

In seinem Buch analysiert der Soziologe Christoph Kucklick die Folgen der Digitalisierung und macht dabei drei Revolutionen aus:

Differenz-Revolution	Durch Erfassung von Daten löst sich der Durchschnitt auf, viele Bereiche des Lebens werden feinteiliger, individueller
Intelligenz-Revolution	Das Wissen wird neu verteilt, Maschinen bekommen mehr Macht und sind von außen kaum durchschaubar
Kontroll-Revolution	Die Bevölkerung wird sozial ausgedeutet und gesteuert, die Entscheidungsgewalt liegt in der Hand von Algorithmen

„Systemic Opacity“: Undurchschaubarkeit des Digitalen

Eine der gegenwärtig verstörendsten Analysen stammt von dem britischen Informatiker, Künstler und Autor James Bridle. „Popstar der Digitalisierungskritik“ hat ihn die „Zeit“ genannt. Im Jahr 2019 erschien sein alsbald ins Deutsche übersetztes Buch „New Dark Age: Der Sieg der Technologie und das Ende der Zukunft“. Der Titel ist Programm, er nimmt eine Sentenz des Philosophen Alasdair MacIntyre auf, der mit Blick auf das, in seinen Augen bestehende moralische Chaos der technisch-industriellen Moderne von einem neuen „dunklen Zeitalter“ sprach. In dem berühmten Schlusskapitel seines Werkes „Der Verlust der Tugend“ („After Virtue“) schrieb MacIntyre schon im Jahr 1981: „And if the tradition of the virtues was able to survive the horrors of the last dark ages, we are not entirely without grounds for hope. This time however the barbarians are not waiting beyond the frontiers; they have already been governing us for quite some time. And it is our lack of consciousness of this that constitutes part of our predicament. We are waiting not for a Godot, but for another – doubtless very different – St. Benedict.“ Digitalisierung findet, meint Bridle, eben nicht jenseits der Grenzen statt, sondern prägt als Daten- und Maschinengläubigkeit inzwischen unser ganzes Leben. Je mehr Sensoren und damit Daten zur Verfügung stehen, desto mehr steigen auch das blinde Vertrauen in die maschinengestützte Verarbeitung dieser Daten und das Misstrauen gegenüber der humanen Intelligenz. Algorithmen, die im Hintergrund Daten verarbeiten, sich durch „deep learning“ auch verändern, werden zur „black box“, in der Entscheidungen vorformatiert werden, die aber letztlich nicht mehr verstehend nachvollzogen werden können. Eine neue „systemic opacity“ entsteht, eine Undurchsichtigkeit und Unkontrollierbarkeit von Prozessen, die doch durch möglichst umfassende Datenerfassung und -auswertung rationaler gestaltet werden sollten. Bridle führt das Beispiel der Ausflügler an, die dem Navi vertrauen, bis sie über eine Klippe ins Meer stürzen. Zu denken ist auch an die Abstürze der Boeing 737max im Jahr 2019. Durch Fehlfunktionen des Autopiloten hervorgerufen, konnte der plötzliche Sinkflug durch manuelle Eingriffe nicht mehr korrigiert werden. Über diesen „big-data-fallacy“ schreibt Bridle: „You don’t really need to know or understand anything about what you’re studying; you can simply place all of your faith in the emergent truth of digital information. In one sense, the big data fallacy is the logical outcome of scientific reductionism: the belief that complex systems can be understood by dismantling them into their constituent pieces and studying each in isolation.“ Abhilfe schafft da nur eine „systemic literacy“, eine Hermeneutik des Digitalen, eine humane Lesekunst von qualitativ anderer Art als die Algorithmen der vernetzten Welt.

Überwachungskapitalismus

Shoshana Zuboff, amerikanische Ökonomin an der Harvard Business School, gelingt schon mit dem Titel ihres Buches eine Wortprägung, die trifft: „Surveillance Capitalism“. Auf 700 Seiten beschreibt sie, wie die Geschäftsmodelle der großen Silicon Valley Companies entgleisen konnten. Als „soziale“ Medien und Netzwerke gestartet, wurden sie bald zu unverzichtbaren Dienstleistern –

damit aber auch zu Datenstaubsaugern, die jede physische Bewegung ebenso wie jede Bewegung im Netz erfassen. So werden „Vorhersageprodukte“ der eigentliche Verkaufsschlager des Überwachungskapitalismus: gezielte Werbung, die aus einem umfassenden Datentracking hochgradig zielgenaue Prognosen über künftiges Verhalten und gewünschte Produkte ermöglicht. Der politische Ordnungsrahmen, in dem die Datenökonomie wachsen konnte, war vom Neoliberalismus der 1980er Jahre geprägt, der scheinbar unverbrüchlichen Allianz von freien Märkten und freiheitlicher Demokratie. Ihre Leute ausspähen – das machten die anderen, die Sowjets und ihre Satelliten. Privatheit war die Sphäre, in der sich die kulturellen Umbrüche der Post-68er-Ära vollziehen konnten. Der Überwachungskapitalismus setzt nach Zuboff genau an dieser Schnittstelle zwischen Lifestyle-Hedonismus und Datenökonomie an, an die Stelle emanzipatorischer Ideale sei nun aber das ungleich höhere Renditen ermöglichende Kontrollmodell getreten. Geheimdienste nehmen die Datenfülle und Überwachungsmuster gerne auf, noch umfassendere Allianzen von wachsender staatlicher Macht und privaten Datenkonzernen deuten sich an.

Überhitzung und Perspektivenmanagement

Der Münchner Soziologe Armin Nassehi ortet die Ursprünge der Digitalisierung im 19. Jahrhundert, als sich mit steigender Komplexität die Beziehungen zwischen den Bereichen der Gesellschaft vervielfältigten und nicht mehr in einfachen Ordnungsmodellen abgebildet werden konnten.



„Auf Seiten wie www.carderplanet.com bekommt man gestohlene Kreditkartennummern schon ab 30 Dollar, inklusive Name, Adresse, Sozialversicherungsnummer und Geburtsname der Mutter.“ Der Journalist und Wissenschaftler Misha Glenny in einem Artikel über Cybercrime: www.tinyurl.com/glenny-cybercrime



Angehörige trauern um ein Opfer des Absturzes einer Boeing 737max in Äthiopien 2019



Militärdekan Dr. Roger Mielke
leitet das Evangelische Militärpfarramt
Koblenz III am Zentrum Innere Führung
der Bundeswehr.

MCAS – das System, das Boeing zum Verhängnis wurde

Der Anstellwinkelsensor des Flugzeugs richtet sich an der Strömung aus.

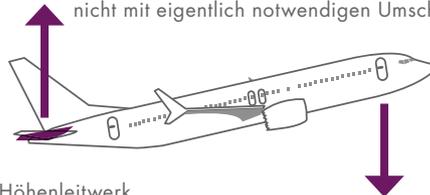


Horizontalflug



Steigflug

Bei starkem Winkel aktiviert der Sensor das Maneuvering Characteristics Augmentation System (MCAS), das die Flugzeugnase nach unten zieht. Der folgenschwere Fehler: Boeing teilte Piloten nicht mit, dass es dieses System gab – um die Airlines nicht mit eigentlich notwendigen Umschulungen abzuschrecken.



Höhenleitwerk

Die Boeing 737max ist ein völlig neu konstruiertes Flugzeug, das per Software so zu steuern sein sollte wie ein altes. Das war ihr großer Makel:
www.tinyurl.com/zsbw-737max

Erst die Computertechnologie des 20. Jahrhunderts stellte aber die Rechenleistung bereit, um in den scheinbar chaotischen Beziehungen „Muster“ zu erkennen – und diese Muster dann auch steuernd zu manipulieren. In Datenform wird die analoge Welt „verdoppelt“. Daten bilden eine eigene Realität, die sich schlicht darin ausweist, dass bestimmte Muster verwertbar sind und in diesem Sinne technisch funktionieren, ohne dass über dieses Funktionieren ein Konsens hergestellt werden müsste, etwa politisch. Wie aber ist politisches Leben unter den Bedingungen einer vollkommen offenen, „erhitzten“ Dauerkommunikation überhaupt möglich, fragt Nassehi: „Frei flottierende Kommunikation im Netz kennt wenig Selektionsdruck, weil die Verheißung, dass jeder prinzipiell alles sagen kann, eben auch dazu führt, dass gemeinschaftsstabilisierende Formen der Selektion außer Kraft gesetzt werden.“ Es gibt keine Zentralperspektive, jeder Gegenstand wird aus jeder Richtung angeleuchtet. Synchronisation der Perspektiven wird zur vordringlichen Aufgabe, um überhaupt noch in einer gemeinsamen Welt leben zu können: „Überhitzte Gesellschaften lernen nicht, sondern kollabieren an ihrer eigenen Dynamik.“ Kluges Perspektivenmanagement kann helfen, aber, so Nassehi: „Die Gefahrenabwehr und kluge Strategien werden die Komplexität eher steigern als verringern.“ Schlechte Aussichten. (Rezension: S. 67)

„Granulierung“:

Wirklichkeitsverlust 2.0

Der Soziologe Niklas Luhmann sprach davon, dass wir in einer „körnigen“ Welt leben. Das digitale Medium erlaubt es, die Wirklichkeit aufzulösen und die Elemente neu und nahezu beliebig zusammenzusetzen. Der Journalist Christoph Kucklick nimmt diese Metapher in seinem Buch „Die granulare Gesellschaft“ auf. Die granulare Gesellschaft ist nicht mehr „grobkörnig“ (Billardkugeln), sondern „hoch aufgelöst“, extrem feinkörnig (Schrotkugeln). Von „Auflösung“ ist hier in doppelter Weise die Rede: Der Mensch wird zum hochaufgelösten Analysegegenstand, zum Lieferanten von Gesundheits- oder Konsumdaten, die bis ins feinste Detail hinein Auskunft geben; und: Die Institutionen der alten „grobkörnigen“ Welt sind in Auflösung begriffen, weil sie dem gleichzeitig feineren und festeren Zugriff des Digitalen nicht standhalten. Und noch ein weiteres Doppelantlitz zeigt sich: Die eine Seite ist ein Exzess der Vernetzung aller mit allen, die andere Seite eine extreme „Singularisierung“, Sichtbarkeit und Ausgesetztheit des Einzelnen.

Das Lachen im Halse:

Dystopie als Satire

Zum Schluss: Dystopien müssen nicht nur schlecht gelaunt um die Ecke kommen. Das Lachen leuchtet die Schattenzonen aus. Die Satire schlägt Funken aus dem digitalen Zunder und spinnt die Fäden des Gegenwärtigen ins vollends Absurde weiter. „Das System weiß, was du willst“, heißt es in „QualityLand“, dem 2017 erschienenen satirischen Roman von Marc-Uwe Kling. Der Autor zeichnet das Bild einer Welt, in der der einzelne Mensch zur Abstraktion geworden ist und bis in konventionalisierte Namen hinein in seiner Rolle als Produzent und Konsument aufgeht. Die kollektive Erfassung hat die Innen-

räume erreicht. Ein bloßer Wunsch führt zur Lieferung des entsprechenden Produkts per Drohne durch „TheShop“ – oder vielleicht ist es das Produkt, das den Wunsch erst weckt? „Everybody“, das globale soziale Netzwerk, vernetzt alles mit allem, unter Einschluss virtueller Identitäten – die es ja geben könnte. Nur der Loser, Peter Arbeitsloser, Betreiber einer Schrottpresse, sitzt im Biotop seines mit gestrandeten Maschinen bevölkerten Kellers, an den melancholischen Androidenbauer John F. Sebastian aus Ridley Scotts „Blade Runner“ erinnernd. Am Ende zeigt nur die durch und durch romantische Figur des Outlaws, des „Nicht-Identischen“, den – natürlich nicht gangbaren – Weg aus der Dystopie.

Ethische Reflexion:

Navigation im Schattenreich

Auf der Reise durch die dystopischen Schattenreiche des Digitalen stellt sich Übung ein in der Navigation auf den Entwicklungspfaden der Digitalisierung. Ethische Reflexion über die jetzt anstehenden großen Projekte im Bereich der KI und der digitalen Sicherheitsarchitekturen kann den damit angesprochenen Problemstellungen nicht ausweichen. Digitalisierung ist Treiber eines gewaltigen sozialen Wandels und ist selbst eingebettet in diesen Wandel. Wenn wir die oben skizzierten Folien übereinanderlegen und als Lesehilfe für Projektionen des Künftigen verstehen („systemic literacy“ nach Bridle), dann scheint allerdings eine Konstellation besondere Aufmerksamkeit zu fordern, gerade in den noch ganz frischen Erfahrungen der „Corona-Krise“: die explosive Mischung von starker Exekutive, Big-Data-Kapitalismus und Digitalisierungsschüben. Neue Abstraktionen deuten sich an. ▲

Unterhaltsames zum Weiterlesen



Isaac Asimov:
Die nackte Sonne.
Heyne, München
2016, 288 Seiten,
8,99 Euro.



Marc-Uwe Kling:
QualityLand.
Ullstein, Berlin 2017,
384 Seiten, 11 Euro.



Dirk Baecker: **4.0
oder Die Lücke die
der Rechner lässt.**
Merve, Leipzig 2018,
276 Seiten, 22 Euro.

SICHERHEITS- POLITIK

Frühjahr 2020: Geschlossene Geschäfte auf dem Großen Basar in Teheran, dazwischen ein Banner mit der Aufschrift „America can't do no wrong“ (o.); Demonstranten im US-Repräsentantenhaus hinter Außenminister Mike Pompeo während einer Anhörung zum Thema Iran, Irak und dem potenziellen Einsatz von Streitkräften (u.)



IN LUFT AUFGELÖST



Irans politisches System ermöglicht kaum parlamentarische Opposition. Die Zivilgesellschaft findet zwar Wege, kritische Haltungen auszutauschen. Doch die Angst vor einem Krieg lähmt die Bürger
Von Katajun Amirpur

Im Mai 2018 kündigte US-Präsident Donald Trump an, das Atomabkommen mit Iran aufzukündigen. Dieses einseitige Aufkündigen hat vor allem dazu geführt, dass die iranische Zivilgesellschaft ausblutet. Dabei geht von ihr die Hoffnung auf einen Wandel aus – und nicht von der immer erratischer werdenden Iranpolitik der USA, die auf einen Umsturz setzt. Wenn sich etwas ändern sollte, dann durch die Zivilgesellschaft. Doch diese ist fast mundtot gemacht worden.

Denn: Die schlechte wirtschaftliche Lage führt auch dazu, dass kaum noch Forderungen nach politischen Freiheiten laut werden. Wie auch? Wer mehrere Jobs hat, um sich und die Familie über Wasser zu halten, denkt nicht mehr über Presse- oder Meinungsfreiheit nach. Die Mittelschicht ist weggebrochen. Selbst der Lohn eines Professors reicht nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren. Auch der Durchschnittsprofessor hat jetzt noch einen zweiten Job und denkt dann am Abend nicht mehr über die herrschende Zensur nach.

Hinzu kommt: Eine wirkliche parlamentarische Opposition gibt es nicht. Der



Junge Frau in Teheran: An Informationen kommen die Bürger, politischen Einfluss können sie jedoch kaum nehmen

Wächterrat befindet über die Qualifikation der Kandidaten für die Parlamentswahlen und lässt sogar jetzige Mitglieder des Parlaments nicht mehr antreten – mit dem Argument, sie glaubten nicht an die Grundlagen der Islamischen Republik. Und selbst wenn reformorientierte Kräfte es dann einmal in größerer Anzahl ins Parlament schaffen sollten, so geschehen mit viel Glück im Jahre 2000, dann werden gute Initiativen

wie der Beitritt zur CEDAW, dem Übereinkommen zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung der Frauen, das vom Parlament verabschiedet wurde, sofort vom Wächterrat kassiert. Er ist eine dem Parlament übergeordnete Instanz, die verabschiedete Gesetze auf ihre „Vereinbarkeit mit dem Islam“ hin überprüft – eine dehnbare Bestimmung. Opposition ist hier also kaum möglich – und kann nur von einer sich sehr

lebendig artikulierenden Zivilgesellschaft ausgehen.

Iran ist ein Land mit einem hohen Bildungsstandard, einer hohen Alphabetisierungsquote. Über 65 Prozent aller Studierenden sind Frauen. Zudem ist Iran ein sehr urbanes Land; 75 Prozent aller Iranerinnen und Iraner leben in Städten und haben dort Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln. Zwar gibt sich die Regierung alle Mühe, Nachrichten im Internet zu filtern, doch mittels eines VPN-Clients lässt sich anonym surfen, sodass viele auch auf zensierte Seiten kommen können und bestens informiert sind. Über den in Iran besonders beliebten Messaging-Dienst Telegram werden Informationen ausgetauscht, so wird vor allem das Nachrichtenmonopol des Staates gebrochen. Hier finden auch Diskussionen über Themen wie Meinungsfreiheit, politische Partizipation etc. statt.

Außerdem ist der iranische Buchmarkt noch erstaunlich vielstimmig. Zwar herrscht Zensur, doch es gibt Nischen. Das betrifft sowohl iranische Erzeugnisse wie auch ausländische. Man wundert sich, welche Übersetzungen in Iran erscheinen: Hannah Arendts „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ beispielsweise. Auf dem Buchmarkt und im Zeitschriftenwesen findet durchaus Opposition statt.

Eine Filmreihe, die von der iranischen Regisseurin Rakhshan Banietemad ini-

tiert wurde, zeigt eindrucklich, welches Potenzial in dieser hoch gebildeten und hoch motivierten Zivilgesellschaft steckt. Banietemad schob das Projekt Karestan an, in dem Dokumentarfilmer und -filmerinnen zivilgesellschaftliches Engagement porträtieren und in Kinos zeigen sollten, um Nachahmerinnen und Nachahmer zu ermutigen. So entstand zum Beispiel ein Film über ein Ehepaar, das im Süden Irans eine Recycling- und Mülltrennungsanlage betreibt: Haydeh Shirazi wollte städtischen Müll reduzieren und recyceln. Durch ihr zähes Engagement wurde sie Wassernagerin in Kermanshah; heute wird der gesamte Müll der Stadt recycelt.

Das von Banietemad initiierte Filmprojekt will vor allem eines: Mut machen. So zeigt der Dokumentarfilm durchaus, auf welche Schwierigkeiten Unternehmer und Unternehmerinnen stoßen. Aber er zeigt eben auch, wie man diese mit viel Tatkraft überwinden kann, auch und gerade in Iran – wenn kein Krieg und Sanktionen es verhindern.

Themen wie wachsende Ungleichheit, Korruption, die Lügen der Regierung zum Beispiel über den Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine, Armut und Arbeitslosigkeit bewegen die Menschen. Sie sind unzufrieden und wollen, dass sich etwas ändert. Sie haben nur kaum noch eine Perspektive, wie sich etwas ändern könnte. Alle Möglichkeiten und Maßnahmen scheinen ausgeschöpft, Perspektiven haben sich in Luft aufgelöst. Denn im Moment geht die

Angst vor einem Krieg um. Die iranische Bevölkerung ist sich ziemlich sicher, dass die USA diesen Krieg wollen. Dass die Menschen sich durch den wachsenden Druck gegen das Regime auflehnen, ist für die meisten keine Option. Im Gegenteil: Der drohende Krieg, das gescheiterte Atomabkommen, die Ermordung des Generals Qasem Soleimanis – das alles schließt die Reihen eher hinter dem Regime und scheint diesem Recht zu geben. Auch die Proteste der Bürger infolge des vom Iran abgeschossenen ukrainischen Passagierflugzeugs ändern nichts an der beschriebenen Tendenz. Deshalb sollte Europa alles tun, was möglich ist, um Donald Trump davon abzuhalten, die iranische Zivilgesellschaft, also die eigentliche Opposition, zu schwächen. ▲



Prof. Dr. Katajun Amirpur ist Islamwissenschaftlerin am Orientalischen Seminar der Universität zu Köln.

„Die iranische Bevölkerung ist sich ziemlich sicher, dass die USA diesen Krieg wollen.“

Im November 2019 diagnostizierte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron in einem Interview mit dem Magazin

The Economist, die NATO sei hirntot – so lautete zumindest die Kernbotschaft, die nach Veröffentlichung des Gesprächs weltweit verbreitet wurde und insbesondere im Kreis der Bündnispartner dies- und jenseits des Atlantiks für Irritation sorgte. Eine genaue Betrachtung des Interviews legt allerdings offen, dass Macron unterschied zwischen dem politischen und militärischen Arm der nordatlantischen Allianz. Während die operativ-militärische Kooperation reibungslos funktioniere, mangle es dem Staatenbündnis an Klarheit über die strategisch-politische Ausrichtung. Spitzer formuliert: Das Kernstück der NATO, die kollektive Verteidigung, bekomme Risse. Geopolitisch-konjunktureller und allianzintern-struktureller Hintergrund für diese Feststellung waren zwei Ereignisse bzw. Entwicklungen. Zum einen zeigte sich Macron besorgt über den erneuten Einmarsch des NATO-Mitglieds Türkei in Nordsyrien im Herbst 2019, um gegen die syrischen Kurden vorzugehen, nachdem diese kurz zuvor von den USA als Partner im Kampf gegen den Islamischen Staat fallen gelassen worden waren. Sowohl das Vorgehen der Türken als auch der Amerikaner richtete sich gegen ein französisches Kerninteresse: den Kampf gegen internationalen Terrorismus. Hinzu kam, aus Sicht Macrons, die immer drängendere Frage, ob die Allianz sich weiterhin auf das politische, finanzielle und militärische Schwergewicht der USA verlassen könne. Washington habe über parteipolitische Grenzen hinweg ein geringer ausgeprägtes Interesse an (NATO-)Europa, da es sich sicherheitspolitisch auf andere Weltregionen konzentriere.

Aus dieser Bewertung leitete Macron ab, dass der politische Pfeiler der Allianz neu bewertet werden müsse, und gab im nächsten Interviewzug direkt die Antwort auf die aufgeworfene Überlegung: ein Mehr an europäischer Einigkeit.

Europa müsse in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik souverän werden und eigene Strategien entwickeln, um nicht nur die USA diktieren zu

WIE TOT IST HIRNTOT?



**Ein Interview des französischen Staatspräsidenten
war Katalysator einer Grundsatzdebatte
über den Zustand der NATO. Notwendiger Weckruf
oder viel Lärm um nichts?**

Von Aylin Matlé

lassen, in welche Richtung sich transatlantische Sicherheit entwickle. Gleichwohl betonte Macron, ein solcher europäischer Vorstoß solle sich nicht gegen die NATO richten.¹

Militärisch stark – politisch uneins

Egal, ob man Macrons Analyse beipflichtet oder nicht: Das größte Problem, das die NATO gegenwärtig plagt, ist die politische Uneinigkeit. Genauer gesagt: Die Alliierten sind sich immer weniger einig darüber, auf welche Bedrohung(en) die NATO reagieren soll. Kernaufgabe des Bündnisses war seit den Tagen seiner Gründung, die Sicherheit und Verteidigung seiner Mitglieder zu garantieren, gleich, aus welcher Richtung die Bedrohung kam. Nachdem seit Zusammenschluss der NATO bis zum Ende des Kalten Krieges der abzuwehrende Gegner im Osten saß, schaffte es die Allianz sehr schnell nach Zusammenbruch der gründungstiftenden Sowjetunion, andere Aufgaben zu identifizieren, auf die sich der Staatenverbund konzentrierte: angefangen mit der NATO-Osterweiterung Ende der 1990er Jahre bis hin zu den allianzprägenden Auslandseinsätzen des frühen 21. Jahrhunderts.

Mit der völkerrechtswidrigen russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim im Frühjahr 2014 schob sich die kollektive Verteidigung erneut auf die transatlantische Agenda. Allerdings war in Allianzkreisen bereits vor dem Wiedererstarken Russlands klar, dass die NATO einen 360-Grad-Blick werde wahren müssen. Mit anderen Worten: Die Zeiten, in denen sich die Mitgliedsstaaten ausschließlich auf eine Aufgabe, einen Krisenherd oder eine Bedrohung konzentrieren konnten, waren bereits vor dem sicherheitspolitischen Wendejahr 2014 lange passé. Dass die NATO all ihre politischen und militärischen Kräfte nicht nur auf eine Aufgabe wenden kann, ist dem Umstand geschuldet, dass die Alliierten unterschiedliche Bedrohungen wahrnehmen: Die einen sehen sich durch internationalen Terrorismus, die anderen durch zerfallende Staatlichkeit, andere wiederum durch Großmachtrivalitäten am stärksten herausgefordert. Folglich stellt sich die Frage, ob die Tatsache, dass die NATO sich unterschiedlichen Aufgaben widmet (basierend auf zum Teil abweichenden Bedrohungswahrnehmungen), heute anders zu bewerten ist als noch vor einigen Jahren.

Könnte Staatspräsident Macron mit seiner Beobachtung richtig liegen, dass der entscheidende Unterschied heute darin besteht, dass die NATO politisch immer weniger beschlussfähig ist, weil die bislang politisch wie militärisch tonangebenden USA sich zunehmend von NATO-Europa abwenden? Zunächst muss festgehalten werden, dass sich die Annahme, die USA zögen sich aus NATO-Europa zurück, militärisch-operativ bislang nicht belegen lässt. Im Gegenteil: Das US-Budget für die Verteidigung Europas im Jahr



Aylin Matlé arbeitet für das Israel-Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Jerusalem. Zuvor schrieb sie eine Doktorarbeit über den Einfluss der Obama-Regierung auf die NATO- und Verteidigungspolitiken europäischer Bündnispartner. Die Autorin gibt ausschließlich ihre eigene Meinung wieder.

**„DIE ALLIIERTEN
SIND SICH IMMER
WENIGER EINIG
DARÜBER, AUF WELCHE
BEDROHUNG(EN) DIE
NATO REAGIEREN SOLL.“**

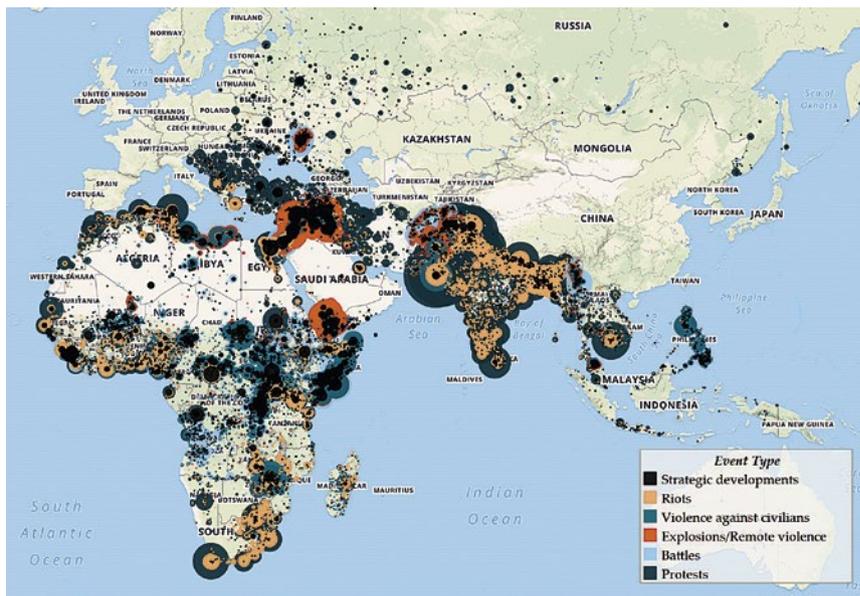
2021 sieht den üppigen Betrag von 4,5 Milliarden US-Dollar vor. Auch wenn die Defender-2020-Übung nicht durch die NATO koordiniert wird, so ist sie dennoch deutlicher Ausdruck dafür, dass die USA militärisch sehr wohl an Europa interessiert sind, schließlich soll damit die Verteidigung des Kontinents geprobt werden.

Der Blick geht zu nationalen Interessen – nicht nur in den USA

Auf politisch-strategischer Ebene lassen sich Bedenken über die Orientierungslosigkeit der NATO weniger problemlos ausräumen. Zwar waren die transatlantischen Staats- und Regierungschefs auf ihrem jüngst zurückliegenden Gipfeltreffen in London im Dezember 2019 streng darauf bedacht, Einigkeit zu demonstrieren. Allerdings täuscht dieser Versuch nicht darüber hinweg, dass sich die Mitgliedsstaaten in wesentlichen Fragen uneins sind oder diese erst gar nicht in den Fokus der transatlantischen Debatte gerückt werden. Beispielhaft lassen sich an dieser Stelle die Frage nach dem künftigen Umgang mit Russland, aber auch die Reaktion auf eine sich zuspitzende Rivalität zwischen China und den USA nennen. Tatsächlich ist richtig, dass sich die Alliierten auch in der Vergangenheit nicht stets einig waren darüber, in welche Richtung die NATO sich strategisch entwickeln sollte, wie auch der NATO-Generalsekretär auf der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz betonte. Allerdings lassen sich mindestens zwei Unterschiede zu heute feststellen: Zum einen standen die USA in der Vergangenheit sehr viel eindeutiger an der Seite ihrer transatlantischen Partner, was sich nicht zuletzt in politischer Führung im Kreis der Alliierten niederschlug. Zum anderen treten heute innenpolitische Fliehkräfte in vielen Mitgliedsstaaten immer häufiger und deutlicher zutage, die sich in einer stärkeren Betonung nationaler Interessen äußern – nicht selten zulasten multinationaler Belange.

Weder die eine noch die andere Beobachtung lassen jedoch eine eindeutige Antwort über die verengte Entscheidungsfrage zu, ob die NATO hirntot ist. Wie Macron in seinen einordnenden Worten im viel zitierten Interview bereits selber betonte: Eine Pauschal-diagnose über den Zustand der Allianz lässt sich nicht treffen. Dafür ist das transatlantische Staatenbündnis in vielen Bereichen noch zu vital, wengleich in anderen eine gehörige Vitaminzufuhr angebracht scheint. ▲

¹ N. B.: Weitergedacht müsste die Frage, ob die Europäer überhaupt imstande wären, das durch ein allmähliches Wegbrechen US-amerikanischer Führung entstehende Vakuum zu füllen, beantwortet werden. Dieser Thematik widmet sich der vorliegende Artikel jedoch nicht.



Krisenherde werden sichtbar:
Daten wie die des Armed
Conflict Location & Event Data
Project (ACLED) können helfen,
aufkeimende Krisen zu erkennen

DER WELT DEN PULS FÜHLEN

**Mit Hilfe riesiger Open-Source-Datenmengen
können Systeme künstlicher Intelligenz nach
kritischen Entwicklungen fahnden und Alarm geben,
wenn die Situation zu eskalieren droht**

Von Carlo Masala

In den Leitlinien der Bundesregierung zur Krisenprävention ist Krisenfrüherkennung als die frühzeitige Identifikation von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen definiert, die das Potenzial bergen, Konflikte innerhalb von Staaten gewaltsam eskalieren zu lassen. Krisenfrüherkennung bezieht sich somit insbesondere auf die frühzeitige Identifikation von Veränderungen in den Konflikt dynamiken eines Landes und inkludiert beispielsweise Phänomene wie die Eskalation eines laufenden Bürgerkriegs, die Transformation niedrigschwelliger Unruhen in organisierte, bewaffnete Gewalt oder auch Regimeumstürze.

Die KI-gestützte Krisenfrüherkennung zielt darauf ab, Analysten und Entscheidungsträger durch automatisiertes Monitoring von Krisenindikatoren und modellbasierte Risikoabschätzungen zu unterstützen und somit den zeitlichen Vorlauf zur Krisenprävention und für Mitigationsmaßnahmen zu erhöhen. Hierzu kommen auch Methoden der Künstlichen Intelligenz (KI) zum Einsatz, mit Hilfe derer Muster in historischen Daten identifiziert werden, die mit dem zukünftigen Auftreten von Krisen assoziiert waren. Wesentliche Herausforderungen in der KI-gestützten Krisenfrüherkennung bestehen sowohl in der Schaffung einer geeigneten Datengrundlage als auch in der Konzeption und methodischen Umsetzung von validen und im Sinne einer belastbaren Entscheidungsunterstützung transparenten Risikomodellen.

Viele Informationen sind frei zugänglich

Seit Beginn des Internetzeitalters wächst die Menge an frei verfügbaren Daten stetig an. Hierdurch ergeben sich sowohl ein komplexeres Informationsumfeld als auch neue Möglichkeiten zur gezielten Sammlung von relevanten Informationen, die wiederum als Grundlage für die Entwicklung von Modellen zur Krisenfrüherkennung dienen können. Als Datengrundlage zur Früherkennung politischer Krisen kommen neben sozioökonomischen Indikatoren, die die strukturellen Rah-

and Event Database (ACLED) gewinnen, wobei die enthaltenen Ereignistypen von Protesten und Unruhen bis hin zu bewaffneten Kampfhandlungen reichen.

Alternativ können politische Ereignisdaten beispielsweise aber auch auf Basis von Nachrichtenmeldungen maschinell codiert werden. Geodaten liefern darüber hinaus oftmals wertvolle Informationen zu strukturellen Rahmenbedingungen auf subnationaler Ebene. Zum Beispiel können über die durch Satelliten erfasste nächtliche Lichtintensität

Im Kontext der Modellierung ist besonders die Konzeption von Indikatoren interessant, die ungewöhnliche Entwicklungen oder Trendumbrüche in den Konflikt-dynamiken abbilden. Im Hinblick auf die Vorhersage der Eskalation eines laufenden bewaffneten Konflikts kann dies zum Beispiel eine ungewöhnliche Aktivitätsintensivierung eines bestehenden Schlüsselakteurs sein, die Ausweitung seines Operationsspektrums in Regionen ohne vorherige Aktivität oder auch das Neuauf-treten eines Akteurs, der

In Staaten mit „dynamischen Konflikten“, wie etwa in Jemen, wäre die manuelle Recherche ohne Daten sehr aufwendig



menbedingungen in einem Staat widerspiegeln, insbesondere auch politische Ereignisdaten und aus Geodaten abgeleitete Indikatoren in Betracht. Politische Ereignisdaten beschreiben Ort, Datum und Art politischer Interaktionen sowie die beteiligten Akteure. Derartige Daten lassen sich aus bestehenden Datenbanken wie der Armed Conflict Location

Rückschlüsse auf die Verteilung der ökonomischen Aktivität innerhalb eines Landes gezogen werden. Die Schaffung einer umfassenden und soweit möglich automatisch gepflegten Datengrundlage stellt sicher, dass Analysten über ein aktuelles und umfassendes Informationsumfeld verfügen, weniger Zeit in Recherche investieren müssen und somit mehr Zeit für die Analyse von Informationen aufbringen können.

das staatliche Gewaltmonopol infrage stellt. Die Konzeption derartiger Indikatoren ermöglicht es Analysten, auch subtile Entwicklungen in Ländern und deren Subregionen zu erfassen, was über eine manuelle Recherche nur sehr aufwendig abbildbar wäre.

Methodische Überlegungen

Nach Definition eines Krisentyps und Schaffung einer historischen Datengrundlage, die sowohl Informationen zum Auftreten vergangener politischer Krisen in Staaten als auch zu den strukturellen Rahmenbedingungen und politischen Interaktionen beinhaltet, wird das Datenset in mehrere Trainings- und Validierungssets unterteilt. Die Modelle werden dabei auf Basis der Trainingssets gelernt und anhand der Validierungssets bewertet, was als Kreuzvalidierung bezeichnet wird. Die Aufteilung der Sets kann dabei so organisiert sein, dass die Validierungssets jeweils einen zukünftigen Zeitraum in Relation zu den Trainingssets beinhalten oder dass die Validierungssets stets andere Länder beinhalten als die Trainingssets. Bei Klassifikationsentscheidungen kann die Performance der Modelle anhand von Metriken wie *Precision* und *Recall* bewertet werden. *Precision* beschreibt die prozentuale Anzahl an Fällen, in denen auf eine positive Vorhersage auch tatsächlich eine Krise folgt, und *Recall* beschreibt den prozentualen Anteil der durch das Modell identifizierten zukünftigen Krisen. Es können unterschiedliche Indikatorkombinationen, Modelle und Modellparameter Kreuzvalidiert werden, aus denen das Modell mit der höchsten Vorhersagekraft gewählt wird. Nach Abschluss der Modellentwicklung wird das finale Modell in der Regel anhand eines bislang zurückgehaltenen Testsets abschließend validiert. Dies stellt sicher, dass die gelernten Muster auch tatsächlich auf bislang nicht zuvor verwendete Daten generalisierbar sind und sich das Modell somit für den Praxiseinsatz eignet.



Prof. Dr. Carlo Masala lehrt und forscht an der Universität der Bundeswehr in München mit den Schwerpunkten Theorien der Internationalen Politik, Sicherheitspolitik, transatlantische Beziehungen und Entwicklungen im erweiterten Mittelmeerraum.

Um als belastbare Entscheidungsgrundlage dienen zu können, muss nicht nur nachvollziehbar sein, welche Modellindikatoren relevante Einflussfaktoren darstellen, sondern auch, aus welchen Risikofaktoren sich einzelne Vorhersagewerte ergeben. Methodische Innovationen im Bereich der Modellerklärbarkeit ermöglichen es inzwischen, einzelne Vorhersagewerte auch für nicht lineare Modelle zu disaggregieren. Dies ermöglicht die Erstellung von Modellen, die auf wesentliche Einflussfaktoren reduziert sind und bei denen für einzelne Risikoabschätzungen der Beitrag einzelner Faktoren nachvollziehbar ist.

Informationsbeschaffung für die Analysten

Modelle zur Krisenfrüherkennung dienen als Instrument der Entscheidungsunterstützung. Sie ersetzen keine menschlichen Analysten, sondern verbessern ihr Informationsumfeld und tragen somit zu einer solideren Entscheidungsbasis bei. Sie können dabei Indikatoren und Hinweise für eine Vielzahl an Regionen liefern, die über eine manuelle Recherche nicht zu bearbeiten wären. Beispielsweise gibt es allein auf dem afrikanischen Kontinent etwa 1000 administrative Subregionen erster Ordnung (äquivalent zu einem Bundesland in Deutschland), die unmöglich einer fortlaufenden Betrachtung über händische Recherche unterzogen werden könnten. Neben einer guten Datengrundlage und validen Modellen muss daher auch eine Nutzeroberfläche vorliegen, die die Daten und Modellergebnisse in geeigneter Form und intuitiv abrufbar zur Verfügung stellt. Aspekte der Softwareergonomie stehen daher in der KI-gestützten Krisenfrüherkennung ebenso im Vordergrund.

In der Gesamtbetrachtung lässt sich die KI-gestützte Krisenfrüherkennung als Forschungsfeld charakterisieren, in dem durch die zunehmend bessere Verfügbarkeit an *Open Source*-Daten sowie konzeptuelle und methodische Innovationen inzwischen Modelle realisiert werden können, die für verschiedene politische Krisentypen automatisierte Hinweise zu potenziell krisenrelevanten Entwicklungen liefern. In der Praxis ermöglicht dies eine Verlagerung des Fokus von der Informationsbeschaffung auf die Verdichtung und Analyse von Informationen sowie auf die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen, wobei menschliche Entscheidungen in allen Prozessschritten maßgeblich bleiben. Im Hinblick auf eine frühzeitige und proaktive Krisenprävention und Krisenmitigation leistet die KI-gestützte Krisenfrüherkennung somit einen wertvollen Beitrag. ◀

FRIEDENS-ETHIK



Kampfflugzeuge nach einem Angriff in Idlib (o.); syrischer Junge in einem Flüchtlingslager auf der griechischen Insel Lesbos (u.)



Im Moment bestimmt die Corona-Krise die Nachrichten. Von einem Kontinent ist nur wenig die Rede: Afrika. Wie sind die Staaten dort für solche Krisen gewappnet?

Vor einigen Wochen waren wir zu einem sogenannten Exposure und Dialogprogramm für zehn Tage in Kenia. Nun bekomme ich über die Gastgeber und Partnerorganisationen kurze Berichte von der Situation dort. Ein Kollege berichtet: Auch in Kenia seien viele Menschen extrem nervös. Viele seien uninformiert oder falsch informiert – und zwar über Grundlegendes. Einige Berichte unterstrichen eine oft zitierte Erfahrung aus den Begegnungen und Gesprächen: Das Vertrauen in staatliche Stellen hält sich in Grenzen.

Präsident Uhuru Kenyatta habe angesichts der Bedrohung zum Gebet aufgerufen. Wie er das tat, habe das Vertrauen in staatliche Stellen in dieser Krise nicht gefestigt. Die „Daily Nation“ berichtete: „The Head of State told Kenyans that while the government was doing everything it can to fight the virus, the efforts were just not enough, and required God’s intervention [...] In his proclamation, the President said he was guided by Philippians 4:6 to 9, in which the Apostle Paul asks Philippians to ‚not worry about anything instead, pray about everything‘.“

Wie würden wir in Deutschland reagieren, wenn unsere Regierung zum Gebet aufriefe, da alles, was Krankenhäuser und staatliche Behörden tun können, sicherlich nicht zur Bekämpfung der Pandemie ausreichen wird?

In Kenia haben viele nicht-staatliche Organisationen zusammen mit der nationalen und den regionalen Regierungen ein Rapid-Response-Team gebildet. Sie helfen

bei der Verteilung von Desinfektionsmitteln und der Sensibilisierung der Bevölkerung. „Die Leute wissen nicht viel über die Unterschiede zwischen den Symptomen von Erkältung, Rauch und Covid-19.“

Religiöse Organisationen gestalten mit

Diese aktuellen Berichte aus Kenia bestätigen unsere Erfahrungen von vor einigen Wochen, welche herausragende Rolle religiöse und zivile Organisationen für ein funktionierendes Gemeinwesen im Land haben. Doch worin liegen die Chancen dieses zivilgesellschaftlichen Engagements, wo liegen seine Grenzen? Inwiefern können Religionen Partner für Frieden und Sicherheit sein?

Etwa 20 Personen haben sich der Frage gestellt und sind in dieses faszinierende Land eingetaucht, das so reich von der Natur gesegnet ist. Mitglieder des Bundestages, Vertreter von evangelischer und katholischer Kirche, von kirchlichen und staatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, von Polizei und Medien – zu zweit oder allein waren wir für einige Tage zu Gast bei Familien in unterschiedlichen Regionen. Wir haben auf Graswurzel-Ebene in engen menschlichen Begegnungen kennengelernt, wie Religionen sich für Frieden und Sicherheit im Land engagieren. Jede und jeder hatte unterschiedliche thematische Schwerpunkte: von ziviler Konfliktbearbeitung in Krisenregionen bis hin zu Fragen der gerechten Landverteilung, vom Engagement für mehr Frauenrechte bis hin zu Möglichkeiten des interreligiösen Dialogs.

Nach diesen intensiven Begegnungen haben wir unsere Erfahrungen in der Gesamtgruppe ausgewertet und sind mit den Ergebnissen mit unseren Partnern in

NICHT BETEN IST AUCH KEINE LÖSUNG

**Religionen als Partner für Frieden und Sicherheit?
Erfahrungen aus einer Feldstudie in Kenia**

Von Dirck Ackermann



Nachts in Nairobi: Ein Freiwilliger desinfiziert eine Straße, um die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen. Im Frühjahr 2020 gilt von 19 Uhr bis 5 Uhr eine Ausgangssperre in Kenias Hauptstadt



**Leitender
Militärdekan
Dr. Dirck Ackermann**
ist Chefredakteur von
ZUR SACHE BW.

Kenia in den Dialog gegangen. In einem Workshop wurden die Ergebnisse mit Vertreter*innen der unterschiedlichen Religionsgruppen aus Kenia an der Tangaza-Universität in Nairobi diskutiert.

Aus den Diskussionen erscheinen mir einige zentrale Lernerfahrungen hinsichtlich der Rolle als Partner für Frieden und Sicherheit wichtig:

- ▶ Gegenüber der politischen Elite und den staatlichen Einrichtungen herrscht in der Bevölkerung ein hohes Misstrauen. Die religiösen Akteure versuchen – u. a. dadurch, dass sie auf Missstände hinweisen – zu erreichen, dass staatliche Stellen wie z. B. Polizei und Justiz ihrer Verantwortung gerecht werden. Dabei bleiben ihre Möglichkeiten begrenzt.
- ▶ Religiöse Einzelakteure und Institutionen vermitteln zwischen Konfliktparteien und wirken auf kommunaler Ebene daran mit, dass mehr Sicherheit gewährleistet wird.
- ▶ Zwischen den Religionsgruppen und innerhalb der Religionsgruppen selbst kommt es zu Konflikten. Daher kommt dem interreligiösen und intrareligiösen Dialog eine hohe Bedeutung zu. Nur wenn es gelingt, die eigenen Konflikte friedlich zu bearbeiten, können religiöse Akteure glaubwürdig in gesellschaftlichen Prozessen agieren.
- ▶ Die Religionsführer*innen wollen ihre Stimme erheben für diejenigen, die sonst kein Gehör in der Gesellschaft finden (z. B. Arme und Jugendliche). Wie sie die Probleme kontinuierlich öffentlich adressieren können, bleibt aber eine offene Frage.
- ▶ Die Gesellschaft in Kenia ist von Ungerechtigkeit der Geschlechter geprägt; es war öfter von einer destruktiven Rolle der Männer in gesellschaftlichen Prozessen die Rede. Manche religiösen Akteure sehen ihre Aufgabe darin, die Frauenrechte zu stärken. Eine Aufgabe bleibt es, in Dialogen mit Männern die Einsicht zu wecken, dass Frauen eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Aufbau einnehmen, und dieser Rolle entsprechend mehr Einfluss zu geben. Das gilt sowohl für die Gesellschaft insgesamt als auch für manchen religiösen Vertreter in Leitungsfunktion.
- ▶ Korruption wird als durchgängige Erfahrung wahrgenommen, verbunden mit geschlossenen Machteliten, die ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen nicht gerecht werden. Es bleibt eine ständige Aufgabe für religiöse Akteure, auf diese Missstände aufmerksam zu machen.

Staat braucht Zivil – Zivil braucht Staat

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die religiösen Akteure gerade dort eine wichtige Rolle spielen, wo staatliche Strukturen und Institutionen und politische Eliten ihrer Verantwortung nicht oder unzureichend gerecht werden. Das gilt neben den erwähnten Punkten auch für Fragen der gerechten Landverteilung, der sozialen Absicherung, der Kinderbetreuung. Zugespielt formuliert: Ohne Religion ist kein Staat zu machen. Der Staat und die Gesellschaft brauchen die zivilen und religiösen Akteure. Diese suchen die Lücken zu schließen, die der Staat hinterlässt. Insofern sind sie wichtige – um nicht zu sagen: entscheidende – Partner für Frieden und Sicherheit innerhalb des Gemeinwesens.

Auf der anderen Seite aber übernehmen die religiösen Akteure quasi-staatliche Aufgaben. Damit besteht die Gefahr, dass Staat und politische Eliten aus ihrer Verantwortung entlassen werden und die Fragilität und manche Dysfunktionalitäten staatlicher Strukturen durch das Engagement der Religionen noch verfestigt werden. Religionen können Partner für Frieden und Sicherheit sein. Sie können aber dauerhaft nicht den Aufbau stabiler und funktionaler staatlicher Strukturen ersetzen. Insofern braucht der Staat nicht nur Zivil, sondern Zivil braucht auch ein Staatswesen, das seiner Verantwortung gerecht wird. Darauf hinzuweisen, bleibt auch eine Aufgabe der religiösen Akteure.

In solchen Zusammenhängen habe ich allerdings auch erfahren, welche hohe Bedeutung das gemeinsame Gebet angesichts bedrohlicher Situationen hat. Gerade in Kenia habe ich die Erfahrung gemacht, welche Kraft und Friedensmacht das Gebet in unseren Dialogen hatte. Insofern kann ich den Aufruf zum Gebet des kenianischen Präsidenten nachvollziehen. Zum Abschluss unseres Dialogs mit den Religionsvertretern von Kenia sprach der Gastgeber folgendes Gebet: „Wir sind zusammengekommen, um für eine bessere Welt zu arbeiten. Wir haben uns gegenseitig erreicht. Zeit miteinander verbracht, miteinander gesprochen. Einander zugehört, voneinander gelernt. So wurden wir durch dein Licht bereichert, du, der du immer bei uns bist. Du hast uns diese kostbare Zeit gegeben, diese kostbare Erfahrung. Wir geben sie dir zurück. Hilf uns, die Früchte der reichen Saat von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität zu ernten. Wir vertrauen deiner Fürsorge und Barmherzigkeit unsere Besucher an, die auf dem Weg nach Hause sind. Für die Reise gewähre ihnen deine Gnade, oh Herr. Denn du bist Gott, der für immer und ewig lebt und regiert. Amen.“

Das Gebet war überschrieben: „Gemeinsam für eine bessere Welt.“ Dafür treten Religionen ein und dafür beten sie, als Partner für Frieden und Sicherheit, auch und besonders in Zeiten von Corona. ▲

„DIE DENKSCHRIFT IST NICHT ÜBERHOLT“



Vor 13 Jahren wurde die Friedensdenkschrift der evangelischen Kirchen veröffentlicht. Angesichts von Cyberkrieg, künstlicher Intelligenz und Krisen in Europa fordern manche eine Revision. Irmgard Schwaetzer, die die Herbsttagung der Synode der EKD zum Thema Frieden geleitet hat, sieht das anders

Von Walter Linkmann

Frieden braucht einen langen Atem. Krieg hat ihn: Zwanzig Minuten, bevor ich mit Irmgard Schwaetzer zum Gespräch verabredet bin, muss das Kirchenamt geräumt werden. In der Straße wird eine Fliegerbombe entschärft. Sie wurde vor 75 Jahren geworfen – und immer noch spüren wir den langen Atem der Gewalt. Um die Frage nach Kontinuität und Veränderung, langen und kurzen Zeiträumen soll es jetzt auch in unserem Telefonat gehen.

Nicht in Bezug auf Krieg und Gewalt, sondern auf Frieden: 2007 hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutsch-

land (EKD) seine Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ veröffentlicht. Im November 2019 hat die Synode der EKD das Thema in Dresden wieder aufgerufen. Warum? Gelten die Erkenntnisse von 2007 nicht mehr? Muss die Denkschrift angesichts neuer Szenarien umgeschrieben werden? Was ist die neue Erkenntnis, das Ergebnis der Friedenssynode?

„Die Frage nach dem Ergebnis hat den ganzen zweijährigen Vorbereitungsprozess begleitet“, berichtet Schwaetzer, die als Präses der Synode an der Vorbereitung beteiligt war. „Aber da ist ziemlich bald ein großes



Walter Linkmann
ist Sprecher der
Evangelischen Seelsorge
in der Bundeswehr.

Synode der EKD in
Dresden 2019: Offizier
Matthias Rogg spricht am
Saalmikrofon



Stück Bescheidenheit mit reingekommen.“ Ziel war nicht, die evangelische Friedensethik um- oder fortzuschreiben – das Leitbild des gerechten Friedens der Denkschrift von 2007 liegt den Feststellungen und Forderungen der Synode 2019 zugrunde –, sondern mit offenen Augen die Entwicklung der Problemlagen zu verfolgen, die in jüngster Zeit das Nachdenken über den Frieden prägen, wie etwa die Ohnmacht der westlichen Politik angesichts der Flüchtlingskatastrophe in Syrien, die Auswirkungen der Klimakrise auf bestehende und zukünftige Konflikte, hybride Kriege, neue Waffentechnologie, eine multipolare Welt.

Mega-Thema Vertrauen

Neben diesen aktuellen Herausforderungen von außen könnte aber auch der theologische Kern, die Friedensbotschaft der evangelischen Kirchen, inhaltliche Ergänzungen gebrauchen. Zum Thema „Gewaltlosigkeit“ hat sich die Synode deutlicher posi-

In der „Kundgebung“, dem siebenseitigen Abschlusspapier der Synode, wird eine ganze Liste von Punkten aufgezählt, die die veränderte Lage seit 2007 beschreiben. Das sind beispielsweise die enttäuschende Bilanz militärischer Einsätze, die Menschenrechtsverletzungen beenden sollten, die Krise der regelbasierten multilateralen Weltordnung, die Diskussion um die globale Erwärmung oder ein gesellschaftliches Klima, das zunehmend rauer wird.

Entsprechend breit ist die Palette der Handlungsempfehlungen und Forderungen der Synodalen an Kirche, Gesellschaft und Politik. Sei es die verlässliche Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ausstattung für Friedensforschung und Konfliktprävention, die Zwei-Prozent-Quote vom Bruttoinlandsprodukt für Entwicklungspolitik und gewaltfreie Konfliktbearbeitung, „dauerhaft ausreichende Mittel für die internationale Klimafinanzierung“, aber auch pädagogische Arbeit gegen Mob-

Die Entscheidung liegt beim nächsten Rat der EKD

Wie geht es weiter mit Friedensethik in der EKD? „Das muss der nächste Rat mit seinem Auftrag klären“, so Schwaetzer. Im Herbst 2021 wird das Leitungsgremium für sechs Jahre gewählt, beruft Kammern und Beauftragte und entscheidet über die Positionierungen der kommenden Jahre. Eine der Fragen wird sein, ob es eine „neue“ Friedensdenkschrift gibt, die den Inhalt der alten aufnimmt und um die Erkenntnisse der vergangenen Jahre und der Synode ergänzt, oder ob die Ergebnisse anders gesichert werden.

Aber egal, ob „neu“ oder „erweitert“, die Präses ist überzeugt: „Die Denkschrift von 2007 ist nicht überholt!“

Wer wartet auf dieses Papier? Worauf setzt die Kirche ihre Hoffnung, dass es nicht nur eine PDF-Datei wird, die auf der EKD-Themen-Website zwischen der „FriedensBibel“ und der „Video-Faltanleitung



„Die Welt besteht nicht nur aus KI. Es sind Menschen, die Politik – und Frieden! – machen“
Irmgard Schwaetzer

tioniert als seinerzeit die Denkschrift. Auch bei der Ablehnung der Drohung mit Massenvernichtungswaffen ist man jetzt weiter.

Ein Thema liegt der Präses besonders am Herzen: „Die Welt besteht nicht nur aus KI.“ Beim Blick auf Waffensysteme und politische Großwetterlagen werde oft übersehen, dass es Menschen sind, die Politik – und Frieden! – machen. Deshalb sei Vertrauen zwischen diesen Akteuren ein Riesenthema. Wenn es gut geht, dann kommt es wie bei den Abrüstungsverhandlungen am Ende des Kalten Krieges, als die Chefunterhändler weitermachten, obwohl ihre politischen Auftraggeber nicht mehr hinter ihnen standen. Couragierte Menschen, die ihrem Gewissen folgten. Es ist gut, dass die EKD Menschen hat, die die „große“ Politik aus der Binnenperspektive kennen und nicht vor lauter Themen die Politiker übersehen.

bing und Hate Speech und – ganz allgemein – ein „Lebensstil des Genug“.

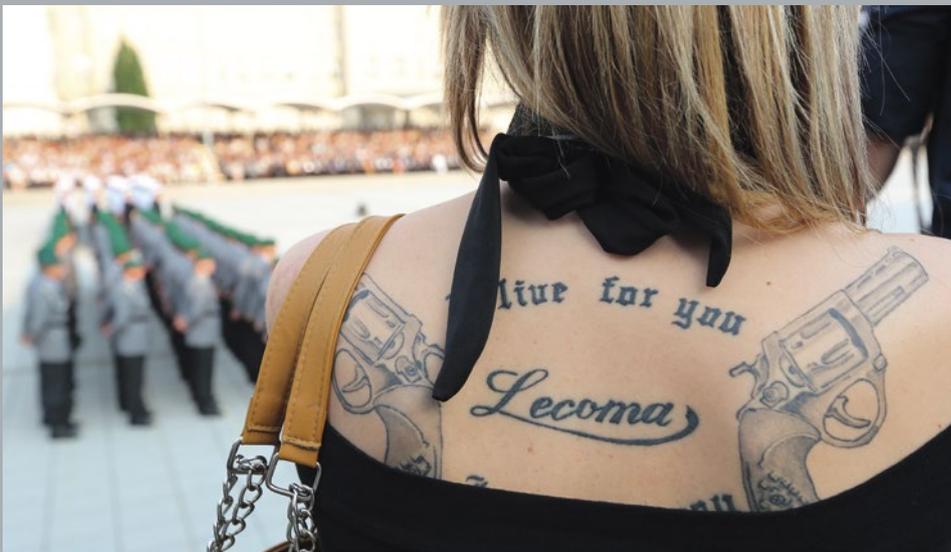
Gefreut hat sich die Präses über die Bereitschaft der Dresdener Synode, sich auf komplexe Themen einzulassen wie das Konzept der kollektiven Sicherheit: „Eine nationale Friedensethik wäre Unfug; als könnten wir in Deutschland allein Entscheidungen treffen – das können wir nicht. Dies wird in der Kundgebung jetzt klar benannt, braucht aber weiteres Nachdenken.“ Matthias Rogg, Bundeswehroffizier in Uniform und berufenes Synodenmitglied, bekam für seine Beiträge in Dresden viel Unterstützung.

für eine wunderschöne Friedenstaube“ landet? Irmgard Schwaetzer hat andere Erfahrungen gemacht: „Die Politik will von uns hören“, sagt sie. „Nicht alle, natürlich.“ Aber wenn es gelinge, die biblische Friedensverheißung aufzunehmen und dann die Dilemmata zwischen Verheißung und der Realität im Hier und Jetzt aufzunehmen und informiert in die Welt hinein zu sprechen, dann werde das wahrgenommen. Gegenfrage zum Stichwort Verheißung: Kann man mit christlicher Glaubenshoffnung Politik machen? Als Liberale? Oder haben Bismarck, Schmidt und alle diejenigen recht, die meinten, mit der Bergpredigt sei das nicht möglich? Das sieht Schwaetzer dezidiert anders: „Wenn ich diese Hoffnung nicht hätte, würde vieles schwieriger sein.“

INNERE FÜHRUNG



Feierliches Gelöbnis von Rekruten der Bundeswehr in Berlin (o.); eine Angehörige während eines Gelöbnisses 2014 auf dem Paradeplatz im Bendlerblock (u.)



GEHEIMSACHE DIVERSITY



Der Begriff „Diversity“ fällt in offiziellen Zusammenhängen der Bundeswehr ständig. Fragt man nach, bleibt vieles im Ungefähren. Ein Kulturwandel stehe noch aus, sagt der Wehrbeauftragte

Von Gabriele Meister

Sie gehören zur Bundeswehr wie Uniform und Grundausbildung: Migranten und Frauen, Homosexuelle und Moslems, Alte und Junge mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Identitäten, Weltanschauungen und Orientierungen. Die Förderung von „Diversity“, also Personal-Vielfalt, hat laut Bundesverteidigungsministerium bei der Bundeswehr Priorität.

Was das für den Alltag bedeutet, lässt sich allerdings schwer greifen. Wer die Ansprechstelle für Diskriminierung und Gewalt des Verteidigungsministeriums nach Problemen fragt, stößt auf Schweigen. Mehr als zwei Wochen lang bleibt unklar, ob sich die Stelle überhaupt äußern wird. Schließlich ein Anruf mit allgemeinen Aussagen, die man nicht zitieren darf. Eine ebenso allgemein gehaltene E-Mail folgt: Das Fallaufkommen bei der Ansprechstelle sei seit der Gründung 2017 konstant und liege pro Jahr im niedrigen dreistelligen Bereich. Überwiegend handle es sich um Mobbingfälle.

Ähnlich gestaltet sich das Gespräch mit einer Gleichstellungsbeauftragten. Ihr Pressesprecher meldet sich für eine Vorbesprechung. Später wird er das Gespräch maßgeblich bestimmen. Man müsse verstehen: Diversity-Probleme seien vertraulich, erläutert er am Telefon. Man könne weder offen noch anonym darüber sprechen. Und man könne solche Probleme auch nicht verallgemeinern. Das seien alles Einzelfälle.

All das wirkt, als sei die Bundeswehr in höchster Alarmbereitschaft beim Thema „Diversity“, und sehr darauf bedacht, lieber nichts Konkretes zu sagen,

als etwas, das jemand missverstehen könnte. Gleichzeitig erwähnt sie das Wort im Weißbuch und weist beim jährlichen Diversity-Tag, bei der Personalwerbung und weiteren Gelegenheiten darauf hin – so häufig, dass man eigentlich nicht umhinkann, einmal nachzufragen.

Einiges ist längst öffentlich: Der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels erwähnt im aktuellen Jahresbericht unter anderem „herabwürdigende, sexuelle Anspielungen in Whatsapp-Gruppenchats“, und dass ein Offizier die „gefühlte Omnipräsenz von transgeschlechtlichen Menschen in der Bundeswehr“ beanstandet habe.

„Wenn Militär Hunderte Jahre ein reiner Männerverein war, in dem es keine Frauen gab, dann kann man nicht plötzlich einen Schalter umlegen“, sagt der Wehrbeauftragte im Gespräch mit ZUR SACHE BW. Den noch immer geringen Anteil von Frauen in der Bundeswehr hält er für das drängendste Problem. „Das ist die gesellschaftlich größte Gruppe, die mit zwölf Prozent in der Bundeswehr absolut unterrepräsentiert ist. Beim Kommando Spezialkräfte gibt es keine einzige Frau als Kommandofeldwebel. Als Freiwilligenarmee mit absehbaren Rekrutierungsproblemen wird sich die Bundeswehr ändern müssen.“



Gabriele Meister
ist freie Journalistin
und lebt in Mainz.

Ähnlich sieht es Sven Baring, Vorsitzender im „Arbeitskreis Homosexueller Angehöriger der Bundeswehr e. V.“, der bald „QueerBw“ heißen wird: „Die Bundeswehr kann sich dem rechtlichen und gesellschaftlichen Druck nicht entziehen.“

Schon in der Vergangenheit ermöglichten beziehungsweise erzwangen Gerichte und Politiker direkt oder indirekt die Öffnung der Bundeswehr: Im Jahr 1984 forderte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl Bundes-

verteidigungsminister Manfred Wörner auf, die Ermittlungen gegen den angeblich homosexuellen Vier-Sterne-General und Nato-Oberbefehlshaber Günter Kießling einzustellen. Kießling wurde daraufhin rehabilitiert, aber trotzdem in den Ruhestand verabschiedet. Im Jahr 2000 klagte der Oberleutnant Winfried Stecher gegen den Verlust seines Dienstpostens aufgrund seiner Homosexualität. Durch einen außergerichtlichen Vergleich konnte er auf seinen Dienstposten zurückkehren. Wenig später

musste die Bundeswehr auf Druck des Europäischen Gerichtshofs Frauen für alle Verwendungen zulassen; Gleichstellungs- und Gleichbehandlungsgesetze traten in Kraft. Ebenfalls ab dem Jahr 2000 konnten Kinder ausländischer Eltern von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen und entsprechend nun deutsche Soldaten werden. Möglicherweise könnte aber auch der deutsche Pass als Voraussetzung demnächst der Geschichte angehören.

Ein Vorgesetzter bittet um Verschwiegenheit

Immerhin werde die Bundeswehr nun auch aus eigenem Antrieb aktiv, sagt Baring. Er sieht es positiv, dass es Stellen gibt, an die man sich bei Diskriminierung wenden kann. Die Hürden, sich dort zu melden, seien aber zu hoch: „Der Hinweis auf ein funktionierendes Beschwerderecht ist eine grandiose Ausrede. Wenn ich selbstbewusst bin und zu meinem Chef gehe und, wenn der nichts macht, zu dessen Chef, dann mag das funktionieren. Aber als Obergefreiter hat man dieses Selbstbewusstsein vielleicht nicht. Oder der Vorgesetzte ist sogar Teil des Problems. Das kann nach hinten losgehen, wenn ich mich anderweitig über ihn beschwere.“

Sven Baring, inzwischen Oberfähnrich an der Universität der Bundeswehr in München, weiß, wovon er spricht. Aufgrund seiner Homosexualität wurde ihm im Jahr 2016 zwischenzeitlich keine Stube zugeteilt, obwohl er unterkunfts-



Kleine Schritte: Als ersten weiblichen Wachoffizier an Bord eines U-Boots präsentierte die Bundeswehr 2014 Oberleutnant zur See Janine Asseln

pflichtig war und einen rechtlichen Anspruch darauf hatte. Stattdessen musste er zu Hause übernachten und jeden Tag 30 Kilometer zum Dienst pendeln. Ein Vorgesetzter sagte ihm ins Gesicht, er solle

bitte seine Homosexualität verschweigen. Baring fehlte damals der Mut, sich zu wehren. „Inzwischen hat es in den meisten Fällen disziplinare Konsequenzen, wenn Diskriminierung gemeldet wird“, sagt der Wehrbeauftragte. „Aber wenn Diskriminierung unter vier Augen passiert, wird es oft schwierig.“

Die Bundeswehr versucht also, Diskriminierung durch Disziplinarmaßnahmen einzudämmen. Aber kann sie auf diese Weise eine positive Einstellung zu Diversity „anerkennen“?

So positiv die Entwicklung insgesamt sei, die Bundeswehr brauche einen Kulturwandel, mahnt der Wehrbeauftragte. „Meine britische Kollegin berichtete von einer Achtmann-Stube mit minderjährigen Kadetten, von denen sich sechs Bilder von nackten Frauen über ihr Bett gehängt hatten, weil sie glaubten, dass man das beim Militär so von ihnen erwartet. An solchen Fehlwahrnehmungen muss man arbeiten, auch in der Bundeswehr. Wer neu zur Bundeswehr kommt, muss sehr früh von seinen Vorgesetzten erfahren, was von ihm oder ihr erwartet wird – und was ausdrücklich nicht.“

Auch Sven Baring weiß von solchen Bildern und vermisst flächendeckende, präventive Maßnahmen. Sein Verein setzt sich zurzeit dafür ein, das Thema „Diversity“ fest in der Grundausbildung zu verankern. Zwischen anderen Verwendungen hat Baring zwei Quartale lang selbst ausgebildet. Letztes Mal sagte ihm ein junger Rekrut: „Und ich glaube trotzdem, dass Homosexualität eine Entscheidung ist.“

DEMOKRATISCHER AUFTRAG HEISST AUCH: ÖFFENTLICHE TRAUER

**Wie die zentralen Trauerfeiern
für getötete Soldaten zu einem wichtigen Element
des bundesdeutschen Soldatengedenkens wurden**

Von Sebastian Nieke

Im Altarraum einer voll besetzten Kirche sind flaggenbedeckte Säрге aufgebahrt; sie werden beiderseits von Soldaten flankiert. Auf ihren Kopfen ruhen Gefechtshelme, am Fußende auf einem Ordenskissen militärische Ehrenzeichen der Toten. Neben einem Geistlichen spricht auch die Bundesministerin der Verteidigung zu den Trauernden. Danach erklingt auf einer Trompete das *Lied vom guten Kameraden*. Diese Szenerie einer militärischen Trauerfeier wurde im Laufe des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr deutschlandweit bekannt. Soldaten der Bundeswehr sind Staatsbürger in Uniform. Zugleich bedeutet ihr Eid, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, im Ernstfall die Gefahr für Leib und Leben bewusst in Kauf zu nehmen. „Niemand sonst als Soldaten leisten diesen Eid, und niemandem sonst verlangen wir diesen Eid ab“,

**Diese
Szenerie einer
militärischen
Trauerfeier
wurde im
Laufe des
Afghanistan-
einsatzes der
Bundeswehr
deutschlandweit
bekannt.**

brachte Verteidigungsminister Thomas de Maizière diese Besonderheit 2011 bei der Trauerfeier für einen gefallenen Soldaten auf den Punkt. Im Umkehrschluss verlangt der Tod eines Menschen in demokratisch beschlossener Auftrag nach Anerkennung durch das Gemeinwesen. Dabei gilt es, ein Spannungsfeld zwischen öffentlicher Würdigung und privatem Trauerbedürfnis zu berücksichtigen.

Der Bundesrepublik stellte sich die Frage, wie sie ihrer getöteten Soldaten gedenken sollte, erstmals unausweichlich mit dem Afghanistaneinsatz. 35 Bundeswehrgesoldaten sind in Afghanistan gefallen und mehr als 20 weitere durch Unfälle ums Leben gekommen – für ein Land, das beim Einsatz von Streitkräften zurückhaltend agiert, eine Zäsur. Während das 2009 eingeweihte Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin allen im Dienst verstorbenen Bundeswehrgesoldaten gewidmet ist und der seit 2014 bestehende Wald der Erinne-

nung bei Potsdam vor allem der persönlichen Trauer dient, wurde mit den zentralen Trauerfeiern für im Einsatz getötete Soldaten ein weiteres wichtiges Element bundesdeutschen Soldatengedenkens geschaffen. Dass dies gelang, ist keine Selbstverständlichkeit, und die Entwicklung der Trauerfeiern zeigt, dass mehrere Weichenstellungen dafür maßgeblich waren.

Eine Praxis bildet sich heraus

Das Zeremoniell selbst ist heute in der Zentralrichtlinie A2-2630/0-0-3 „Formen und Feiern der Bundeswehr“ geregelt und geht auf die Zentrale Dienstvorschrift 10/8 aus den 1960er Jahren zurück. Auf deren Grundlage fanden bereits im Kalten Krieg zahlreiche militärische Trauerfeiern statt. Voraussetzung dafür war und ist auch heute stets das Einverständnis der Angehörigen. Die vorgesehene Trauerrede eines Vorgesetzten übernahm, wenn, wie etwa nach schweren Unfällen, eine gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit einsetzte, oft der Bundesminister der Verteidigung. Mit Aufnahme der Auslandseinsätze nach 1990 führten die Amtsinhaber diese Linie fort, wodurch sich ein wichtiger Maßstab entwickelte. Bereits Verteidigungsminister Volker Rühe sprach 1993 bei der Trauerfeier für einen Sanitätssoldaten, der im Einsatz für die Vereinten Nationen in Kambodscha erschossen worden war. Fest etabliert wurde die ministerielle Trauerrede im Laufe des Afghanistaneinsatzes, beginnend mit Peter Struck, der wie seine Nachfolger bei mehreren Trauerfeiern sprach. Daneben beteiligten sich weitere hochrangige Mandatsträger an dem Gedenken und übernahmen in einzelnen Fällen selbst eine Rede.

Als Ende 2002 sieben deutsche Soldaten beim Absturz eines CH53-Hubschraubers in Afghanistan umkamen, hielt Bundespräsident Johannes Rau die Trauerrede, und nachdem am Karfreitag 2010 drei Bundeswehrosoldaten im Gefecht nahe Kundus getötet wurden, sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel neben Minister Karl-Theodor zu Guttenberg bei der Trauerfeier. Zuletzt hielt 2017 Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen eine Trauerrede für zwei Soldaten, die beim Absturz eines Tiger-Kampfhubschraubers in Mali ums Leben gekommen waren.

Sichtbarkeit gibt es nicht automatisch

Die ministerielle Trauerrede ist entscheidend für die Öffentlichkeit des Gedenkens, denn in der medialen Aufmerksamkeitsökonomie verschafft sie der Trauerfeier eine überregionale Sichtbarkeit. Das Ehren-



Oberfeldwebel Florian Pauli wird im Oktober 2010 in Norddeutschland beigesetzt. Soldaten und zivile Angehörige trauern gemeinsam

mal der Bundeswehr etwa wurde hingegen mehrfach dafür kritisiert, dass es ihm aufgrund seines Standorts an Sichtbarkeit mangle. Auch koppelt die Ministerrede das Gedenken in besonderem Maße zurück an den politisch begründeten Auftrag der Soldaten. Der Afghanistaneinsatz wurde in Deutschland gerade angesichts der zunehmenden militärischen Gewalt kontrovers diskutiert und der Bundesregierung dabei ein „Vermeidungsdiskurs“ vorgeworfen, wie der Historiker Klaus Naumann schreibt. Gerade am Sarg getöteter Soldaten lässt sich ein solcher aber schwerlich führen, und so fielen wichtige anerkennende Zuschreibungen wie „Gefallene“ für die Toten und „Krieg“ als subjektive Beschreibung der Einsatzerfahrung erstmals in den Trauerreden.

Weitere maßgebliche Weichenstellungen betrafen Ort und Zugänglichkeit der Trauerfeiern. Bis 2007 hatten die Zeremonien zumeist unmittelbar nach der Überführung der Toten aus dem Einsatzland in einem Hangar auf dem militärischen Teil des Flughafens Köln/Bonn stattgefunden. Im Sommer 2008 wurde im Bundesministerium der Verteidigung entschieden, die Trauerfeier für einen in Afghanistan getöteten Fallschirmjäger stattdessen in einer Kirche an seinem Stationierungsort Zweibrücken abzuhalten. Das kam auch dem Trauerbedürfnis der Angehörigen entgegen, denn zuvor hatten viele die Atmosphäre in einer Flugzeughalle als wenig pietätvoll beklagt. Bereits der Ortswechsel selbst stellt einen großen Schritt in die Öffentlichkeit dar. An die Stelle der technischen Umgebung innerhalb eines militärischen Sicherheitsbereichs tritt ein Raum der Versammlung inmitten eines zivilen Lebensumfeldes.

Von ebenso großer Bedeutung ist, dass seit 2008 zugleich ein offener Medienzugang zu den Trauerfeiern umgesetzt wird. Dabei gilt es für das jeweils zuständige Presse- und Informationszentrum auch, einen pietätvollen Rahmen sicherzustellen. Zur Trauerfeier in Selsingen nach dem Gefecht am Karfreitag 2010, in dem drei deutsche Soldaten fielen, reisten über 100 Medienvertreter in eine nur wenige Tausend Einwohner zählende Gemeinde an. Die Bundeswehr organisierte ihre Akkreditierung in der nahe gelegenen Kaserne und stellte einen Bustransport zur Kirche bereit. Vor



Sebastian Nieke ist Politikwissenschaftler, Redakteur an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) und Reserveoffizier. Er gibt seine persönliche Meinung wieder.

Ort wurde ein ausgewählter Fernsehsender zur Übertragung und Weitergabe der Bilder aus der Kirche zugelassen und die Trauerfeier auf eine Großleinwand übertragen.

Bewusste Schritte in die Öffentlichkeit

Diese Schritte sind in ihrer politisch-gesellschaftlichen Tragweite nicht zu unterschätzen. Zum einen wurde mit der Durchführung eines militärischen Zeremoniells in einer Kirche, unbenommen bestehender Erfahrungen mit Staatsbegräbnissen, repräsentationspolitisches Neuland betreten. Die Bonner Republik war durch eine Minimierung militärischer Formensprache geprägt und auch heute geht Deutschland in seiner staatlichen Repräsentation mit militärischen Formen zurückhaltend um. Kritik etwa am Zusammenkommen von Militär und Kirche oder Trauer und Politischem war somit nicht auszuschließen. Zum anderen herrscht hinsichtlich der medialen Abbildung des Soldatentodes in Demokratien eine besondere Sensibilität. In den USA etwa war die Repatriierung Gefallener auf der zentral dafür genutzten Dover Air Force Base seit dem Golfkrieg 1991 für Medien tabu und erst Präsident Obama hob den „Dover Ban“ 2009 auf. In Kanada wurde 2006 ein ähnliches Verbot für den dortigen Stützpunkt Trenton erlassen, aber auf öffentliche Kritik hin rasch zurückgenommen. Der Ortswechsel und der offene Zugang für Medien waren somit keineswegs Automatismen, sondern das Ergebnis bewusst getroffener Entscheidungen.

In der Folge hat sich ein Soldatengedenken entwickelt, das klar an den politischen Auftrag der Streitkräfte rückgekoppelt ist und bundesweit wahrgenommen wird. Dass dieses Gedenken gerade in einer Phase der kontroversen Diskussion über ein militärisches Engagement erkennbar in die Öffentlichkeit gerückt wurde, wird dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform in besonderem Maße gerecht. Sollten Soldaten der Bundeswehr in Zukunft ihr Leben in einem Einsatz verlieren, sollte all das ein Maßstab sein. ▲

RABBINER FÜR DIE TRUPPE



**Die Einrichtung der jüdischen Seelsorge steht kurz bevor.
Ein besonderes Zeichen, um Brücken zwischen den Religionen
zu bauen, aber auch ein Schritt im Kampf gegen
Antisemitismus in Gesellschaft und Bundeswehr**

Von Juliane Ziegler

Ein Rabbiner begrüßt Soldaten der Bundeswehr, die den jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee pflegen (2014). Künftig werden Rabbiner öfter vor Soldaten sprechen



„Es erfüllt mich mit Dankbarkeit und auch Demut, dass Frauen und Männer jüdischen Glaubens in unserer Bundeswehr dienen.“

Die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Frühjahr 2019

Erstmals seit 100 Jahren wird es in der Bundeswehr Militärrabbiner geben – dieser Beschluss stand im Frühjahr 2019. Einige Monate hatten das Bundesverteidigungsministerium und der Zentralrat der Juden bereits konkret an diesen Plänen gearbeitet, seit mehreren Jahren war das Thema im Gespräch. „Es erfüllt mich mit Dankbarkeit und auch Demut, dass Frauen und Männer jüdischen Glaubens in unserer Bundeswehr dienen“, so die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Sie bewertete den Beschluss als ein wichtiges Signal, „gerade in Zeiten, in denen Antisemitismus, religiöse Polarisierung und Engstirnigkeit vielerorts auf dem Vormarsch sind.“ Zentralratspräsident Josef Schuster sagte dem Evangelischen Pressedienst: „Die Berufung von Militärrabbinern ist ein Zeichen für das gewachsene Vertrauensverhältnis der jüdischen Gemeinschaft in die Bundeswehr als Teil unserer demokratischen Gesellschaft.“

Im Dezember 2019 stimmte das Bundeskabinett den Plänen zu, eine Woche später folgte dann die Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik und dem Zentralrat der Juden. Ein historischer Akt, denn somit wird die Militärseelsorge erstmals seit 1957 – als der Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche geschlossen wurde – erweitert. Bis Juni 2020 soll nun die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes über die jüdische Militärseelsorge stehen. Danach soll das Gesetz verabschiedet werden.

Während des Ersten Weltkriegs kämpften rund 100 000 jüdische Soldaten für Deutschland. Feldrabbiner begleiteten sie. Etwa 12 000 jüdische Soldaten starben. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten waren keine Juden mehr in der Wehrmacht geduldet worden, folglich gab es auch keine Militär-rabbiner. Später, in der Bundesrepublik, wollten die meisten Juden nach dem Holocaust keinen Dienst in einer deutschen Armee. Bis zur Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht 2011 wurden jüdische Wehrpflichtige nicht gegen ihren Willen eingezogen.

Jüdische Soldaten haben Bedarf

Zentralratspräsident Schuster sagte bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags im Dezember 2019, seit einigen Jahren gebe es vermehrt jüdische Soldaten in der Bundeswehr. Heute verstehe sich die jüdische Gemeinschaft als Teil des demokratischen Deutschlands, sie „möchte und sollte auch Verantwortung übernehmen. Für uns heißt das: Wir möchten für die jüdischen Soldaten in der Bundeswehr da sein, und wir möchten in die Bundeswehr positiv hineinwirken.“

Als die Militärseelsorge Ende der 1950er Jahre eingeführt wurde, gehörten nach Angaben des Verteidigungsministeriums rund 98 Prozent der Soldaten einer christlichen Kirche an. Heute geht man von etwa der Hälfte der insgesamt 184 000 Soldaten aus. Diese Zahl fußt auf Schätzungen, zumal die Angabe der Religionszugehörigkeit freiwillig ist. Laut aktueller anonymisierter Studien geht das Verteidigungsministerium derzeit von etwa 300 jüdischen Soldaten aus.

Auf Seiten der Bundeswehr ist die Abteilung „Führung und Streitkräfte“ für die Einrichtung der jüdischen Militärseelsorge zuständig, die sich an der



Struktur der evangelischen und katholischen Seelsorge orientiert. Gegenwärtig berät der Zentralrat der Juden, wer sich für das Amt des Militär-rabbiners eignet. Der Zentralrat wird entsprechende Kandidaten in Abstimmung mit der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland und der Allgemeinen Rabbinerkonferenz für die Berufung vorschlagen. Noch 2020 soll das Amt besetzt werden, sukzessiv soll die Struktur auf zehn jüdische Geistliche erweitert werden. Ein Militärbundesrabbinat für die Verwaltung soll in Berlin entstehen, bis zu fünf Außenstellen – etwa in Hamburg, München, Frankfurt oder Leipzig – sind denkbar, heißt es beim Zentralrat der Juden.

Über die konkrete Ausgestaltung tauschen sich der Zentralrat der Juden und das Verteidigungsministerium derzeit aus. „Bei der Größenbemessung der jüdischen Militärseelsorge stand die Gewährleistung einer funktionalen Grundbefähigung im Vordergrund, die eine bedarfsgerechte Seelsorge im In- und Ausland sowie eine temporäre Begleitung in den Auslandseinsätzen ermöglicht“, heißt es aus dem Ministerium. Hat ein Soldat Interesse am Austausch mit einem Rabbiner, kann der Kontakt über die Zentrale Ansprechstelle für Soldatinnen und Soldaten anderer Glaubensrichtungen vermittelt werden. Seit 2016 ist die Ansprechstelle aktiv.

Neben der Struktur sollen auch die Aufgaben der jüdischen Seelsorge ähnlich der christlichen Seelsorge gestaltet werden: Militär-rabbiner sollen als Vertrauenspersonen fungieren, Lebenskundlichen Unterricht geben sowie bei Bedarf Auslandseinsätze

Feldpostkarte des
Soldaten Walter Schneider
(links) aus dem Jahr 1914.
Schneider war Jude, 1943
ermordeten ihn die Nazis
im KZ Theresienstadt

Dem Zentralratspräsidenten Josef Schuster zufolge sind Soldaten, die sich mit einem Rabbiner austauschen oder auch jüdische Feiertage selbst miterleben, weniger anfällig für antisemitische Ressentiments.

der deutschen Streitkräfte begleiten. Neben der fachlichen und gesundheitlichen Eignung sind die deutsche Staatsangehörigkeit, eine in Deutschland anerkannte Hochschulbildung sowie eine Sicherheitsprüfung Voraussetzung für die Benennung zum Militär rabbiner. Der Zentralrat sieht die Aufgaben nicht nur in der Seelsorge, sondern auch in der Demokratievermittlung von Soldaten, der Vermittlung von Wertvorstellungen und vor allem: im Einsatz gegen judenfeindliche Ressentiments, so Josef Schuster im Dezember 2019.

Dabei sollen die Militär rabbiner – ebenso wie christliche Militärseelsorger – nicht nur als Ansprechpartner für die jüdischen, sondern vielmehr für alle Soldaten fungieren. Dem Zentralratspräsidenten Josef Schuster zufolge sind Soldaten, die sich mit einem Rabbiner austauschen oder auch jüdische Feiertage selbst miterleben, weniger anfällig für antisemitische Ressentiments. Vorurteile gegenüber Juden könnten somit abgebaut und ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen antisemitische Vorfälle in der Bundeswehr geleistet werden. Schuster warnte bereits vor einem Jahr: „Die rechtsextreme Szene in Deutschland wächst.“ Seiner Meinung nach ist die Bundeswehr ein Abbild der Gesellschaft. Daher würden sich auch unter Soldaten, und zwar aller Dienstgrade, antisemitische Einstellungen finden.

Nicht alle begrüßen das Vorhaben, eine jüdische Militärseelsorge einzurichten: „Gut gemeint ist das Gegenteil von gut“, kritisierte Michael Fürst, Präsident des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, die Pläne. Die geplante Anzahl

der Seelsorger bezeichnet er mit Blick auf die Zahl von 300 jüdischen Soldaten in der Bundeswehr als „vermessen“.

Fürst meint, die jüdische Jugend habe kaum Interesse am Militär. Und er moniert, dass bei den Plänen für die jüdische Militärseelsorge keine Expertise aktiver oder ehemaliger jüdischer Soldaten in Anspruch genommen worden sei.

Das Verteidigungsministerium widerspricht. Eine Sprecherin betont, dass in den vergangenen Jahren über die Zentrale Ansprechstelle für Soldatinnen und Soldaten anderer Glaubensrichtungen vermehrt Anfragen jüdischer Soldaten nach Unterstützung durch Rabbiner verzeichnet wurden. „Diesem Bedarf wollen wir mit der Einrichtung einer jüdischen Militärseelsorge nachkommen.“ Bislang sieht der Plan vor, das Gesetz bis Juli fertig zu haben. Ob es jedoch infolge der Corona-Krise zu Verzögerungen in den Arbeitsabläufen des Bundestages kommt, bleibt abzuwarten. ▲



Juliane Ziegler
ist freie Journalistin
für Print, Online und
Hörfunk in Frankfurt
am Main.

Weiterführende Literatur:
Zentralrat der Juden / Daniel Botmann
und Doron Kiesel (Hg.):
**Militär rabbiner in der
Bundeswehr. Zwischen Tradition
und Herausforderung**, Hentrich
und Hentrich Verlag, Berlin 2019.

KRIEG DER TROLLE

Viele Kriege, die im Netz geführt werden, kommen spielerisch daher, doch sie sind brandgefährlich. Julia Ebner zeigt mit ihren Undercover-Recherchen eindrücklich, welche Spielräume und Schlachtfelder der Cyberraum Extremisten eröffnet

Rezension von Veronika Drews-Galle



Julia Ebner: **Radikalisierungs-maschinen** – Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren. Suhrkamp Nova, Berlin 2019, 334 Seiten, 18 Euro.

Rekrutierung, Sozialisation, Kommunikation, Vernetzung, Mobilisierung, Angriff. Julia Ebner hat all diese Schritte von Extremisten im Netz selbst miterlebt. Die investigative Journalistin, Jahrgang 1991, hat sich eingeschleust bei Dschihadisten, Neonazis, Antifeministinnen, sie wurde Mitglied von Europas größter Troll-Armee. Ihre Erkenntnisse stellt sie nicht nur interessierten Leserinnen und Lesern zur Verfügung. Nicht selten endet eine fesselnde Schilderung abrupt mit dem nüchternen Hinweis, an dieser Stelle habe die Autorin es für notwendig gehalten, die Behörden einzuschalten.

Spielerisch kommen die Einstiegskanäle in die extremistischen Online-Communities daher, attraktiv als Freizeitbeschäftigung für junge technikaffine Menschen. Die Kanäle bieten neben technischen Spielereien auch die Möglichkeit, sich zu vernetzen und darin die eigene Identität zu stabilisieren und zu stärken. Ob Gamerin und Hobbyprogrammierer, junge Frau mit Coaching-Bedarf, Verschwörungstheoretiker oder gewaltaffine Jugendliche – die Angebote wie Zugänge sind vielfältigst. Schnell geht es dann auch um ideologische Inhalte. Sie sind entscheidend als Motiv für die Aufnahme in die Zirkel wie für die Passung und Gemeinschaftsbildung, sie ermöglichen eine gemeinsame Zieldefinition und Loyalität und begründen damit zugleich die Schlagkraft der virtuellen Einheiten. Indoktrination braucht längst keine persönlichen Begegnungen mehr; Extremisten verschiedenster Couleur haben die neuen Medien erfolgreich zu transnational wirksamen Radikalisierungsmaschinen umgebaut.

Was nach außen spielerisch aussieht, ist nach innen effektiv organisiert. In kurzer Zeit vermag ein Anfän-

ger-Hack-Kurs mit seinem Gesellenstück Tausende von Eltern zu terrorisieren, die ihre Kinder morgens in eine Schule schicken müssen, die gerade von Islamisten gehackt und deren Online-Präsenz mit Saddam-Hussein-Bildern überzogen wurde. „Vielleicht kommt als Nächstes ein Kraftwerk?“, kommentiert der Online-Lehrer und teilt einen SSL-Schlüssel – der Punkt, an dem Ebner aussteigt und das FBI kontaktiert. Als ebenso effektiv schildert die Autorin die koordinierten Kampagnen motivierter Troll-Armeen, in denen diese die Algorithmen von Social-Media-Plattformen überlisten, Inhalte platzieren und breite öffentliche Zustimmung suggerieren, die sich dann durch tatsächliche Resonanz noch vervielfacht mit dem einzigen Ziel, die Schlacht um das leitende Narrativ zu gewinnen. Minutiös online vorbereitete politische Demonstrationen wie die Aufmärsche in Charlottesville oder Chemnitz zeigen, dass die Cyber-Skills der Extremisten ihre Wirkungen längst über die virtuelle Realität hinaus entfalten, von terroristischen Nutzungsoptionen ganz zu schweigen.

Im Lesen wird immer deutlicher: Die Kriege, die dort im Netz geführt werden, mögen spielerisch daherkommen, doch sie sind weitreichend und brandgefährlich – für unsere Demokratie wie für unsere Sicherheit. „Ich bin ja nicht auf Facebook“, ist da als Antwort für verantwortungsvolle Staatsbürger eigentlich schon längst keine Option mehr. „Wenn wir verhindern wollen, dass Extremisten uns immer einen Schritt voraus sind, müssen wir besser darin werden, sich abzeichnende Trends zu erkennen und einzuschätzen.“ Eine Fähigkeit, die auch die Bundeswehr braucht. ▲

EINGETÜTET

Luciano Floridi beschreibt, wie reales menschliches Leben zunehmend in die Welt der Informationen eingehüllt wird und wo die Grenzen der KI verlaufen

Rezension von Roger Mielke

Einen Intelligenten Künstlichen Begleiter (IKB) stellt uns Floridi, der in Oxford lehrende Informationsethiker, vor: ein Gerät, das von Geburt an alle Daten aufzeichnet, Fotos schießt, Websuchen protokolliert. Nach dem physischen Tod des Eigners kann man mit Hilfe der Datenspur weiter Unterhaltungen mit dem Verstorbenen führen. Ewiges Leben in Form von KI, minus – eine Kleinigkeit eigentlich – Leiblichkeit?

Floridis Buch ist voll mit derartigen Vexierspielen und überraschenden Verknüpfungen, in denen deutlich wird: Die „Infosphäre“ hüllt menschliches Leben mehr und mehr in informationell zugereichtete Umgebungen ein – „Enveloping“ nennt Floridi das. Der Raum des möglichen Handelns verändert sich damit, wird weiter und enger zugleich.

Zwischen Computer und menschlicher Intelligenz allerdings markiert Floridi einen qualitativen Unterschied. Der Rechner kann perfekt Regeln befolgen („schwache KI“) – aber er kann keine Regeln entwerfen oder auch nur eine Alltagskommunikation in all ihren Nuancen führen („starke KI“). „Semantische“, Sinn generierende humane

Praktiken sind von den „syntaktischen“ Fähigkeiten der Maschine kategorial unterschieden.

Nach Kopernikus, Darwin und Freud nun also der Computer, die „vierte Revolution“. Kein „Cyborg“ steht am Horizont, wohl aber der „Inforg“. Die Anpassung Künstlicher Intelligenz an die nicht regelgebundenen Komplexitäten der „Welt“ ist schwierig. Einfacher, aber auch ungleich riskanter ist es, die „Welt“ an die technischen Erfordernisse der Maschine anzupassen.

Floridi legt hier ein Grundlagenwerk vor, das den tiefgreifenden Wandel, dem wir unterworfen sind, sorgfältig beschreibt und deutet. Eine ebenso rasante wie ratsame Lektüre. ▲



Luciano Floridi:
Die 4. Revolution.
Wie die Infosphäre unser Leben verändert. Suhrkamp, Berlin
2015, 314 Seiten, 29,95 Euro.

MUSTER

Armin Nassehi fragt nicht nach den technischen Grundlagen, sondern nach der gesellschaftlichen Funktion der Digitalisierung. Und präsentiert die Soziologie als Leitwissenschaft der Gegenwart

Rezension von Angelika Dörfler

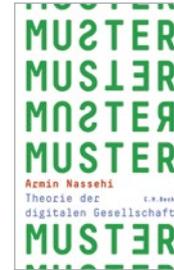
Hundert(e) Rezensenten können nicht irren: Diese Theorie der digitalen Gesellschaft ist wirklich sehr gut und inspirierend – auch wenn der akademischen Disziplin der Soziologie von ihrer Ausbildung und ihrem Denken her fremde Leserinnen und Leser sich vielleicht mit einem Notizheft und Fremdwörterlexikon ausstatten sollten, um sich die Namen der genannten Referenztheoretiker und die Begrifflichkeit ihrer Theorien zu notieren und die fachspezifische Terminologie einzuprägen. Aber solche Mühe

wird reichlich belohnt, denn der Münchner Soziologe und Gesellschaftstheoretiker Armin Nassehi versteht es, anschaulich zu formulieren, seine Thesen an den richtigen Stellen überblicksartig zusammenzufassen und, ausgehend von gängigen Alltagserfahrungen im digitalen Zeitalter, seine Leserschaft mitzunehmen auf dem Weg des Denkens. So ist die Lektüre nicht nur lehrreich, bietet einen Einblick in soziologische Theoriebildung und einen Überblick über Einsichten der wichtigsten Soziologen der

letzten Jahrzehnte, sondern wird auch die eigene Selbst- und Welterkenntnis prägen. Vor allem fällt auf, mit welcher umfassender Souveränität der Autor sein Fach als Leitwissenschaft der Gegenwart präsentiert.

Nassehi fragt nicht danach, was die Digitalisierung an technischen Möglichkeiten bietet, sondern vielmehr danach, was ihren Siegeszug begründet, also nach der Funktion der Digitalisierung für die Gesellschaft. Und er antwortet, dass es die „Muster“ der Gesellschaft selbst seien, die sich, binär codiert, abbilden lassen. Eben deshalb, weil die Gesellschaft aus divergenten Teilsystemen besteht, die nach ihrer je eigenen Funktionslogik arbeiten (nach Niklas Luhmann), bedarf es eines Mediums, das sie in ihrer Regelmäßigkeit vergleichbar macht. Das leistet die Digitalisierung. Die so sichtbar gemachten Ordnungsmus-

ter erlauben Steuerungsmaßnahmen, deren Wirkungen in der Gesellschaft 2.0 wiederum digital überprüft werden. Offen lässt Nassehi die politischen und vor allem die ethischen Implikationen seiner Überlegungen. Er stößt seine Leserinnen und Leser allerdings sehr deutlich auf die Einsicht, dass es zwischen Maschinen und Menschen grundlegende Unterschiede gibt: Die Frage nach Sinn ist ebenso wie die nach Verantwortung spezifisch menschlich. ▲



Armin Nassehi: **Muster.** Theorie der digitalen Gesellschaft. C. H. Beck, München 2019, 352 Seiten, 26 Euro.

SCHWARZE SCHAFE



Mit ihrer Politikberatung wollen die Kirchen die Demokratie stärken. Arnd Henze fragt, ob sie nicht selbst Teil des Problems sind

Rezension von Tilman Asmus Fischer



Arnd Henze: **Kann Kirche Demokratie?** Wir Protestanten im Stresstest. Herder, Freiburg 2019, 176 Seiten, 18 Euro.

„Vertrauen in die Demokratie stärken“ lauten Botschaft und Titel des 2019 erschienenen Gemeinsamen Worts, das vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz als Antwort auf die gegenwärtige deutsche wie europäische Demokratiekrise veröffentlicht wurde. Im selben Jahr hat Arnd Henze seine Streitschrift „Kann Kirche Demokratie? Wir Protestanten im Stresstest“ vorgelegt, in welcher der EKD-Synodale und ARD-Fernsehkorrespondent deutlich macht: Einer Stärkung des Vertrauens in die Demokratie bedarf es nicht nur durch die, sondern eben gerade auch in den Kirchen.

Ausgehend von Fallbeispielen und Erhebungen, die eine spezifische Neigung zu demokratiskeptischen und autoritären Positionen unter Christen – und explizit Protestanten – identifizieren, problematisiert Henze die gegenwärtige Gemütslage im deutschen Protestantismus.

Auf einer zweiten Ebene geht der Autor sowohl der deutlich in die Bundesrepublik hineinreichenden Distanz evangelischer Theologie und Kirche zur parlamentarischen Demokratie als auch der lange Zeit ausbleibenden Aufarbeitung der Verquickung von Kirche und Nationalsozialismus nach.

Henzes Buch rüttelt – auch und gerade noch im Jahr nach seinem Erscheinen – wach und regt an, die kirchliche Praxis kritisch zu hinterfragen. Diese gewiss heilsame Wirkung wird freilich dadurch erkauft, dass Henze zwar wiederholt beteuert, um die vielen Beispiele evangelischer Beiträge zu Demokratie und einer offenen Gesellschaft zu wissen, jedoch eine explizite Verhältnisbestimmung unterlässt. Dadurch bleibt die konkrete Relevanz der von ihm offengelegten Probleme unterbestimmt. Ebenso wünschte man sich im Falle einzelner der von Henze bemühten Beispiele mehr Tiefgang und Differenzierung. Etwa, wenn er zum Nachweis der – fraglos bestehenden – „Kontinuität kirchlicher Judenfeindschaft“ die hochkomplexe Debatte um Thesen des Berliner Dogmatikers Notger Slenczka zur Kanonizität des Alten Testaments in knapper Form aufwärmt, ohne dabei den vielschichtigen Überlegungen des Theologen gerecht zu werden. ▲

GLAUBENS- FRAGEN

April 2020, Bergamo: Mitarbeiter des Katastrophenschutzes und Polizeibeamte transportieren den Sarg eines Corona-Toten. Einige der Särge werden in einem leeren Warenhaus zwischengelagert, bevor sie vom Militär in Krematorien gebracht werden (o.); Angehörige trauern während einer Beerdigungszeremonie in der süditalienischen Stadt Cisternino (u.)



Im Austausch (v.l.): Militärseelsorger aus Griechenland, Südkorea und Südafrika sowie die Vertreterin des US-Hauptquartiers für Europa



EINE HERDE KATZEN



Militärgeistliche arbeiten in der Regel unabhängig – das ist gut für die Erfüllung ihrer Aufgaben

Von Walter Linkmann

Leading chaplains is like herding cats.“ – „Geistliche anleiten ist wie eine Herde Katzen hüten.“ Der Spruch ist halb Klage derer, die anleiten sollen oder wollen, halb Koketterie derer, die sich für unleitbar halten. Übersetzungen, die nicht am Wort kleben, schlagen für das Deutsche auch den berühmten „Sack Flöhe“ vor, den es zu hüten gelte. Im Militär ist das Problem

überschaubar, denn in der Bundeswehr gibt es weniger Geistliche als Generäle. Im Alltag sind sie also ohnehin auf sich gestellt – wie die Katze.

In einer regnerischen Januarwoche 2020 kam die Herde jetzt doch zusammen. An der 31. International Military Chiefs of Chaplains Conference (IMCCC) in Berlin nahmen 120 leitende Militärgeistliche aus 36 Ländern und unterschiedlichen Religionen teil. Die Rolle der Gastgeber teil-

ten sich die beiden deutschen Militärseelsorgen mit dem europäischen Kommando der US-Streitkräfte. Sie hatten ein Programm zusammengestellt, das auf akademischem Niveau und aus unterschiedlichen Perspektiven friedensethische Fragen in den Blick nahm.

Zum Beispiel Eric Germain: Der französische Wissenschaftler stellt Überlegungen zu den ethischen Implikationen neuer Waffentechnologie an. Er hat ein

klares Bild, was er für die Aufgabe der Geistlichen hält: „Ihre Stimme ist nicht das, was die Leute hören wollen.“ Vielmehr müssen sie Alarm geben, wenn alle anderen sich einig sind und ein Dilemma auf Kosten Einzelner lösen wollen. Wer sich erinnern kann, denkt da an vergangene Diskussionen um „Rettungsfolter“ und Flugzeugabschüsse.

Zum Beispiel Friedrich Lohmann von der Universität der Bundeswehr in München: Er gießt all denen Wasser in

Bedacht auf Unabhängigkeit, aber hier vereint im Gottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin



den Wein, die in internationalen Konflikten auf einfache Lösungen hoffen, wenn man sich denn nur an die Regeln von Gewaltfreiheit, staatlicher Souveränität und Durchsetzung der Menschenrechte halte. Tatsächlich, so Lohmann, lassen sich diese Werte aber nicht aufaddieren, sondern führen in Situationen, in denen der eine nur auf Kosten des anderen zur Geltung kommen kann.

Im „business meeting“ besprechen die Konferenzteilnehmer abschließend ein Dokument zur Zusammenarbeit von Militäregeistlichen in internationalen Einsatzkontingenten. Der zwei Seiten kurze Text lässt ahnen, was in den Jahren seiner Entstehung heimliches Thema des Miteinanders war: Siebenmal wird auf die Unabhängigkeit jedes Einzelnen und auf den Vorrang nationaler Regelungen hingewiesen, die innerhalb des Einsatzkontingents nicht von anderen übersteuert

werden können. Eine deutliche Absage an jeden Unilateralismus. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Papier, das die Souveränität jeder einzelstaatlichen Militärseelsorge betont, nicht international in Kraft gesetzt werden kann. Man beschließt daher nur, allen nationalen Militärseelsorgen zu empfehlen, es sich zu eigen zu machen.

Hat man die diplomatische Notwendigkeit dieser Unabhängigkeitserklärung akzeptiert, leuchtet die andere Schicht des Dokuments auf: Neben den

Aufgaben der Geistlichen für die Soldatinnen und Soldaten ist auch von der Sorge füreinander die Rede, vom aufeinander Achtgeben und der Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe über Nationengrenzen hinweg. Sie eignen sich nicht für die Herdenhaltung, diese Einzelgänger. Wenn man das akzeptiert hat, kann es mit ihnen richtig gut sein. ▲

Überlebende des Genozids von 1994 in Ruanda in einer Gedenkstätte und bei einer Massenbeisetzung entdeckter Gebeine. Das Beispiel Ruanda zeigt: Pazifismus kann Schuld mit sich bringen



BONHOEFFER HEUTE



Eine Reflexion über Dietrich Bonhoeffers Erbe und die stellvertretende Schuldübernahme

Von Julian Zeyher-Quattlander

„Es gibt doch nun einmal Dinge, für die es sich lohnt,
kompromisslos einzustehen. Und mir scheint,
der Friede und soziale Gerechtigkeit,
oder eigentlich Christus, sei so etwas.“

Dietrich Bonhoeffer

Vor 75 Jahren, am 9. April 1945, wurde Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) auf Befehl Adolf Hitlers im Konzentrationslager Flossenbürg ums Leben gebracht. Zwei Wochen später, am 23. April 1945, befreiten US-Truppen das Lager. Seine kurze Biografie steht bis heute für politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, mutiges Christsein und Zivilcourage. Im Gegensatz zu vielen anderen evangelischen Pfarrern und Theologen seiner Zeit erkannte er bereits zu Beginn der 1930er Jahre im Nationalsozialismus eine ernsthafte Gefährdung für den Frieden. Besonders die zunehmende Diskriminierung von „Nichtariern“ stand für ihn in eklatantem Widerspruch zu seinem christlichen Glauben. In einem Brief an seinen Bruder Karl-Friedrich Bonhoeffer schrieb er am 14. Januar 1935: „Es gibt doch nun einmal Dinge, für die es sich lohnt, kom-

promisslos einzustehen. Und mir scheint, der Friede und soziale Gerechtigkeit, oder eigentlich Christus, sei so etwas.“¹

Pazifismus als Friedensethik

Diese Grundhaltung, kompromisslos und auf vielen Ebenen Verantwortung für den Frieden zu übernehmen, macht ihn bis heute zu einem großen Pazifisten.² Dem Ziel, Frieden zu stiften (lateinisch: *pacem facere*), verschrieb sich Dietrich Bonhoeffer allerdings nicht in einem absoluten, legalistischen Sinne, sondern setzte es immer in Relation zu den unterschiedlichen Umständen und Rahmenbedingungen, in denen er sich im Laufe seines Lebens vorfand. Um Entscheidungen fällen zu können, war er immer darauf bedacht, die Chancen, Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Situation auszuloten und Handlungsoptionen zu eruieren und zu prüfen. Er tat dies in

einer beachtlichen Weite. Weniges wurde von vornherein kategorisch ausgeschlossen oder grundsätzlich nicht in Erwägung gezogen. Er zwang sich dazu, gewohnte Denkschemata aufzubrechen, und ließ Infragestellungen eigener Überzeugungen zu. Bestrebt, ein realistisches Bild der Wirklichkeit zu gewinnen, hatte er keine Angst vor der Wahrheit, sondern stellte sich ihr ohne Scheu vor den Konsequenzen. Bereit dazu, Worten auch Taten folgen zu lassen. Bonhoeffers *Pazifismus*, verstanden als umfassender Imperativ menschlicher Verantwortung für den Frieden, nahm damit in Form einer anspruchsvollen *Friedensethik* Gestalt an.

Stellvertretende Schuldübernahme

Wie ein solcher „Pazifismus als Friedensethik“ im konkreten Entscheidungsfall ethische Orientierung bieten kann, lässt sich besonders gut an Bonhoeffers Denkfigur der „stellvertretenden Schuldübernahme“ veranschaulichen. Sie ist eingebettet in Bonhoeffers Ethikkonzept, das sich treffend als „situationsbezogene Verantwortungsethik“³ beschreiben lässt. Ausgangspunkt bildet dabei u. a. die Überzeugung, dass Verantwortung zu übernehmen auch die Bereitschaft zu radikalem stellvertretenden Handeln einschließen müsse.⁴ Also die Unterordnung des Selbstschutzes unter den Schutz anderer Menschen oder eine Sache. Diese Unterordnung, der „Mut zum Dasein für Andere mit allen Konsequenzen“, kann bis zur bewussten Übernahme von Schuld⁵ reichen, also auch „Mut zur Schuld“ erfordern.

Friedensethisch zugespitzt, verweist der Aspekt der Schuldübernahme also darauf, dass verantwortliches Handeln auch das *bewusste Überschreiten* der normativ-ethischen Grenzen, die man selbst für verbindlich erachtet, einschließen kann. Diese normative Grenzüberschreitung wird jedoch

Friedensethisch zugespitzt, verweist der Aspekt der Schuldübernahme also darauf, dass verantwortliches Handeln auch das bewusste Überschreiten der normativ-ethischen Grenzen, die man selbst für verbindlich erachtet, einschließen kann.



Julian Zeyher-Quattlender

ist Theologe und hat von 2015 bis 2019 an der Universität Tübingen an einer Dissertation zum Thema: „Du sollst nicht töten (lassen)? – Eine Rekonstruktion der Friedensethik Dietrich Bonhoeffers aus der Perspektive Öffentlicher Theologie in aktueller Absicht“ gearbeitet. Er ist derzeit Vikar der Ev. Landeskirche in Württemberg.

nicht als moralisch richtig oder gut deklariert, denn eine durch Schuldübernahme ausgeführte verantwortliche Tat ist eben keine zugleich gerechtfertigte Tat. Vielmehr wird für eine solche Überschreitung die moralisch abwertende Kategorie des *Schuldigwerdens* herangezogen. Ein Tyrannenmord beispielsweise kann ethisch-normativ also nie gerechtfertigt werden, sondern der Tyrannenmörder bleibt in der Beurteilung seiner Tat denselben normativen Kriterien unterworfen, aus denen er das Tötungserfordernis ableitete. Damit muss sich auch der Tyrannenmörder für den Mord an einem Menschen verantworten und dafür verurteilt werden können. Der Theologe Notger Slenczka bringt diesen Zusammenhang folgendermaßen auf den Punkt: „Die Geltung der normativen Ethik – der Bergpredigt oder des Dekalogs – wird also festgehalten, aber Bonhoeffer rechnet mit der Möglichkeit, dass in einer konkreten Situation normwidrig gehandelt werden muss [...]“⁶ Die Grenze dieser Verantwortungsübernahme bildet dabei allerdings das individuelle Gewissen, denn „[e]ine Verantwortung, die zu einem Handeln wider das Gewissen zwingt, würde sich selbst verurteilen“⁷, so Bonhoeffer.

Bonhoeffer heute

Bonhoeffers Unterscheidung zwischen der *normativen Legitimation* einer Handlung aus theologischen oder moralischen Gründen und ihrer *verantwortungsethischen Billigung* kann sich auch für gegenwärtige friedensethische Debatten und Entscheidungen in mehrfacher Hinsicht als konstruktiver Impuls erweisen: So wird, insofern durch die Kategorie der Schuld die unbedingte Geltung der normativ-ethischen Grenzen auch in ihrer Überschreitung gewahrt bleibt, das friedensethische Handlungsspektrum enorm erweitert. Pazifistisches Engagement kann dann beispielsweise auch die Form einer bewussten Überschreitung normati-

ver Grenzen annehmen, wenn auf jegliche moralische Legitimierungsabsicht affirmativ verzichtet wird.

Weiterhin widerspricht sie wirksam allen friedensethischen Begründungsfiguren, die einer Logik des „der Zweck heiligt die Mittel“ folgen. Verantwortung, das macht Bonhoeffers Figur der stellvertretenden Schuldübernahme deutlich, bedeutet eben keine „Heiligung der Mittel durch den Zweck“. Vielmehr stellt sie eine ganzheitliche Antwort auf die gegebene Situation dar, bei der der moralische Selbstschutz keine Grenze bilden darf, außer das Gewissen lässt dies nicht zu.

Insbesondere in Situationen *komplementärer Schuld*, also in Situationen, in denen pazifistisches Handeln sowohl durch Tun als auch durch Unterlassen unvermeidbar schuldbehaftet bleibt – man denke z. B. an den Genozid in Ruanda 1994 – bietet Bonhoeffer Auswege aus dem Dilemma.

Für ihn war klar: Die Legitimation einer Handlung bleibt allein dem Urteil Gottes überlassen. Darin lag für ihn ein entlastendes Moment, angesichts der Unmöglichkeit, in einer komplexen Welt immer „richtig“ entscheiden zu können. Die Verankerung aller ethischen Handlungen in seinem Glauben war für ihn ein lebenslanger Befreiungsimpuls, der ihn zu verantwortlichem Handeln befähigte. Aus ihm heraus gelang es ihm auch bis zuletzt, gegen vermeintliche Aussichtslosigkeiten zu hoffen, andere mit seiner Hoffnung anzustecken, und er erhielt ihm stets den Mut und die Kreativität, große Visionen zu entwerfen. In dieser Haltung zeigt sich der unauflösbare Zusammenhang von Spiritualität und Ethik, von Glauben und Handeln, von theologischer Reflexion und öffentlicher Verantwortung, der für sein Leben und für seine Theologie so charakteristisch ist, und der uns bis heute beeindruckt. ▲

Dietrich Bonhoeffer:
Sein kurzes Leben
steht bis heute für
mutiges Christsein und
Widerstand gegen den
Nationalsozialismus



¹ Eberhard Bethge, Ernst Feil, Christian Gremmels, Wolfgang Huber, Hans Pfeifer, Albrecht Schönherr, Heinz Eduard Tödt, Ilse Tödt (Hg.): Dietrich Bonhoeffer Werke (DBW), München 1986–1991 / Gütersloh 1992–1999, Bd. 13, S. 272 f.

² Diese pointierte Charakterisierung von Bonhoeffers Pazifismusverständnis verdanke ich dem Bonhoefferforscher Clifford Green, vgl. Victoria J. Barnett, Wayne Whitson Floyd Jr., Barbara Wojhosk (Hg.): Dietrich Bonhoeffer Works (DBW), Minneapolis 1996–2013, Bd. 6, S. 15 f.

³ Vgl. dazu Wolfgang Huber, Dietrich Bonhoeffer. Auf dem Weg zur Freiheit, München 2019, S. 205.

⁴ Diese Bereitschaft wird christologisch im stellvertretenden Schuldtragen Jesu Christi verankert: „Als der Sündlose nimmt Jesus die Schuld seiner Brüder auf sich, und unter der Last dieser Schuld erweist er sich als der Sündlose. In diesem sündlos-schuldigen Jesus Christus hat nun jedes stellvertretend verantwortliche Handeln seinen Ursprung.“ DBW 6, S. 275 f. Der Mensch, der damit auf seine eigene Schuldlosigkeit zugunsten anderer Menschen verzichtet, handelt demnach Christus-gemäß. Hier zeigt sich deutlich, dass die Figur der „Stellvertretenden Schuldübernahme“ ein christlich-theologisches Konzept ist, das losgelöst von diesem Rahmen nicht ohne Weiteres in Kontexte übertragbar ist, die von anderen normativen Grundannahmen ausgehen.

⁵ Vgl. dazu Wolfgang Huber (2019), S. 186–207.

⁶ Notger Slenczka, Die unvermeidbare Schuld. Der Normenkonflikt in der christlichen Ethik; Deutung einer Passage aus Bonhoeffers Ethik-Fragmenten. Berliner theologische Zeitschrift (BThZ) 16, Berlin 1999, S. 111.

⁷ DBW 6, S. 276.

KIRCHE UNTER DEN SOLDATEN



**Die Garnisonskirche Köln-Wahn –
mittendrin statt nur dabei**
Von Gundi Scholz-Aretz



Standfest und beständig:
Das Gebäude der
Garnisonskirche ist schon
220 Jahre alt



Die Kirche wird nicht nur für Taufen
und Eheversprechen genutzt. Auch
im Einsatz getötete oder verstorbene
Soldaten werden hier aufgebahrt

Köln-Wahn ▲





Erstrahlt in neuem Glanz:
Nach sieben Monaten wurde
die Kirche wiedereröffnet



Klein und unscheinbar sieht sie von außen aus, in ihrem Inneren aber entwirft sie durch ihre hohen Lichtfenster, die Helligkeit und ihre Tiefe einen anderen Raum, der Platz für 100 Menschen spendet. Seit ihrer Eröffnung wird sie für alle religiösen Wechselfälle des Soldatenlebens genutzt: Taufen, Eheversprechen etc. An den Wochenenden ist sie fast immer für Familienfeiern ausgebucht. Die regelmäßigen Gottesdienste begleitet gerne ein engagierter Chor aus Soldaten und zivilen Angestellten. Die Orgel spielt ein auswärtiger Organist.

Kirche für die Gemeinde

Die Kirche ist Tag und Nacht geöffnet, man kann sie jederzeit besuchen. Ihre Lage am ehemaligen Haupttor zur Fliegerhorstkaserne Köln-Wahn lässt sie über den Kasernenzaun hinaus in das Gemeindeleben der Wahnner sehen. So kommen zum Beispiel zu den Weihnachtsgottesdiensten auch gerne diejenigen Anwohner, die auf das Kinder-Krippenspiel am Heiligen Abend verzichten möchten. „Gottesdienste für Erwachsene“ sagen sie.

Im Februar 2020 wurde die Garnisonskirche wiedereröffnet. Sieben Monate war sie geschlossen. Es gab einen neuen Boden und einen feinen Innenanstrich. Während dieser Zeit nutzten wir den katholischen Pfarrsaal, um Gottesdienste zu feiern. Nun also wieder gemeinsame Nutzung des evangelischen Gebäudes. Ein Hin und Her.

Erst Wirtschaftsgebäude, später Kapelle

Die LWUGrp Wahn UstgStff (Unterstützungsstaffel) – der Name verrät es: unterstützte tatkräftig. Altar, Kanzel, Tabernakel, Taufbecken, Bestuhlung etc. mussten zwischengelagert und wieder eingeräumt werden. Die Orgel war aus- und wieder eingebaut worden. Das Logistikzentrum des Camp Spich hatte alle Hände voll zu tun. Gemeinsame Arbeit verbindet und hat Rückwirkungen auf die Menschen. Zur Eröffnungsfeier kamen alle, die mitgewirkt hatten. Zunächst war sie ein Wirtschaftsgebäude, seit 1946 eine anglikanische Kapelle: Die Garnisonskirche wird seit 220 Jahren ständig umgebaut. Man sieht es ihr aber nicht an. Standfest und beständig wirkt sie – vielleicht genau deshalb. Die nächste Baumaßnahme steht schon an: Die einzige Stufe im Inneren der Kirche wird durch eine Rampe ergänzt. Auf dem Militärflughafen landen auch die verstorbenen Kameraden, die aus dem Einsatz heimgebracht werden. Ihre Särge werden militärisch geehrt und anschließend (wenn familiär gewünscht) in der Garnisonskirche aufgebahrt. Eine Rampe soll die Funktionalität des Kirchenraumes darum ergänzen.

Impressum



Im Auftrag des Evangelischen Militärbischofs herausgegeben von Professorin Dr. Angelika Dörfler-Dierken, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr; Dr. Dr. Frank Hofmann, Andere Zeiten e.V.; Professor Dr. Friedrich Lohmann, Universität der Bundeswehr München

Mitarbeitende dieser Ausgabe:

Philipp von Wussow, Wolfgang Nethöfel, Friedrich Lohmann, Wolff Heintschel von Heinegg, Lukas Brand, Martin Elbe, Bernhard Irrgang, Roger Mielke, Katajun Amirpur, Aylin Matlé, Carlo Masala, Gabriele Meister, Sebastian Nieke, Juliane Ziegler, Julian Zeyher-Quattlender, Gundi Scholz-Aretz

Redaktion:

Dirck Ackermann (Chefredakteur),
Walter Linkmann, Martin Middendorf,
Felix Ehring, Florian Siebeck

Redaktionsanschrift:

Jebensstraße 3, 10623 Berlin
Telefon: 030 310181-123

Internet:

www.militaerseelsorge.de

E-Mail:

militaerseelsorge@ekd.de

Beirat für die Redaktion:

Veronika Drews-Galle, Roger Mielke,
Jobst Reller, Marcus Schaper

Realisierung:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Abteilung Printprodukte, Leitung: Ursula Ott
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Bildredaktion: Caterina Pohl-Heuser
Gestaltung und Satz: Zully Koska

Druck:

Strube Druck & Medien OHG,
Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Verlag:

Evangelische Verlagsanstalt Leipzig,
Blumenstraße 76, 04155 Leipzig

Vertrieb:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Martin Amberg, Telefon: 069 580 98-223
E-Mail: mamberg@gep.de

Erscheinungsweise:

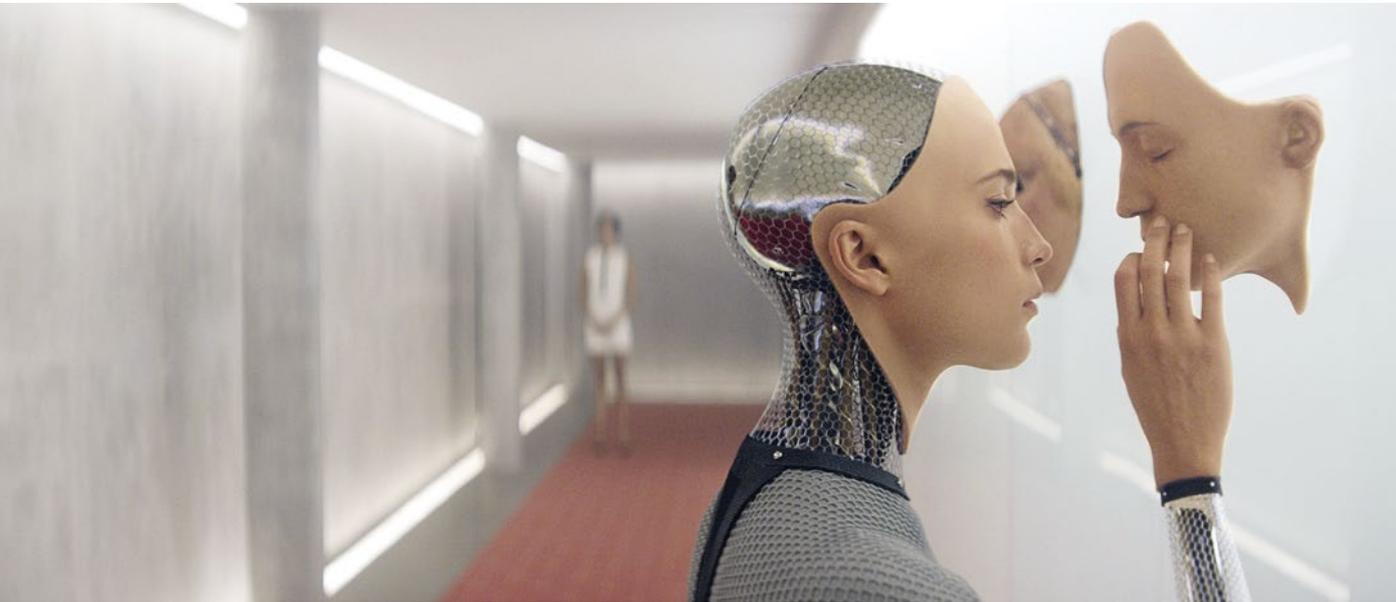
Zweimal jährlich
ISSN: 1869-4497



Bildnachweise

Titel: Heinrich Holtgreve, OSTKREUZ / S. 5 Andreas Muhs, OSTKREUZ / S. 7 Getty Images (2) / S. 9 Boris Roessler, picture alliance, dpa; Frank Augstein, picture-alliance / S. 12 Martin Schutt, dpa / S. 15 Hannes Magerstaedt, Getty Images / S. 17 Max Scheler, SZ Photo, laif / S. 19 Ina Fassbender, Getty Images / Bulent Kilic, AFP, Getty Images / S. 22–23 Bernd von Jutrczenka, picture-alliance, dpa / S. 25 The Intercept / S. 26 Achiv / S. 28 Carsten Vennemann, Bundeswehr / S. 29 Torsten Kraatz, Bundeswehr / S. 31 Pallava Bagla, Getty Images; Getty Images / S. 34 Christof Stache, Getty Images / S. 37 Imago Images, Prod.DB / S. 39 Tony Karumba, AFP, Getty Images / S. 41 Ali Khara, Reuters; Carlos Barria, Reuters / S. 42 Rouzbeh Fouladi, ZUMA, picture-alliance / S. 48 ACLED / S. 49 Mohammed Huwais, AFP, Getty Images / S. 51 Muhammed Ali, Anadolu Agency, Getty Images; Alkis Konstantinidis, Reuters / S. 53 Yasuyoshi Chiba, AFP, Getty Images / S. 55 W. Linkmann / S. 56 Jürgen Blume, epd-bild / S. 57 Maurizio Gambarini, picture-alliance, dpa; Wolfgang Kumm, picture-alliance, dpa / S. 59 Christian Charisius, picture-alliance, dpa / S. 61 Maurizio Gambarini, AFP, Getty Images / S. 63 Bernd von Jutrczenka, picture-alliance, dpa / S. 64 akg-images, picture-alliance / S. 69 Marco, Tacca, Anadolu Agency, Getty Images; Alessandro Garofalo, Reuters / S. 70 W. Linkmann (3); Doreen Bierdel; KS / S. 71 Ismael Akbar, Bundeswehr, CPI (OR-4) / S. 72 Daniel Pilar, laif; Yasuyoshi Chiba, AFP, Getty Images / S. 75 Getty Images / S. 76–77 W. Linkmann / S. 78 ddp, Everett Collection / S. 80 iStockphoto

Schöne neue Welt? In Alex Garlands Film „Ex Machina“ (2014) lässt der Chef eines Suchmaschinengiganten die verführerische Androide Ava bauen und bittet seinen besten Programmierer zum Turing-Test: Wird er Mensch und Maschine unterscheiden können? Garlands kluge Dystopie blickt in die Abgründe technophiler Allmachtsfantasien, die nur allzu real wirken: Der schüchterne Solitär verliebt sich erwartungsgemäß in die betörende Roboterfrau, bevor das Experiment aus dem Ruder läuft und die Dinge – so viel sei verraten – ziemlich blutig werden.



Ein himmlisches Lesevergnügen

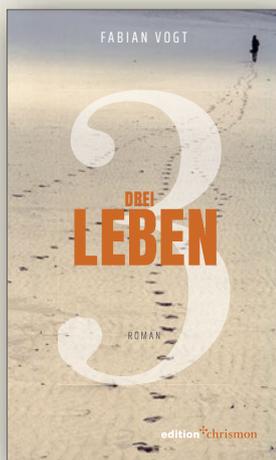
Was ist eigentlich „Glauben“? Existiert Gott wirklich? Hat das Leben einen Sinn – oder macht das alles nur noch komplizierter? Braucht man bei „Dreifaltigkeit“ eine Hautcreme? Und: Kann im Himmel auch mal die Hölle los sein? Fabian Vogt gibt Antworten: Fundiert, übersichtlich und dabei höchst unterhaltsam entschlüsselt er die großen Themen der Theologie und macht Lust, den eigenen Fragen auf den Grund zu gehen. Ein Lesevergnügen für Neugierige und Glaubenskenner.



Fabian Vogt
GOTT FÜR NEUGIERIGE
Das kleine Handbuch himmlischer Fragen

144 Seiten | 13,5 x 19 cm | Paperback
ISBN 978-3-374-06583-7

€ 10,00 [D]



Fabian Vogt
DREI LEBEN
Roman

232 Seiten | 13 x 21 cm | Hardcover
ISBN 978-3-96038-241-6

€ 18,00 [D]

Drei Leben hätte Isabella gerne, um sich alle ihre Träume erfüllen zu können – und um ja nichts zu verpassen. Jasper erfüllt ihr diesen Wunsch. Einzige Bedingung: Nach sieben Jahren muss sie sich für eines der Leben entscheiden. Ein mitreißender Roman, der phantasievoll der alten Menschheitsfrage nachspürt: Was wäre geworden, wenn ich bestimmte Entscheidungen anders gefällt hätte?



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT

Leipzig www.eva-leipzig.de

facebook.com/eva.leipzig

Bestell-Telefon 0341 7114144 · Fax 0341 7114150 · shop@eva-leipzig.de

Das Thema der nächsten Ausgabe



Nach Europa – das Visegrád-Heft

1991 wurde an historischer Stätte ein historisches Bündnis wiederbelebt. Die Staatschefs aus Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei trafen sich, wie ihre Vorgänger im Jahr 1335, am Donauknie. Die Richtung der politischen Reise war klar: nach Europa! Mit dem späteren Beitritt der Visegrád-Staaten hat die Europäische Union Menschen, Märkte und friedliche Grenzen gewonnen, aber auch neue, deutliche Kritiker in den eigenen Reihen: „Die EU befindet sich in einer Migrations-Krise, einer Sicherheits-Krise und in einer Terror-Krise.“ (Ministerpräsident Orbán 2017) Was ist „Visegrád“ heute: Herz Europas oder Anfang einer neuen Etappe der Geschichte – nach Europa?